

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 7. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2 Mark, für das übrige Postland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (Leitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Balkankrise.

Die kritischsten Stunden sind vorüber, ohne daß sich die Kriegsgefahr verwirklicht hätte. Die Jungtürken scheinen die Erwartung, die man in ihre Besonnenheit setzen konnte, rechtfertigen zu wollen. Sie suchen alles daranzusetzen, den Frieden zu erhalten. Der türkische Ministerrat, der bis nach Ritternacht dauerte, beschloß einen Protest gegen die Verletzung des Berliner Vertrages bei den Signatarmächten zu überreichen. Damit ist fürs erste Zeit gewonnen, die dazu ausgenutzt werden kann, um über die Gefahren der ersten Tage hinwegzukommen.

Die Jungtürken geben auch jetzt einen Beweis dafür, wie stark ihre Stellung ist und wie sehr sie die öffentliche Meinung beherrschen. Der Verein der türkischen Presse hat beschloffen, das bulgarische Vorgehen zwar scharf zu beurteilen, jedoch auf die öffentliche Meinung beruhigend einzuwirken, da das Ereignis schon seit langem zu erwarten war. Ja noch mehr, die Presse will das Ministerium nicht angreifen und dem Großvezier ihr Vertrauen zum Ausdruck bringen. Diese Stellungnahme der Presse ist aber um so wichtiger, da es sich bloß um eine Frage der Verletzung des nationalen Gefühls und nicht um wirkliche Machtverschiebungen handelt. Da kein Blatt der Reaktion zur Verfügung steht, dürfte die gefährdete Rückwirkung auf die Stellung der jungtürkischen Regierung keineswegs so stark sein, wie man ursprünglich annahm. Zudem hat der verrottete Despotismus die türkische Armee in den letzten Jahren sehr vernachlässigt, während Bulgarien vollständig kriegsbereit ist und im Falle eines Krieges unzweifelhaft eine Revolution in Mazedonien zu entfesseln vermag. Dazu kommen noch die Bemühungen der Großmächte, einen Krieg zu vermeiden und durch Einberufung eines Kongresses die orientalische Frage vor die Entscheidung Europas zu bringen. In Paris finden mannesgeleitete Verhandlungen statt, an denen sich auch der russische Minister des Auswärtigen, Iswolski, beteiligt. England, Rußland und Frankreich, denen sich auch Italien anschließen soll, verlangen diesen Kongreß, um an die Stelle des zerrissenen Berliner Vertrages einen neuen zu setzen. Es ist allerdings fraglich, ob die Konferenz zustande kommt, da Oesterreich-Ungarn vorläufig seiner Verschickung ablehnend gegenübersteht.

In Wien soll morgen die Anektion Bosniens und der Herzegowina amtlich kundgemacht werden. Bosnien soll ein getrenntes Verwaltungsgebiet mit einem Vizekönig an der Spitze werden. Das Land wird sofort eine Autonomie auf breiter Basis erhalten, über die sich später parlamentarische Einrichtungen aufbauen lassen. Dagegen will Oesterreich-Ungarn aus dem Sandschal Kowibazar, das es bisher militärisch besetzt hatte, seine Truppen zurückziehen. Die Vorbereitungen zu der Rückkehr der Truppen sollen bereits getroffen sein. Die Rückgabe des Sandschals wäre zugleich eine Milderung der Demütigung, die die Annexion für die türkische Regierung bedeutet.

Das Vorgehen Bulgariens und Oesterreichs findet fast nirgends freundliche Aufnahme. Der deutschen offiziellen Presse ist es deutlich anzumerken, wie unangenehm das Vorgehen Oesterreich-Ungarns empfunden wird. Es ist kein Zweifel, daß die letzten Reste der Sympathie Deutschlands in der Türkei jetzt verloren gehen werden. Deutschland spielt hier die Rolle eines Sekundanten Oesterreichs, nur daß diese Sekundantendienste nichts weniger als brillante waren.

Während aber in der deutschen Presse Oesterreich-Ungarn geschont und aller Groll auf Bulgarien abgeladen wird, ist die Stellung der russischen Presse gerade die entgegengesetzte. Sie entschuldigt Bulgarien und greift aufs schärfste das „Kriminalvergehen“ Oesterreichs an. Die englische Presse und in ruhigerer Weise die französische steht vollständig auf Seiten der Türkei und fordert mit großer Energie die Einberufung eines neuen Kongresses, da es seiner Macht gestattet sein dürfe, internationale Verträge einseitig zu verletzen.

In diesen Äußerungen der Presse spiegeln sich die Interessengegensätze der kapitalistischen Staaten, die durch die neuen Ereignisse auf dem Balkan eine außerordentliche Verschärfung erfahren haben. Mit aller Aufmerksamkeit wird das europäische Proletariat die Ereignisse verfolgen müssen, um rechtzeitig seine Kraft einzusetzen, wenn es gilt, im entscheidenden Moment die Kriegsgefahr zu bannen.

Ueber die letzten Ereignisse unterrichten nachstehende Telegramme:

#### Das Unabhängigkeitsmanifest.

Sofia, 6. Oktober. Das gestern vom Fürsten Ferdinand in Tirnovo verlesene Manifest hatte folgenden Wortlaut: Durch den Willen unserer untergehlichen Befreier, des großen russischen Volkes, auch mit dem Beistand unserer guten Freunde und Kämpfer, der Rumänen, ist seit 1878 die Krone des Jochs gebrochen. Seit diesem Zeitpunkt, schon dreißig Jahre lang, hat das bulgarische Volk, unerschütterlich in seinem Gebanten an die Apostel der Freiheit, unermüßlich an der Entwicklung des Landes gearbeitet

und es unter meiner und des hochseligen Fürsten Alexanders Führung in den Stand gesetzt, als würdiges Mitglied mit gleichen Rechten in die Familie der zivilisierten Völker einzutreten, um kulturell und wirtschaftlich weiter vorwärts zu kommen. Auf diesem Wege darf nichts Bulgariens aufhalten und nichts soll seinen Fortschritt hindern. Das ist der Wunsch und der Wille des Volkes. Das Volk der Bulgaren und sein Oberhaupt können nur ein und dasselbe denken und wünschen. Tatsächlich unabhängig, ist das Land doch in seiner natürlichen und friedlichen Entwicklung durch Bande gehemmt, deren förmliche Zerreißung die Spannung zwischen Bulgarien und der Türkei beseitigen wird. Ich und mein Volk wünschen eine Verjüngung der Politik der Türkei herbeizuführen. Sie und Bulgarien, frei und unabhängig, haben die Vorbedingungen, um freundschaftliche Bande zu schaffen und sie zu festigen, indem sie sich einer friedlichen Entwicklung hingeben. Durchdrungen von dieser heiligen Aufgabe und um den Bedürfnissen des Staates gerecht zu werden, proklamiere ich mit dem Segen des Allmächtigen das seit 1885 geeinigte Bulgarien zum unabhängigen Königreiche. Mit meinem Volke glaube ich, daß dieser Schritt die Billigung der Großmächte finden wird. Es lebe das Volk und das unabhängige Bulgarien!

Die Präsidenten der Kammer und der Ministerrat boten im Namen der nationalen Vertretung und der Regierung dem Fürsten den Titel eines ersten bulgarischen Königs an, den der Fürst, wie er sagte, mit Stolz und Dankbarkeit, annahm.

#### Die Haltung der türkischen Regierung.

Konstantinopel, 6. Oktober. Der außerordentliche Minister rät dauerte bis nach Ritternacht. Nach Mitteilungen, die nach Schluß Journalisten gemacht wurden, habe Fürst Ferdinand an den Sultan eine Depesche gerichtet, in der er erklärt, daß er stets von den Gefühlen der Treue gegenüber dem Sultan beseelt gewesen, aber die Volksbewegung in Bulgarien so groß geworden sei, daß er der Proklamierung zum König zustimmen mußte. Der Ministerrat habe beschloffen, an den Fürsten ein Telegramm abzusenden, in dem es heißt: Da dieser Akt eine Verletzung des Berliner Vertrages darstelle, werde die Pforte bei den Signatarmächten protestieren und gemäß deren Entscheidung sehr ernste Maßnahmen ergreifen. Der Ministerrat empfahl den türkischen Journalisten eine ruhige Sprache, um das Volk nicht zu erregen.

#### Beruhigende Erklärungen.

Konstantinopel, 6. Oktober. Die in französischer und italienischer Sprache erscheinende Zeitung „La Turquie“ veröffentlicht ein Interview mit dem Minister des Auswärtigen, welcher erklärte, seine Ansichten seien nicht pessimistisch, der Krieg sei nicht unvermeidlich. Die Türkei wünsche den Frieden, die Pforte erwarte die Note, die die Mächte nach Sofia richten werden; bis dahin müsse sie in strikter Reserve bleiben. Schließlich sagte der Minister, die Pforte habe den Gerichten des Kommissariats in Sofia nicht abdrücken und dementierte das Gerücht, daß die Bulgaren die türkische Grenze passiert hätten.

#### Die Stimmung in Konstantinopel.

Konstantinopel, 6. Oktober. Die ruhigen und besonnenen türkischen Elemente sind einstimmig der Ansicht, daß die Türkei angeht die Gesamtlage des Landes, der geschwächten Hilfsquellen sowohl wie des moralischen und materiellen Zustandes der Armee, ferner im Interesse des neuen jungtürkischen Regimes wegen der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung jedweden bewaffneten Konflikt vermeiden und sich auf die Entscheidung der Mächte verlassen müsse. Es scheint Aussicht vorhanden, daß diese besonnenen Ansichten die Oberhand behalten.

#### Bulgarische Kundgebungen.

Sofia, 6. Oktober. Nachrichten aus der Provinz besagen, daß die Bevölkerung überall in großen Mengen zusammengeströmt ist und die Meldung von der Proklamierung mit unbeschreiblichem Enthusiasmus aufgenommen hat. Die Bevölkerung brachte dem Herr und den Vorgesetzten Obationen dar und feierte bis spät in die Nacht hinein.

#### Erregung in Serbien.

Belgrad, 6. Oktober. Die Nachricht von der Proklamierung Bulgariens zum Königreich rief größten Eindruck hervor. Der König verschob seine Abreise zu den Manövern. Am 3 Uhr nachmittags fand im Palais ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs statt; abends wurden die Führer der politischen Parteien zur Beratung über die Lage in das Palais berufen. Eine große Menschenmenge veranstaltete abends Kundgebungen gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina und veranstaltete sodann Sympathiekundgebungen vor der türkischen Gesandtschaft und vor den Gesandtschaftsgebäuden Englands, Rußlands, Frankreichs und Italiens.

Gegenwärtig ist die Regierung darauf bedacht, vorzuzugreifen, daß Manifestationen der Bevölkerung im Rahmen der Ruhe und Ordnung bleiben. Eine weitere Vorsichtsmaßregel besteht in der Einberufung der Reservemannschaften. Andererseits hat sich bei den getriggerten Manifestationen gezeigt, daß die Verärgerung vor der Annexion Bosniens und der Herzegowina die stärkste Erregung bei der Bevölkerung hervorruft. Die Regierung mußte deshalb vorsorgen, um durch Erhöhung der Truppenstärke für alle Eventualitäten die Staatsgewalt voll in den Händen zu behalten.

#### Ein Pariser Kongreß?

Paris, 6. Oktober. Die Unterredungen Richons mit den Vertretern fremder Mächte betrafen den Vorschlag durchweg den Plan der Einberufung eines Kongresses, welcher zum mindesten so umfassend sein soll, wie der Berliner von 1878. Mehrfach wird bestätigt, daß das hierauf bezügliche Einvernehmen zwischen Frankreich, England und Rußland bereits vollständig sei. „Petit Parisien“ deutet an, daß auch Italien sich diesem Vorschlage anschließen werde. Der Kongreß würde in Paris stattfinden.

Wie das Blatt weiter meldet, wird die französische und die englische Diplomatie in Konstantinopel geltend machen, daß die Türkei zwar zwei Demütigungen erlitten habe, daß aber ihre Prestige in Mazedonien eine Kräftigung erfahren, insbesondere durch die Räumung des Sandschal Kowibazar, wodurch Oesterreich jeden Vorstoß nach Saloniki aufgegeben habe.

#### Die englische Presse.

London, 6. Oktober. Alle Blätter beurteilen Bulgarien und Oesterreich in den schärfsten Ausdrücken. „Chronicle“ sagt, die Schritte dieser Mächte bildeten eine offensbare Verletzung des Grundfahes, daß die Großmächte die Heberwachung der Lösung der Orientfrage gemeinsam übernommen haben.

„Morning Post“ schreibt, das englische Volk kann sich nur feindselig stellen zu jeder Entwicklung, durch welche die Möglichkeit eines Krieges oder irgendwelcher Verwicklungen auf dem Balkan in drohende Nähe gerückt wird. Wir hoffen, daß die Gefahren durch gebührende Unterhandlungen abgemindert werden mögen. Ein Kongreß kann möglicherweise eine zufriedenstellende Lösung herbeiführen.

„Standard“ sagt, die Unabhängigkeit Bulgariens und die Annexion Bosniens und der Herzegowina könnten nicht eher gestattet werden, als bis die ganze Angelegenheit vor einen Kongreß gebracht sei.

#### Die Annexion Bosniens.

Wien, 6. Oktober. Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht morgen folgendes Handschreiben des Kaisers an den Minister des Auswärtigen Freiherrn v. Lehrenthal: Durchdrungen von der unerschütterlichen Überzeugung, daß die hohen kulturellen und politischen Zwecke, um deren Willen die österreichisch-ungarische Monarchie die Befehung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina übernommen hat, und die mit schweren Opfern erzielten Erfolge der bisherigen Verwaltung nur durch die Gewähr von ihren Bedürfnissen entsprechenden Verfassungsmäßigen Einrichtungen dauernd gesichert werden können, für deren Erlassung aber die Schaffung einer klaren und zweideutigen Rechtsstellung beider Länder eine unerlässliche Voraussetzung bildet, erstrecke ich die Rechte meiner Souveränität auf Bosnien und die Herzegowina und sehe gleichzeitig die für mein Haus geltende Erbfolgeordnung auch für diese Länder in Wirksamkeit. Zur Rundgebung der friedlichen Absichten, die mich bei dieser unabweislichen Verfügung geleitet haben, ordne ich gleichzeitig die Räumung des Sandschals Kowibazar von den dahin verlegten Truppen meiner Armee an.

## Demokraten für Ausnahmerecht.

Die Blätterlese, die wir gestern aus den Verhandlungen des Parteitag der deutschen Volkspartei zu Tübingen gegeben haben, ist ein erschreckendes Zeugnis rapiden Verfalls der süddeutschen Demokratie. Darüber können die äußerlich energischen Proteste, die die Herren zu Tübingen gegen die Maßregelung des Bürgermeisters von Husum und anderer liberalen Beamten losgelassen haben, nicht hinwegtäuschen. Denn in Wirklichkeit liefen die Verhandlungen doch auf ein Angebot zu herabgesetzten Preisen hinaus, auf ein Angebot der Volkspartei für die Durchführung der Regierungspolitik auf die Gefahr hin, daß die Grundzüge der Partei dabei noch mehr abbröckeln, als es ohnehin schon geschehen ist. So feierte Herr v. Payer die Strafprozeßreform, die in Wirklichkeit ein unter einigen Scheinformen notwendig verstandener Anschlag auf die wichtigsten Rechtsgarantien ist, als einen bedeutenden Fortschritt, so drückte er sich um jede ungewisse Erklärung zur brennenden Frage der indirekten Steuern herum, so gibt schon jetzt die Resolution — die einstimmig angenommen — zur Reichsfinanzreform von vornherein zu, daß „stärkere Peranziehung der Verbrauchssteuern“, d. h. Vermehrung der Auflagen auf notwendige Massenbedürfnisse nicht zu vermeiden sind. Alles das spricht laut genug.

Aber lauter noch sprechen die Ausführungen v. Payers über die Polen. Denn sie sind eine direkte, rücksichtslose Verleugnung des elementarsten Grundfahes der Demokratie, der Forderung auf Rechtsgleichheit!

Bei den Verhandlungen über das Vereinsgesetz wagte die liberale Fraktionsgemeinschaft solche Verleugnung noch nicht. Da beteuerte sie, daß sie den Sprachenparagrafen nur mit blutendem Herzen schlaude, weil sonst das Vereinsgesetz dieser grandiose Fortschritt, scheitern müsse, weil sonst die Polen vom preussischen Landtag nach schlimmer geschunden werden dürften. Erst bei den preussischen Landtagswahlen wagten es einige freisinnige Führer zweiten Ranges, den Polenparagrafen an sich zu redigieren, die Verleugung der polnischen Propaganda vermittelst einer Ausnahmestimmung als Pflicht des Freisinnus hinzustellen. Aber das waren



Neuerungen einzelner, offiziell blieb noch die alte Lesart. Jetzt aber tritt der anerkannte Führer der süddeutschen Demokratie vor die oberste Vertretung seiner Partei und erklärt unter lebhafter Zustimmung der Zuhörer, zur Rechtfertigung des Sprachparagraphe, daß die Polen nicht unschuldig sind an der preussischen Volkspolizei, daß die Polen nicht deutsche Staatsbürger polnischer Nationalität, sondern polnische Reichsangehörige mit deutschem Recht sein wollen.

Damit erklärt Herr v. Bayer, daß gegen die Polen Ausnahmegerichte erlaubt sind, weil sie sich nicht gemäßigteren lassen wollen! Damit erklärt er, daß gegen Widerheiten, die der Mehrheit unbecquem sind, die ihr gefährlich erscheinen, Ausnahmegerichte erlassen werden dürfen.

Das ist jetzt die Meinung der süddeutschen Demokraten. Nichts hindert die Herren mehr, mit gleicher Motivierung Ausnahmegerichte gegen Sozialdemokraten, Juden und andere Bevölkerungs-teile zuzustimmen!

Der Grundsatz des gleichen Rechts ist von diesen Demokraten auf den Mehrschranken geworfen, das Ausnahmegericht auf den Schild erhoben.

Die süddeutsche Volkspartei hat den Befähigungsnachweis für die Wahlpolitik glänzend erbracht. Wirkliche Demokraten aber können mit ihr nicht mehr gemein haben.

## Die Reichstagsersatzwahl in Memel-Heydekrug.

Aus dem Remeler Wahlkreis wird uns geschrieben:

Die konservative Partei hat im nordöstlichen Wahlkreis Memel-Heydekrug am 2. Oktober eine schwere Niederlage erlitten. Wie bereits telegraphisch berichtet, wurde der nationalliberale Kandidat, der Berliner Multimillionär Schwabach, der aus Furcht vor Ausdeutung der von seinen Freunden betriebenen unehrlichen Wahl-agitation sein Mandat niederlegte, mit der ungeheuren Majorität von 8723 Stimmen gleich im ersten Wahlgang gewählt. Seit 1891 ist in diesem Wahlkreis kein Abgeordneter mehr im ersten Wahlgang gewählt worden; immer war eine Stichwahl notwendig. Diesmal fand eine viel geringere Wahlbeteiligung statt als bei der Hauptwahl 1907. Gegen 3000 Stimmen wurden weniger abgegeben. Bei der Hauptwahl im Jahre 1907 erhielt Schwabach 4933 Stimmen, und erst in der Stichwahl, nachdem der größte Teil der Litauer, der gemäßigten Konservativen und auch leider viele sozialdemokratische Wähler für ihn gestimmt hatten, wurde Schwabach gewählt. Woher hat nun Schwabach gleich im ersten Wahlgang trotz der geringen Wahlbeteiligung diese kolossal hohe Stimmenzahl her? Er hat sie den Konservativen und den Sozialdemokraten abgenommen. Im Jahre 1907 erhielt der konservative Kandidat Krause bei der Hauptwahl 3608 Stimmen, 998 mehr als im Jahre 1903, der ihm nahestehende Litauer Gaigalat erhielt 1907 4220 Stimmen, der sozialdemokratische Kandidat Genosse Barun erhielt 1907 3345 Stimmen, 957 weniger als im Jahre 1903. Und jetzt? Die Litauer hatten keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Um ihre Stimmen folgten sich konservative und nationalliberale Agitatoren mit dem Erfolge, daß ausnahmslos die litauischen Stimmen der Schwabachpartei zugefallen sind. Aber weiterhin haben auch eine große Anzahl bis dahin konservative Wähler jetzt für Schwabach gestimmt. Denn der konservative Kandidat Wulgerer erhielt am 2. Oktober nur 2500 Stimmen im ganzen Kreise, wovon auf die Stadt Memel und Vororte 185 Stimmen entfielen. Die Konservativen haben also in diesem Wahlgang über 2500 Stimmen gegen 1907 verloren und keine einzige von den 1907 abgegebenen 4220 litauischen Stimmen erhalten. Diese Tatsache ist um so auffälliger, wenn man weiß und in Betracht zieht, daß der konservative Partei gerade in diesem fast rein ländlichen Wahlkreis der ganze beschriebene Apparat bei der Wahlagitation zur Verfügung steht — und ausgenutzt wird.

Noch auffälliger, gleichgültig aber auch beschämend, ist der über alles Erwarten eingetretene große Stimmenrückgang der sozialdemokratischen Partei. Genosse Döfer, der bei dieser Wahl an Stelle des bisherigen Kandidaten Genossen Braun kandidierte, erhielt am 2. Oktober nur 1853 Stimmen, also circa 1500 Stimmen weniger als Braun im Jahre 1907. Und diese den Konservativen und Sozialdemokraten verloren gegangenen Stimmen sowie ferner sämtliche litauischen Stimmen, nach Abzug der 3000 Nichtwähler, hat Schwabach im ersten Wahlgang erhalten. Daß die Konservativen, die ehemals diesen Wahlkreis ganz allein beherrschten, die früher gar nicht einmal nötig hatten, umfangreiche Wahlagitation zu betreiben, und die jetzt der litauischen Bevölkerung zuliebe einen litauischen Bewerber als Kandidaten aufgestellt haben, jetzt vollständig abgewirtschaftet haben, kann und ziemlich gleichgültig sein; denn diese gemäßigten-konservativen-nationalliberal-litauischen-freisinnigen Partei, die sie sich selbst nennt, die unter ganz merkwürdigen Umständen den Sieg an sich gerissen hat, ist ebenso reaktionär als die konservative Partei. Dagegen haben wir uns ernstlich mit dem auffälligen Rückgang unserer, der sozialdemokratischen Stimmen, zu beschäftigen. Eine Erklärung hierfür fehlt in aller Eile und Kürze für die mit den Verhältnissen in diesem rüch-schändigen Wahlkreis nicht vertrauten Genossen abzugeben geht nicht an. Nur das eine sei hier festgestellt: durch die fruchtlose Agitation der Schwabach'schen Agitatoren mit ihren reichen Schenkungen, Bier- und Geldspenden ist der ganze Wahlkreis seit 1907 total politisch versumpt. Die ganze städtische und ländliche Bevölkerung ist durch das wochenlange persönliche Auftreten des Millionärs mit seinem Gefolgsrat und durch die von ihm persönlich überall leutselig gegebenen Versprechungen denartigt hypnotisiert, daß sie sich bis zum Wahltage geradezu in einem Traum befand.

Wie Schwabach und seine Agitatoren die Lage in diesem Wahlkreis auszunutzen verstehen, beweist folgendes: Am Abend des 2. Oktober, nach Feststellung des Resultats, begab sich Herr Schwabach mit Herrn Dr. Ripper und noch einem Herrn des Wahlvorstandes nach dem Hotel Vittoria in Memel, wo bis in die späte Nacht hinein das Wahlergebnis, das diese Herren aufs äußerste überrascht hatte, besprochen wurde. Im Laufe dieses Gesprächs hat Herr Dr. Ripper, der Generalagitor des Herrn Schwabach, diesen, doch noch am nächsten Tage nicht abzureisen. „Denn“, so redete er auf ihn ein, „morgen, Sonnabend, ist hier in Memel Markt. Aus der ganzen Umgebung kommen die Landleute hier nach Memel. Wenn Sie, Herr Schwabach, nun dort unter den Leuten erscheinen und ihnen die Hand drücken, das wirkt umgekehrt auf das Gemüt dieser Leute und wird in die weitesten Kreise hineingetragen.“ Auch der dritte Herr stimmte diesem Vorschlag zu. Und so geschah es. Was der Papst den Katholiken, das ist gegenwärtig jetzt Herr Schwabach nicht allein den Wählern, sondern der ganzen politischen rüch-schändigen Bevölkerung des Wahlkreises Memel-Heydekrug.

Aber alles das hätte der Sozialdemokratie nicht eine solche schwere Niederlage bereiten können, wenn der Kreis und besonders die Arbeiterstadt Memel mit ihren Vororten besser organisiert gewesen wäre. Jahrelang konnte in diesem Wahlkreis von sozialdemokratischer Seite fast gar nicht agitiert werden. Die ohnehin

nicht sehr feste kleine Organisation ließ in sich Elemente eindringen, die, wie sich jetzt herausgestellt hat, von den Gegnern gekaufte Subjekte waren. Innere Streitigkeiten zwischen den Genossen selbst, das Zurücktreten bestimmter, aber von dem Treiben gewisser Ausschüsse angeleiteter Kreise erschwerte die Verwaltung und die Agitation. Dadurch schrumpfte die Organisation mehr und mehr zusammen. Sie wurde völlig kampfunfähig. Was jahrelange Vernachlässigung vernichtet hatte, konnte in den wenigen Wochen der Wahlagitation nicht wieder hergestellt werden. Aber auf das Häufigste feststehend, der Partei treu gebliebener Remeler Parteigenossen hat das niederschmetternde Resultat der letzten Wahl gewirkt wie ein aufstachelnder Peitschenhieb. Sie haben am Abend nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses in erster Zusammenkunft gelobt, nicht eher zu rasten, bis die Scharte ausgeweht ist.

## Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs.

Mit Befriedigung können die Genossen Württembergs wie die Gesamtpartei auf die Tagung der Landesversammlung am Sonnabend und Sonntag zurückblicken. Einschneidende Beschlüsse von großer Tragweite wurden gefaßt, erfreulicherweise mit überwältigender Majorität. Die Organisation wurde ausgebaut und finanziell gestärkt. Die Gründung einer eigenen Druckerei für das Landesorgan, die „Schwäbische Tagwacht“, wurde beschlossen. Das letzte aber, das diese Tagung der Sozialdemokraten Württembergs und gebracht hat, ist die Festlegung des Zusammengehörigkeitsgebühls, das die Massenbewusste Arbeiterschaft diesseits wie jenseits des Rheins über die Grenzen des Deutschen Reichs hinaus einl. In seiner Rede auf der Feier der Stuttgarter Organisation am Sonntag nach Beendigung der Landesversammlung zog Genosse Ebert: Berlin das Fazit der Verhandlungen. Er führte unter anderem aus: In Würtemberg seien die Geister heftig aufeinandergestoßen. Erste Stunden habe die Partei erlebt, die niemand vergessen dürfte, der sie miterlebt habe. Die Gegner aber, die auf eine Spaltung der Partei, auf eine sozialdemokratische „Mainlinie“ gehofft hätten, seien mit dieser Hoffnung zuschanden geworden. Er glaube sagen zu müssen, daß die Partei mit dem Verlauf des württembergischen Landestages sehr wohl zufrieden sein darf. Freund und Feind hat auf diese Tagung mit Spannung geschaut. Nach dem ganzen Verlauf der zweitägigen Tagung darf man aber sagen, daß die Verhandlungen getragen waren von dem Geist der Zusammengehörigkeit, der Geschlossenheit, von dem Geist, der die notwendige Voraussetzung ist für die Erfüllung unserer großen Aufgaben. Die Tagung war getragen von der Erkenntnis, daß die Masse des Proletariats ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen zusammengeführt werden muß zu einer geschlossenen Bewegung, zu einer durch ihre Geschlossenheit unüberwindlichen Phalanx. Ich bin sehr überzeugt, daß der württembergische Landestag auch ferner den ehrenvollen wohlverdienten Platz in der deutschen, in der internationalen Sozialdemokratie einnehmen wird, den sie bisher eingenommen hat.

Inbezug auf diesen Punkt des Vertreters der Parteivorstandes. Daß Genosse Ebert den Geist, der die Landesversammlung beherrscht, richtig gezeichnet, beweist die Behandlung des Antrages Kinkel-Göppingen, der ausdrücklich feststellen wollte, daß die württembergischen Parteitagbeschlüsse für jeden Genossen verbindlich seien. Mit Recht wies Genosse Landtagsabgeordneter Reil darauf hin, daß es auf den württembergischen Landestagbeschlüssen nicht ankommen sollte, daß die Parteitagbeschlüsse, die selbstverständlich für die Gesamtpartei gefaßt sind, nochmals zu verhandeln. Das sei auch jetzt nicht nötig. Nach dieser Erklärung erübrigte sich die Verhandlung und Abstimmung über den Antrag der Göppinger Parteigenossen.

Die „Schwäb. Tagwacht“ schließt ihre Betrachtung über die Landesversammlung mit folgenden Worten, die auch wir uns zu eigen machen wollen:

„Die Versammlung wurde beherrscht von dem ersten Willen aller ihrer Mitglieder, zur Kräftigung und Stärkung der gesamten Partei zu tun, was nur irgend möglich ist. In der Teilnahme der Gäste aus Baden und Bayern und des Vertreters des Vorstandes der Gesamtpartei lag die Solidarität zum Ausdruck, welche die Parteigenossen Württembergs mit denen des ganzen Reichs verbindet. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl hat uns ferner die Kraft zum erfolgreichen Kampfe gegeben. Das wird auch künftig so bleiben. — In die Arbeit!“

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Oktober 1908.

### Freisinn und Kuhhandel.

Nach den verlegenen und verlogenen Entrüstungsartikeln, die verschiedene freisinnige Blätter, an erster Stelle die „Freisinnige Ztg.“ und die „Post-Ztg.“, sich gegen den „schmähtlichen Kuhhandel“ und die „Verquickung der Reichsfinanzreform mit der preussischen Wahlrechtsfrage“ geleistet haben, konnte man als sicher annehmen, daß die freisinnigen Parteien gewillt seien, die für sie in der Synodischen Apotheke präparierten Steuerpillen zu schlucken, ohne dafür von der Regierung Wahlrechtskonzessionen zu fordern. Tatsächlich scheinen denn auch die Führer des Freisinns bereits bei ihren hinter den politischen Kulissen gepflogenen Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzsekretär die Verpflichtung übernommen zu haben, sich der Regierung für die Durchführung der Reichsfinanzreform zur Verfügung zu stellen, ohne dafür irgend welche Zugeständnisse auf wahrheitspolitischem Gebiet zu verlangen. So schreibt die halboffizielle konservative Korrespondenz „Woth“:

Von liberaler Seite ist in letzter Zeit der Versuch gemacht worden, die Bewilligung neuer Reichssteuern von der Ausgestaltung des preussischen Wahlrechts abhängig zu machen. Wie wir erfahren, besteht innerhalb der drei liberalen Fraktionen im Reichstage und Landtage nicht die Absicht, eine solche Politik zu betreiben, da zwischen Regierung und Liberalismus über die politischen Fragen der nächsten Zeit Einstimmigkeit herrscht und die Trübung der guten Beziehungen nicht zu erwarten ist. Die mit Führern der liberalen Fraktionen gepflogenen Besprechungen im Reichsschachamt lassen hoffen, daß die Reichsfinanzreform im liberalen Lager auf heftige Gegnerschaft nicht zu rechnen hat. Im Hinblick auf die Verläufe der Zentrumspresse, dem Liberalismus vor der neuen Aufgabe Angst zu machen, ist diese Uebereinstimmung sehr zu begrüßen, obgleich man regierungsfreudig fest überzeugt ist, daß das Zentrum bei der Gestaltung der Reichsfinanzreform positive Arbeit leisten wird. Mit Rücksicht auf die großen finanzpolitischen Gesetze im Reich und in Preußen läßt es sich nicht erdöglichen, dem preussischen Landtage schon in der nächsten Session eine Novelle zum preussischen Wahlgesetz zu unterbreiten. Eine solche Novelle, die Herr Wölff verprochen hat, wird aber später nicht ausbleiben. Die Vorarbeiten sind bereits eingeleitet, vornehmlich werden an der Hand der letzten preussischen Wahlen Erfahrungen für vorzuschlagende Systemänderungen zu sammeln sein.

Also, die freisinnigen Fraktionen wollen zunächst dem Reichskanzler helfen, die Reichsfinanzreform unter Dach zu

bringen. Dafür übernimmt zwar Herr Wölff die Verpflichtung, sein Wort einzulösen und eine Novelle zum preussischen Dreiklassenwahlrecht im preussischen Landtage vorzulegen; wann er aber diese Novelle einbringen will und was er darin aufnehmen will, bleibt seinem besseren Ermessen überlassen. In allen konstitutionellen Ländern, besonders in England, hat man immer wieder die Finanznöten der Regierungen dazu benützt, um gegen die Bewilligung neuer Steuern Volksrechte einzutauschen; doch die deutschen Freisinnigen sind von viel edlerer Art wie die „Kuhhandelnden“ liberalen Parteien anderer Staaten. Ihre politische Tugend und Prinzipienfestigkeit sträubt sich gegen den Kuhhandel um Volksrechte; sie kuhhandeln nur, wenn es sich um die Spekulationsfreiheit der Börse handelt. Bei anderen Objekten lohnt sich die Sache nicht.

### Zur Krise der nationalliberalen Partei in Baden.

In einer am vergangenen Sonntag in Karlsruhe abgehaltenen Sitzung des engeren Ausschusses der nationalliberalen Partei wählte an Stelle des zurückgetretenen Führers Ding den Mannheimer Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher zum Vorsitzenden der Landespartei. Herr Obkircher ist einer der vom Zentrum meist gehätselten nationalliberalen Politiker, weil sein Auftreten gegen dasselbe für einen Nationalliberalen immerhin ziemlich entschieden genannt werden muß. Aus diesem Grunde dürfte die großblöckere Richtung in den vom Zentrum bedrohten Kreisen, die Wahl Obkirchers als einen Erfolg ihrer politischen Bestrebungen anzusehen geneigt sein. Ob sie sich darin täuscht, wird ganz von dem Ausfall der ersten Wahl abhängen. Herr Obkircher war so klug, in dieser heiklen Frage sich große Zurückhaltung aufzulegen, indem er sich darauf beschränkte zu erklären, daß die Partei an dem Bloß mit den Nationalliberalen unter den alten Bedingungen festhalten wolle. Der Großblock sei eine Erfindung der Gegner. Man habe 1905 mit den Sozialdemokraten ein Stichwahlabkommen getroffen, weil es notwendig gewesen sei. Es sei jedoch eine politische Torheit, heute schon zu sagen, was man bei den nächsten Wahlen 1909 machen werde. Das könne sich erst bei den Wahlen entscheiden.

Der mehr konservativ gerichtete Teil der Nationalliberalen versucht aus dieser Obkircher'schen Zurückhaltung für die rechtsliberal-konservative Politik Kapital zu schlagen. So schreibt das „Wassermann-Blatt“, der „Mannheimer Generalanzeiger“, zu dem Ausfall der Wahl:

Man hat uns eingeräumt, daß das Großblockabkommen von 1905 und die vorhinliche Aufstellung der gleichen Rechnung für 1909 erschaffen auf die Energie der Partei gewirkt hat. Der Agitation des Zentrums und der Konservativen, dem schnelleren Umstürzen der Sozialdemokratie zugute gekommen ist. Und wird nun die Konsequenzen ziehen, zu denen wir seit zwei Jahren und länger gedrängt haben, ohne immer ganz verstanden zu werden. Man hat die Berechtigung unserer Forderung anerkannt, die Politik der nationalliberalen Partei Badens in Einklang mit der nationalliberalen Politik des Reiches zu halten. Daraus ergibt sich das Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie von selbst, die „der gefährlichste Feind des heutigen Staates“ ist und bleibt. Die angeblide Doppelzählung, die auch die badische Sozialdemokratie treibt, hat diese aber nie geführt, schwächlich oder zu nachsichtig gegenüber dem Liberalismus zu werden. Die nationalliberale Partei Badens hat die Sozialdemokratie zu sehr geschont. Sie zu sanft in ihrer Presse und ihren Versammlungen angefaßt, in sie eigentlich gar nicht angefaßt, um ihr die Lame für spätere Abkommen nicht zu verderben. Das war ein politischer Fehler — von der nationalen Reichspolitik her gesehen; das war ein taktischer Fehler — von der inneren Politik Badens her.“

Das Blatt schließt mit der Behauptung, das Großblockabkommen vom Jahre 1905 sei zu teuer bezahlt. Daß die nationalliberale Partei das Rückgrat der inneren Politik Badens bilde, sei wichtiger als die Abwehr einer konservativ-liberalen Mehrheit.“

Wie die Nationalliberalen dieses Rückgrat bilden wollen, wenn sie infolge ihrer geringen Zahl im Parlament einflußlos sind, verschweigt das Blatt. Wahrscheinlich glaubt es, daß die Regierung trotz einer Zentrumsmehrheit im Parlament eine liberale Politik treiben könne. Es kommt hierbei natürlich ganz darauf an, was man unter liberaler Politik versteht.

### Zentrum und Gemeindevahlrecht.

Die Zentrumspartei in Aachen, die im dortigen Rathaus die Mehrheit hat, vermag dennoch nicht, dort die von den Arbeitern erstrebte Herabsetzung des Gemeindevahlrechts durchzusetzen, weil jedesmal einige Mitglieder der Fraktion sich dieser Reform widersetzen, sich zu den Liberalen schlagen und dann mit diesen eine Mehrheit zur Ablehnung des Antrages bilden. Infolge der Proteste seitens der katholischen Arbeiter hat sich dann das Zentralkomitee des Aachener Zentrums, die offizielle Parteivertretung am Ort, genötigt gesehen, sich mit der Sache zu beschäftigen. Es faßte Ende Juli eine Resolution, worin behauptet wurde, daß die Zentrumspartei nicht geschlossen für die Herabsetzung des Gemeindevahlrechts gestimmt hat, besonders da diese Frage als eine der ersten Forderungen der Aachener Zentrumspartei zu betrachten sei, für deren Durchführung die Stadtverordneten zu wirken und zu stimmen hätten, wofür sie nicht den Interessen der Wähler, denen sie ihr Mandat verdanken, zuwiderhandeln wollten. Es wird erwartet, daß die Zentrumspartei demnächst einem diesbezüglichen Antrag zustimmen und in Zukunft mehr als bisher geschlossen auftreten wird.

Diese Resolution wurde den Zentrumsparteimitgliedern zugesandt. Was antworteten nun darauf die Herren, die dem Wahlrechtsantrag nicht zugestimmt hatten? Herr Hiffen erklärte, daß vor seiner Wahl in der Jenußfrage eine Erklärung nicht verlangt worden sei; Herr Göbels weist darauf hin, daß er seinen ablehnenden Standpunkt in der Jenußfrage bereits 1905 der Zentrumspartei kund gegeben habe, und der dritte, Dr. Court erklärt, daß er 1. vor seiner Wahl sich volle Bewegungsfreiheit in der Jenußfrage vorbehalten habe, 2. die in der Resolution erhobenen Beschuldigungen als unberechtigt zurückweise, 3. bei nachmaliger Verhandlung über die Jenußfrage nur so stimmen werde, wie er es vor seinem Gewissen verantworten könne.

Und was tut die Aachener Zentrumspartei gegenüber solchen „Vollstreibern“? Ruft sie sie von den Vertrauensstellungen, die ihnen die Partei gegeben hat und in die die Aachener Arbeiter sie gewählt haben in der Erwartung, daß sie dort ihre Interessen vertreten? Im Gegenteil! Das Zentralkomitee, das sich am Mittwochabend mit der Frage beschäftigte, begnügt sich damit, von der Versicherung des Herrn Dr. Court, daß er sich vor der Wahl die Entscheidung in der Jenußfrage vorbehalten habe, Kenntnis zu nehmen und erklärt, daß es ihm fern gelegen habe, Herrn Dr. Court den Vorwurf der Täuschung oder der Wortbrüchigkeit zu machen.

Somit weiß die leitende Stelle der Aachener Zentrumspartei nichts zu dem volks- und arbeiterfeindlichen Verhalten der Herren „Vollstreiber“ im Rathaus zu sagen. Sie bleiben in Amt und Würden und können ungeniert weiter stimmen gegen die Wahlrechts-



anträge der Arbeiter. Und nun sage noch Einer, das Zentrum meine es nicht ernst mit seiner „Volks- und Arbeiterfreundschaft!“

### Die Landtagswahl in Anhalt.

Für den anhaltischen Landtag werden außer 12 Privilegierten 24 Abgeordnete nach gleichem, indirektem Zensuswahlsrecht gewählt. Der Zensus ist in den Städten 1000 M., auf dem Lande 600 M. Das indirekte Wahlsrecht macht uns Erfolge auf dem Lande noch außerordentlich schwer. Nur in den Landkreisen mit in der Nähe der Städte befindlicher Industriebevölkerung, zwei Kreisen in Dessau und zwei Kreisen in Bernburg bieten sich Erfolgschancen. So erzielten wir in Dessau-Land-Ost 22 Wahlmänner gegenüber 27 agrarischen, in Dessau-Land-West aber nur 25 gegenüber 60 agrarisch-bürgerlichen. In Bernburg-Land-West (Reipoltsdahl-Siedlingen-Neundorf) sind wir mit 25 Wahlmännern zwischen 43 und 33 bürgerlich-agrarischen ausschlaggebend. Die 43 hat ein Landwirt, die 33 eine Art nationalsozialer Pastor (Wammer). Die übrigen sechs ländlichen Kreise sind für uns bei der Landtagwahl noch wenig zugänglich. Die Städte wählen 14 Abgeordnete. Noch fast völlig unzugänglich ist uns die Sommerresidenz Wallenstedt-Dogn. Besser schon steht es mit Horzgerode-Bernrode-Wintersberge. Hier erreichten wir schon 80 Prozent der Stimmen. Schmach auch ist es noch mit unserer Macht in den kleinen Städtchen Wörlitz, Dranienbaum, Jexnitz, Meyna bestell. Der Zensus von 1000 M. wird da von nur wenigen Arbeitern erreicht. Infolgedessen gewannen wir auch nur in Jexnitz sechs Wahlmänner.

Dahingegen kämpften wir schon um den Sieg in den Städten Dessau-Bernburg-Coswig-Kohlau-Nerbst-Rüthen und Kleinburg-Güsten-Sanderleben. Wir gewannen Bernburg mit 1387 Urwählern gegen 1548 der Gegner, indem uns durch den glücklichen Zufall der Wahlmännerwahl 67 Wahlmänner zufielen gegenüber 66 der Gegner. Wir gewannen auch Kleinburg-Güsten-Sanderleben mit 507 Urwählern gegenüber 448 Bürgermeister-Anhänger und 293 Freistimmigen. Wir erzielten 40 Wahlmänner gegenüber 20 gegnerischen. — Dahingegen unterlagen wir in Nerbst, mit Barth-Demokraten vereinigt, gegen den reaktionären Block, obwohl für die Liste 868 und für die Rechte nur 752 Urwähler stimmten. Letztere gewannen 42 Wahlmänner, wir mit den Rösche-Liberalen zusammen trotz der 868 Urwähler nur 84. — Ungünstige Wahlkreisgeometrie brachte uns auch in Coswig-Kohlau eine Niederlage. Wir erzielten mit 945 Urwählern 81 Wahlmänner, die Gegner mit 1108 Urwählern 68. — In Dessau wählten von 5910 Wahlberechtigten (der Hälfte der Reichstagswähler) 5053 = 85 1/2 Proz. (In den Städten war die Beteiligung durchweg eine sehr gute, die bis weit über 90 Proz. stieg.) Wir erzielten mit 2062 Urwählern 84 Wahlmänner, die Gegner mit 2947 Urwählern 121 Wahlmänner. Dessau wählt als ein Kreis drei Abgeordnete. — In Cöthen, wo wir 1902 mit 68 Urwählern noch nicht einen Wahlmann durchbrachten, gewannen wir diesmal mit 508 Urwählern 81 Wahlmänner, die ausreichen, um zwischen zwei Bürgerlichen zugunsten eines Anhängers des Landarbeiter-Kontrahierungsgesetzes (Armer) die Entscheidung zu geben. Wir haben drei Mandate erobert, hätten aber unserer Stimmenzahl entsprechend, von den Wahlberechtigten ganz abgesehen, auf mindestens zwei Fünftel der Städtischen und 4 ländliche Mandate, also auf 7 Mandate Anspruch. In Dessau, Kohlau und Coswig haben wir 3007 Stimmen, die Gegner 4050, wir haben kein Mandat, die Gegner 4.

Noch folgt ein Fortschritt wie der von 1902 bis 1908 und wir erobern somit Mandate auf eigener Kraft. Wenn übrigens die Logik in der politischen Welt nur einige Bedeutung hätte, müßte die diesmalige Wahl dem indirekten Wahlsrecht den Todesstoß verleiht haben.

### Ein neuer Schwurzeuge gegen die Erbschaftsteuer.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ hat in einem Artikel der „Deutschen Juristenzeitung“ einen neuen Schwurzeugen gegen die Erbschaftsteuer entdeckt. Es ist der alte Römer Plinius. Dieser lobt in seiner Dankrede an den Kaiser den Vater des Kaisers deswegen, weil dieser die Vicesima (Prozentige Erbschaftsteuer) den Kindern erließ, die ihre Eltern beerbten. Bei dem Erlasse der Steuer wurde, wie Plinius sagt, davon ausgegangen, daß es unrecht, gewalttätig, fast gottlos sei, wenn ein Rentbeamter sich zwischen Eltern und Kindern dränge, und daß keinerlei finanzielle Rücksicht wichtig genug sei, daß man ihre beiden Kinder und Eltern als Fremde behandle.

Fürst Nikolai hat bisher nur gezeigt, daß er in den neueren Klassikern bewandert ist, er wird nicht umhin können, schließlich auch die römischen Klassiker zu studieren, damit er gegenüber der hervorragenden Klassikerhand des Herrn Dezel nicht schamhaft schiffbrüchig leidet. Die Agrarier sind zwar Antikemiten, vielleicht aber schließlich sie jetzt auch noch das alte Testament durch, um auch dort einen Schwurzeugen gegen die Erbschaftsteuer zu finden.

### Lotteriesozialpolitik

Will der teutschnationale Handlungsgehilfenverband betreiben. Ein vertrauliches Zirkular, das der Frankfurter „Volkstimme“ auf den Tisch gelassen ist, gesteht zu, daß die Deutschen mit einer ständigen Unterbilanz zu rechnen hätten, wenn nicht außerordentliche Einnahmen die Kasse stärkten. Deshalb wurde die Veranstaltung einer Lotterie beschlossen, jeder Kollege solle 2 Lose a 1 M. kaufen, wenn es ihm darum zu tun sei, daß der Verband „auch fernerehin erfolgreich arbeiten“ könne.

Es ist überaus bezeichnend für den Geist, der in dem antisemitischen Handlungsgehilfenverband vorherrschen muß, wenn an den Spielteufel appelliert werden muß, um die Kosten für die Organisation heranzuschlagen.

Wahl in Wemel-Bezirk. Amliche Meldung: Bei der Reichstagswahl am 2. d. M. für Königsberg I (Wemel-Bezirk) wurden insgesamt 14 454 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten: Beh. Regierungsrat a. D. Schwabach (nat.) 9710, Wittker (kons.) 2012 und Hofer (Soz.) 1861 Stimmen. Zerplittert waren elf Stimmen.

### Wie man in Preußen spart.

Wie von bürgerlicher Seite gemeldet wird, sollen für die preussischen Gesandtschaften eigene Gebäude errichtet werden. Außer in Rom, beim päpstlichen Stuhl, unterhält Preußen Gesandtschaften in Hamburg, München, Karlsruhe, Dresden, Stuttgart, Darmstadt und Oldenburg. Die Gesandtschaften in München und Karlsruhe haben bereits eigene Gebäude. Eine Notwendigkeit für diese Ausgaben besteht umwovon weniger, als diese Gesandtschaften absolut keinen Zweck haben, sondern tatsächlich hinausgeworfenes Geld bedeuten. Wenigstens erhebt man über aus diesem Beispiel, wie „ernsthaft“ man in Preußen bestrebt ist, zu sparen.

### Sozialistische und kirchliche Frauenbewegung.

In einem Artikel über den Nürnberger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie schreibt die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“: „Was denken wir von dieser sozialistischen Frauenbewegung? Wird sie eine Zukunft haben? Wird sie große Massen der Frauen zu erfassen vermögen? Bei dem hochgradigen Idealismus und der Begeisterung, die eine

Maria Holm jeden Tag aufs neue entfacht, bei dem Stab von tüchtigen Agitatorinnen, die sie bereits aufzuweisen hat, ist an einem Erfolge nicht zu zweifeln. Denken wir daran, wie unvorbereitet unsere Frauen dieser Bewegung noch gegenüberstehen! Was bedeuten unsere Müttervereine, was unser Frauenbund dieser proletarischen Frauenbewegung gegenüber? Wo haben wir die Frauen, deren Gesichtskreis geweitet, deren Blick gefeilt ist für all das, was sich neu um sie gestaltet? Wo die Frauen, die so planmäßig und systematisch im christlichen Sinne und für den Kampf um christliche Lebensideale erziehen, wie es diese sozialistischen Frauen in ihrem Sinne tun wollen? Nein, wir haben noch keine Frauenbewegung; wir müssen sie erst noch schaffen.“

Der Materialismus denkt nicht daran, der Frau das zu geben, was allein ihr Begeisterung und Kampfesfreude verschaffen kann: die volle Gleichberechtigung als einziges Mittel zur Erlösung aus den Fesseln einer schmachvollen Stellung. Beim Materialismus lebt immer noch die mittelalterliche Vorstellung von der Minderwertigkeit des Weibes, und deshalb hat nicht einmal der Katholikentag sich dazu aufschwingen können, die Frauen als gleichberechtigte Mitglieder zuzulassen. —

### Preussische Landräte als Abonnentenjammer.

Aus Königsberg wird uns geschrieben: „Unter dieser Ueberschrift beleuchtete der „Vorwärts“ am Freitag voriger Woche die Vielseitigkeit des Landrats v. Massow, weil er amtlich Abonnenten für ein pommerisches Volksblatt sammelt.“

In Preußen ist diese Tätigkeit der Landräte durchaus nicht neu. So findet man im amtlichen „Hirschhauser Kreisblatt“ vom Sonnabend, den 3. Oktober d. J., folgende amtliche Notiz: Nr. 811. Bekanntmachung.

Auf den von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt (Berlin SW. 11, Dessauerstr. 14) herausgegebenen „Mätker für Jugendvereinigungen“ werde ich empfehlend hin. Diese Zeitschrift, die bisher als Manuskript gedruckt vierteljährlich einem begrenzten Kreis von Interessenten auf Wunsch kostenlos überliefert wurde, ist jetzt jedermann durch den Buchhandel oder Postbezug gegen eine Jahresgebühr von 1 M. (einschließlich Porto) zugänglich gemacht worden. Gleichzeitig soll das Blatt öfter (sunlicht alle zwei Monate) im Umfange von etwa zwei Bogen erscheinen und auch im Inhalte möglichst ausgestaltet werden. Hirschhausen, den 28. September 1908. Der Landrat.

### Sieben Monate Festung für ein unbedachtes Wort!!

In einem Divul der 100. Regiments der Altenhunden sagte der im 2. Jahre dienende Musikter Schubert zu einem Kapitulant, der früher sein bester Freund und mit ihm eingetreten war: Halt's Maul, oder ich schlage dir drauf, daß das Blut spritzt. Schubert war sinnlos betrunken, trotzdem wurde er heute vom Frankfurter Kriegsgericht wegen Verletzung und Insultation zu sieben Monaten Festung verurteilt.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Drohungen der Polizei.

Budapest, 6. Oktober. Da die fast allabendlich stattfindenden Demonstrationen einen ernsteren Charakter annehmen, hat die Polizei alle Aufzüge verboten und droht, bei weiteren Zusammenrottungen mit blanker Waffe einschreiten zu müssen. —

### England.

#### Die Wirtschaftskrise und der Staat.

London, 1. Oktober. (Sig. Ver.) Der Niedergang des Wirtschaftslens spiegelt sich wieder im Rückgang der Staatseinnahmen. Verglichen mit der gleichen Zeit des Jahres 1907 zeigt das letzte Vierteljahr (Juli, August, September) einen Rückgang in den Staatseinnahmen von 2 081 000 Pfund Sterling. Das Vierteljahr vom April bis Juni hatte einen Rückgang von 2 397 000 Pfund Sterling.

Die Arbeitslosigkeit ist in allen Fabrik- und Handelsstädten groß, so daß für den Winter schlimme Not zu befürchten ist. Die Sozialdemokratie wird schon dafür sorgen, daß die Arbeitslosen nicht frißschweigend leiden.

Interessant ist der Versuch des Kriegsministers, die Krise zugunsten der Armee auszunutzen. Er teilte dem Publikum mit, daß er bereit sei, etwa 17 000 junge Arbeitslose auf sechs Monate in die Armee zu nehmen, um ihnen eine militärische Ausbildung zu geben.

### Rußland.

#### Der Studentenstreik.

Petersburg, 6. Oktober. Die Oktoberisten und die Opposition verurteilen den Studentenstreik, weil er resultatlos bleiben werde und die Autonomiefrage bei der Reichsbunamajorität um deren Sympathie bringen kann.

#### Sechs Todesurteile gegen Deutsche.

Frankfurt a. M., 6. Oktober. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Odessa: Sechs deutsche Einwohner in Kolonie Karlandorf (Gouvernement Cherson) wurden vom hiesigen Kriegsgericht wegen leichter Verletzung eines Polizeibeamten zum Tode verurteilt.

### Genosse Viktor Adler zum Nürnberger Parteitag.

Im loeben erschienenen Heft 1 des 2. Jahrganges des „Kampfes“, der Monatschrift der deutsch-österreichischen Genossen, schreibt Genosse Viktor Adler in einem Artikel: „Glossen zum Nürnberger Parteitag“:

„Man hat vielfach gesagt, diesmal sei der Streit rein „außällig“ ausgebrochen. Nun halten wir allerdings die Frage der Budgetbewilligung für keine so wichtige, daß sie die Leidenschaft des Kampfes rechtfertigen würde, und daß die Sache an sich herzlich unbedeutend ist, hat Webel nicht minder bestimmt ausgesprochen wie Timm. Aber trotzdem ist der Streit kein Zufall, sondern früher oder später mußten die Fragen, die im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Budgetbewilligung erörtert wurden, an die Oberfläche treten und die Partei beschäftigen. Diese Sache selbst war vielleicht nicht allzu schwer zu schlichten. Man dürfte es den Süddeutschen nur nicht allzu schwer machen, zuzugeben, daß in dieser Beziehung ihre Taktik keine einwandfreie war. Hätte man die Budgetbewilligung nicht als Lobfunde qualifiziert, so hätten sie vielleicht zugestanden, daß die Budgetverweigerung, die sie so oft geübt, auch in diesem Jahre kein verhängnisvoller Fehler gewesen wäre, der die bayerische und bairische Sozialdemokratie schwer geschädigt hätte. Die süddeutschen Genossen haben so viel vernünftige Sachen getan, daß ihnen das Recht, gelegentlich auch einen Fehler zu machen, ebenso zugebilligt werden muß, wie jedem vernünftigen Menschen, und man dürfte wirklich annehmen, daß sie den Fehler nächstens vermeiden werden. Daß sie mit der Budgetbewilligung weder eine Anerkennung des Reichstaates noch ein Vertrauensvotum für die Regierung aussprechen wollten, dürfte man ihnen ebenso glauben, wie sie selbst, wäre nur wirklich eine rein sachliche Diskussion möglich gewesen, zugeben hätten müssen, daß der Versuch, die Budgetbewilligung

als eine unbedingte politische Notwendigkeit zu erweisen, mißlungen ist. Aber wie die Dinge einmal lagen, glaubten die Süddeutschen die Budgetbewilligung verteidigen zu müssen und verwendeten darauf all ihren Eifer und alle Leidenschaft, während sie tatsächlich bereits für etwas ganz anderes kämpften, nämlich für ihr Recht, über die Budgetbewilligung sowie über ihre Taktik in den Landtagen überhaupt selbständig zu entscheiden. An die Stelle einer Frage der Parteitaktik war eine Frage der Taktik in der Partei oder, wenn man will, eine Frage der Parteiorganisation und Parteidisziplin getreten.“

Das ist nun allerdings eine viel wichtigere und schwierigere Frage als die der Budgetbewilligung und das läßt auch die Höhe des Kampfes leichter begreifen. Daß es sich um eine Frage der Selbständigkeit innerhalb der Parteiorganisation handelte, läßt allein auch erklärlich erscheinen, daß ein so großer Teil der Arbeiter Süddeutschlands mit einer Leidenschaft für die Auflosung ihrer Abgeordneten eintrat, die sie für die Budgetbewilligung gewiß nicht aufgebracht hätten, die, das werden auch unsere Bayern zugeben, mag man über ihre Notwendigkeit denken wie man will, für eine proletarische Wählerschaft kaum ein Gegenstand der Begeisterung sein kann. Bedauerlich ist nur, daß in dem Bedürfnis, ihre Position zu verteidigen, die süddeutsche Parteipresse einen Ton angefangen hat, für den leider wir Oesterreicher eine besonders geübte Ohr haben: sie hat an die Empfindungen appelliert, die auf dem Gegensatz zwischen Süddeutschen und Norddeutschen beruhen, und die Sache wird dadurch nicht besser, sondern schlechter, daß man unlängst lesen konnte, die Grenze zwischen dem guten und bösegearteten Süden und dem bösen und zurückgebliebenen Norden — in der Partei natürlich — sei nicht mehr der Main, sondern die Elbe! Wenn unsere deutschen Genossen die richtige Empfindung haben für die Gefahr solcher Rindeisen, können sie bei dieser Gelegenheit eine ernferte Ahnung bekommen von den Schwierigkeiten, die nicht erkundene, sondern sehr reale nationale Verschiedenheiten und nationale Gegensätze der proletarischen Politik in Oesterreich bereiten.

Nun könnte der Wunsch der Süddeutschen nach Selbständigkeit sich allerdings damit abfinden, daß der Parteitagbeschluss sie ja nur in der einzigen Budgetfrage bindet, die sie selbst nicht für so wichtig halten, während ihre Taktik in allen anderen, viel einschneidenderen Fragen vollkommen frei bleibt. Aber da einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Budgetfrage gelenkt ist, so wird es sie heute eine gewisse Selbstüberwindung kosten, ihre Wünsche mit der Notwendigkeit der Partei in Uebereinstimmung zu bringen. Ihre auf dem Parteitag abgegebene Erklärung ist kein Hindernis dafür, daß sie zur rechten Zeit die richtige Norm dafür finden werden. Sie selbst müssen wünschen, daß das Prinzip, die Taktik der Partei möglichst einheitlich zu gestalten, aufrecht bleibe. Denn schließlich könnte es ihnen passieren, daß sie heute der Gesamtpartei verlegen, morgen der Landesvertretung von irgendeiner Wahlkreisorganisation oder einer Gemeindefraktion geweiht wird. Die Gesamtpartei gibt jeder einzelnen Organisation an Kraft weit mehr, als sie ihr an Selbständigkeit nimmt, selbst wenn sie die Parteidisziplin allzu eng auslegen würde.“

### Aus der Partei.

#### Parteiliteratur.

Der Arbeiter-Kriegs-Kalender 1909, Verlag Buchhandlung Wormarts, Berlin SW. 68, ist erschienen.

Der Arbeiter-Kriegs-Kalender ist im Laufe der Jahre bei vielen Tausenden von Arbeitern zu einem unentbehrlichen Taschenbuch geworden; die Reichhaltigkeit des Inhalts sowie die gute Ausstattung lassen erwarten, daß er sich nicht nur seine alten Freunde erhalten, sondern eine große Anzahl neuer erobert wird.

Aus dem Inhalt des Kalenders haben wir herbor: Die Reichstagswahlen 1907 und die Reichswahlen. — Biographische Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Reichsvereinsgesetz. — Die Bedeutung der Landtage. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streit- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeitersekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Die deutschen Gewerbeinspektoren. — Kalenderium und Geschichtskalender. — Münz- und Gewichtstabelle. — Ortstage. — Vielseitiges Adressenmaterial. Außerdem enthält der Kalender ein künstlerisch ausgeführtes Marx-Portrait.

Preis 60 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs.

#### Bebel und der „Labour Leader“.

Genosse Bebel hat bekanntlich in einer hier veröffentlichten Erklärung bedauert, daß der Brief, worin er seine Meinung aussprach über die Kriegshehe zwischen England und Deutschland und über die Absicht der englischen Arbeiterpartei, eine Friedensdeputation nach Deutschland zu senden, vom Genossen Bruce Glasier im „Labour Leader“ veröffentlicht worden ist. Jener Brief sei eine private, nicht für die Veröffentlichung bestimmte Mitteilung gewesen. Die Redaktion des „Labour Leader“ erlucht uns nun, folgenden in ihrem Blatte veröffentlichten Brief ihres in Genau weilenden Herausgebers Bruce Glasier wiederzugeben, in dem er sich gegen den vom Genossen Bebel erhobenen Vorwurf verteidigt. Der wesentliche Inhalt des Briefes lautet in deutscher Uebersetzung:

„Zunächst lassen Sie mich sagen, daß ich das im „Labour Leader“ ausgesprochene Ersuchen teile über Bebels Erklärung im „Vorwärts“, daß ich seinen Brief veröffentlichte, während ich getraut hätte, daß er ihn mir als eine private Mitteilung gefandt habe. Die Darstellung, die der „Labour Leader“ von den Umständen des Empfangs und der Veröffentlichung des Briefes gab, ist vollständig zutreffend. Ich schrieb an Bebel, wie ich auch an Jaurès und Bernstein geschrieben hatte, daß ich ihn um die Freundschaft hätte, einen Artikel oder eine Aeußerung als Antwort auf Hardies Artikel zur Veröffentlichung im „Leader“ zu schicken. Ich lenkte seine Aufmerksamkeit besonders auf die herzlichen Grüße an ihn und die deutschen Genossen, die in Hardies Artikel enthalten waren, und lud ihn ein, diese Aeußerungen internationaler Freundschaft und Solidarität anzuerkennen. Als Antwort sandte Bebel den Brief, den ich veröffentlichte. Weber innen noch auhen trug Bebels Brief, wie der „Leader“ schon in der vergangenen Woche angeführt hat, das leiseste Angehen, daß er ihn als einen für mich bestimmten Privatbrief angesehen wissen wolle. Ich bat nicht um einen Privatbrief. Ein Privatbrief war in dieser Lage weder für mich noch für die britische sozialistische Bewegung von Nutzen. Ich erbat und ich glaube von ihm eine öffentliche Erklärung seiner Ansichten über eine große öffentliche Frage empfangen zu haben.“

Es ist bedauerlich, daß Bebel, wenn er seinen Brief als einen vertraulichen behandelt zu haben wünschte, seine Absicht nicht in irgend einer Form erkennen gemacht hat. Ebenso ist es bedauerlich, daß er, wie es jetzt scheint, geögert haben sollte, die an ihn und die deutsche sozialistische Bewegung gerichtete prächtige Friedens- und Bruderschaftsindgebung Hardies bei einer so kritischen Gelegenheit öffentlich anzuerkennen.

Bebel wird, dessen bin ich sicher, wenn er sich die Umstände des Falles jetzt vergegenwärtigt, seine übereilte Anklage auf Vertrauensbruch gegen mich wegen der Veröffentlichung seines Briefes ohne weiteres zurückziehen.“

So der Brief. Es erhellt aus ihm, daß in der Affäre ein Mißverständnis gewaltet und daß Genosse Bruce Glasier zweifellos in gutem Glauben gehandelt hat.

#### Vom Fortschritt der Presse.

450 neue Abonnenten hat in den letzten Tagen die „Arbeiter-Zeitung“ in Essen durch eine Hauszitation gewonnen.



# Die Gastwirte gegen die neuen Steuern!

Die Gast- und Schankwirte hatten zum gestrigen Nachmittag nach Freyers Festfäden, Koppenstr. 20, eine öffentliche Protestversammlung einberufen mit der Tagesordnung: Die Pläne der Regierung, das Gastwirts-gewerbe mit neuen Abgaben auf Bier, Tabak und Branntwein zu belasten! — Die Versammlung war gut besucht. Genosse Litzin hatte das Referat übernommen und lenkte die Aufmerksamkeit in einem reichhaltig zusammengestellten detaillierten Tatsachenmaterial die Verwirrung und Mangelhaftigkeit in der deutschen Reichsfinanzwirtschaft. Als der Reichshauswirtschaftler v. Stengel vom Stengel fiel und sein Nachfolger Sydow an seine Stelle trat, da war es schon klar, daß neue Abgaben das Volk treffen würden, man war sich in den maßgebenden Körperschaften nur noch nicht klar, wie man die Deduktion für das Reichsdefizit beiverwirklichen wollte. Alle möglichen Auswege wurden gesucht, zuletzt blieb man aber doch wieder bei den Konsum-artikeln Bier, Tabak, Branntwein haften. Die heutige Versammlung sollte auch dem Zwecke dienen, in die Verwirrung, die über diese Frage in den verschiedenen Organisationen des Gastwirtsberufes und besonders bei der Besprechung in den betreffenden Organen sich zeigte, Klarheit zu bringen. So ist die Meinung zum Ausdruck gelangt, die Gastwirte mögen die beabsichtigten neuen Steuern im kommenden Jahre einfach auf die Konsumenten abwälzen. Redner hält einen derartigen Standpunkt mit den Voraussetzungen ehrenwerter Geschäftsleute nicht für vereinbar. Sie dürfen sich nicht zum Grundgesetz das Sprichwort wählen:

Ich bit' dich, heiliger Florian,  
Versteh' mein Haus, jünd' andre an!

Damit sagen sich die Gastwirte den Äst ab, auf dem sie sitzen. Redner weist an der Hand eines statistischen Zahlenmaterials nach, daß die Gastwirte absolut nicht in der Lage sind, die neuen drohenden Steuern neben den jetzigen noch zu tragen. Des weiteren verbreitet er sich über die inneren Verhältnisse des Gastwirtsberufes sowie dessen Lage in den einzelnen Landesstellen und betont am Schluß noch einmal nachdrücklich, daß es nicht angeht, diesen Beruf noch weiter zu belasten, wenn nicht ungezählte Existenzen vollständig dem wirtschaftlichen Ruin überliefert werden sollen. Der Trost, die Steuern auf das Publikum abzuwälzen, ist ein schlechter, er kommt der Schinderhannesmoral gleich.

Dem Vortrag folgte lebhafter Beifall.

Von dem zweiten Referat über Licht- und Tabaksteuern mußte infolge der vorgeschrittenen Zeit abgesehen werden. Eine zweite Versammlung soll zu diesem Zwecke einberufen werden.

In der Diskussion schloßen sich alle Redner dem Referenten an. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heute, am 6. Oktober 1908, in Freyers Festfäden, Koppenstr. 20, tagende Versammlung aller Gast- und Schankwirte Berlins und Umgebung protestiert mit aller Energie gegen eine weitere Belastung des Wirtgewerbes durch die geplante Erhöhung der Steuern auf Bier, Branntwein, Tabak.“

Die Versammelten halten die Absicht der Regierung, das Reichsdefizit und die durch die uferlosen Abgaben entstehenden Mehrausgaben durch neue und vermehrte indirekte Steuern, wie Elektrizitäts- und Gassteuer, für eine direkte Schädigung nicht nur des werktätigen Volkes, sondern auch des gesamten Wirtschaftsstandes.

Kamentlich das Wirtgewerbe ist heute schon mit Abgaben und Steuern schwer belastet und protestiert darum und im besonderen gegen diese wirtschaftlichen Schädigungen.

Es fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Es fordert die Einführung einer stufenweise steigenden Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer und Heranziehung aller größeren Erbschaften und Erhöhung der Steuerhöhe nach dem Umfange des Erbgutes und dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die Erbschaftsteuerliche Heranziehung des Erbgutes für Ehegatten und Kinder.

## Soziales.

### Gegen die Prügelpädagogik.

Niemand kan mit gerten  
Kindes zucht beherten.  
Den man zu erez bringen mag,  
dem ist ein wort als ein staf.  
Dem ist ein wort als ein staf,  
den man zu ehren bringen maß:  
Kindes zucht beherten  
Niemand kan mit gerten.

Walthers von der Vogelweide.

Die prächtige Rahmung Walthers von der Vogelweide, nie mit Schlägen des Kindes Zucht zu vollführen: den man zu Ehren bringen kann, dem ziele ein Wort besser als ein Schlag, sollte unseren Volksschullehrern ins Herz gegraben sein. Wie viele Lehrer verständigten sich an dem ihnen anvertrauten höchsten Gut, dem körperlichen und geistigen Wohl ihrer Zöglinge, durch Prügel. Wer als Lehrer Prügel anwendet, zeigt dadurch seine Unfähigkeit zur Erziehung und seine eigene Unbildung und innere Noheit. Desto erschrecklicher ist es, aus Lehrers Munde warme Ausführungen gegen die Prügelpädagogik zu hören. In Nr. 40 der „Bayer. Lehrzeitung“ erzählt ein bayerischer Volksschullehrer folgendes von Herzen kommende und auf Herzen wirkende schlichte Erlebnis:

„Ich bin am ersten Tage in meiner neuen Schule und unterhalte mich mit den Kindern über alles mögliche, teils ernst, teils scherzhaft. „Wer hat bisher die meisten Schläge bekommen von Euch?“ Die Verta, die Verta! und neunzig Finger deuten auf ein blaßes, schmalwanges Ding, das den Kopf in schluchzender Scham auf die Wand preßt. Ich trete zu ihr hin. Welche geistige Hilflosigkeit, welche hündische Furcht spricht aus diesen Augen! „Warum hast Du immer Schläge bekommen?“ Unter heftigem Weinen: „Ich lerne immer dabein, aber in der Schule kann ich's nimmer.“ Und als ich ihr die Hand unter das Kinn lege, um diese Worte aus den Augen zu prüfen, da hebt sie unwillkürlich schreiend den Arm empor. Steht's so? Eine heiße Wut kramt herauf über die Zehenspitzen, die hier gebogen wurden. Dann streiche ich der Armen über das Haar: „Sei zufrieden, Verta, Du wirst nie mehr Schläge bekommen.“ — Einige Tage später liegt auf meinem Pult ein riesiger Frühlingstrauch, in zählender Unschuldlichkeit zusammengewunden. „Wer hat den Strauch gebracht?“ Ein blaßes, schmalwanges Mädchen erhebt sich schüchtern: Verta! —

Leider ist die Zahl derjenigen Volksschullehrer noch gar gering, die eingesehen haben, daß sie durch Prügel das größte Unrecht ihren Schutzbefohlenen zufügen und sich selbst schänden. Wieviel Vernechtung von Lebensglück haben die Prügelpädagogen und das System, das solche Prügelpädagogen züchtet, auf dem Gewissen.

### Ein soziales Glendebild.

Der freisinnige Stadtmagistrat Wienberg erhielt vom dortigen Landgericht eine schmerzliche moralische Oberseite. Er ist sehr freigebig mit Ausweisungen, auch gegen Leute, die kein anderes Verbrechen begangen haben, als daß sie arm sind. So wies er im vorigen Jahre ein Mädchen aus, das infolge eines Arbeitsunfalles ein Bein verloren hatte. Weil sie sich für das Münchberger Unternehmertum hatte zum Krüppel machen lassen, mußte sie als „substantiell“ die Stadt verlassen. Noch trasser ist der Fall, der das Gericht jetzt beschäftigte. Eine Wachsalerwitwe hatte vom Magistrat Arbeitsauftrag erhalten und wurde, da sie ihm nicht nach-

kommen konnte, zur Anzeig gebracht und wegen „Arbeits-scheu“ zu 20 Tagen Haft sowie zur Ueberweisung an die Landespolizei verurteilt. Wegen die Ueberweisung ergriff sie Verurteilung. Das Ergebnis der Verurteilung Verhandlung war für den Magistrat sehr blamabel. Die arme Frau, die als „arbeitscheu“ dem Arbeitshause überliefert werden soll, ist ein Opfer des Kapitalismus. Sie ist durch die Plekolitik, die sie sich in einer Farbenfabrik geholt, körperlich vollständig heruntergekommen, auf dem einen Auge ist sie völlig blind, auf dem anderen sieht sie nur wenig; das sind die Folgen ihrer Tätigkeit in einer Vernickelungsanstalt. Ferner leidet sie an einem Herzklappenfehler und an den Folgen eines im vorigen Jahre erlittenen Knöchelbruchs. Angesichts dieses elenden Zustandes der Bedauernswerten mußte der Staatsanwalt selbst Aufhebung der Maßregel beantragen, auf die er erkannt wurde. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Angeklagte infolge körperlicher Gebrechen bedeutend erwerbsbeschränkt ist und es ihr daher schwer wird, ein Unterkommen zu finden. Statt sich solcher Schicksalstropfen des Kapitalismus fürsorgend anzunehmen, schickt ihnen die freisinnige Stadtwertretung Arbeitsaufträge und will sie dem Arbeitshause überantworten. Das ist wahrhaftige freisinnige Sozialpolitik in dem „freisinnigen“ Bayern!

### Kinder- und Frauenausbeutung in einem kirikal regierten Staate.

Die neuesten Berichte der belgischen Grubeninspektoren beweisen wieder einmal, daß man die arbeiterfreundlichen Verfügungen der kirikalischen recht vorsichtig aufnehmen muß. So nämlich die Bestimmungen der deutschen Zentrumspartei im Auslande die Regierungsgewalt innehaben, da werden die arbeiterfreundlichsten Arbeiterforderungen beharrlich ignoriert. In Belgien hält seit Jahren die kirikalische (katholische) Partei das Regierungsrad in Händen, besitzt in den beiden gezeigten Körperschaften die Majorität. Im selben Lande werden aber immer noch schwächliche Kinder und Frauen im unterirdischen Grubenbetrieb ausgebeutet!

Von den 4967 Kohlenarbeitern (1907) in der Provinz Namur schafften 3548 unter Tage. Davon waren 68 Kinder von 12 bis 14 Jahren, 165 waren noch nicht älter wie 16 Jahre! Auch über Tage schafften 126 Knaben und 92 Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren, 109 Knaben waren noch nicht 16 Jahre alt. Dem ungestümen Drängen der Sozialisten hat die kirikalische Regierung insofern nachgeben müssen, als wenigstens gesetzlich bestimmt wurde, von 1902 ab dürfen keine neuen weiblichen Arbeiter untertags beschäftigt werden. Ganz ist der weibliche Arbeiter aber noch nicht aus der Grubentiefe verschwunden. Im Hennegau wurden 1907 noch immer 17 Frauen untertags beschäftigt!

Die Gesamtzahl der Arbeiter im Hennegauischen Bergbau setzte sich wie folgt zusammen:

	Untertage	Obertage
Männer über 16 Jahren	70 298	19 257
Knaben von 14-16	3 308	1 300
12-14	1 787	1 339
Frauen über 21	17	738
Mädchen von 16-21	—	2 701
unter 16	—	2 542

Im Gesamtkohlenbergbau Belgiens, von dem der hennegauische (Distrikte Mons, Zentrum, Charleroi) zirka sieben Zehntel befreit, sind etwa 2500 Kinder im Alter von 12-14 Jahren unterirdisch beschäftigt! Dazu kommen noch ungefähr 4800 Knaben im Alter von 14-16 Jahren. Dieser der sorgsamsten Pflege bedürftige, weil in den empfindlichsten Entwicklungsstadien befindliche Nachwuchs der Nation verkrümmert in langer Schicht im tiefen Schacht voll giftiger Schwaden. So wird die Volkskraft durch eine skandalöse Ausbeutung ruiniert in einem Staate, wo die Bestimmungen der deutschen Zentrumspartei die kirikalischen regierenden Männer stellen.

Für eine Arbeitslorenzählung, die im Oktober auf Antrag des Gewerkschaftsverbandes in Zürich vorgenommen wird, beteiligte der dortige Stadtmagistrat 200 M.

## Gewerkschaftliches.

### Ungehörig in der Form oder ungehörig in der Sache?

Als einen dreifachen Einmischungsversuch von gewerkschaftlicher Seite“ bezeichnet die Scharfmacherpresse und die zu ihr gehörige „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ein Schriftstück, das der Geschäftsführer der Zahlstelle Zeit des Deutschen Holzarbeiterverbandes an das Kommando des Infanterieregiments Nr. 53 in Altenburg gerichtet hat.

Das Schreiben lautet:

„Unterzeichneter gestattet sich mitzuteilen, daß nach gewordenen Meldungen von den Angehörigen eines in Ihrem Truppendeile, angehörend in der 8. Kompanie dienenden Musketiers . . . aus Zeit, ein Urlaubsgesuch als Arbeitsurlaub für die Dauer von mehreren Wochen eingereicht sei. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß wir eine Genehmigung dieses Gesuches als ungerecht betrachten müßten. Einmal ist zur Leitung des Geschäfts neben dem Vater des . . . noch ein Teilhaber vorhanden, andererseits sind in der jetzigen Zeit, einer Zeit der wirtschaftlichen Depression, noch zahlreiche Tischler arbeitslos, auch muß Sorge getragen werden, daß die in den nächsten Tagen zur Entlassung kommenden Reservisten in Arbeit treten können. Dieses würde jedoch durch eine längere Urlaubsgewährung erschwert sein. Ich erwarte deshalb, daß Ihrerseits einem derartigen Gesuch nicht stattgegeben wird. Mit vorzüglicher Hochachtung R. R.“

Das Schreiben ist stilistisch nicht sehr gewandt. Es verrät den Arbeiter, der eine jämmerliche Volkschule hinter sich hat und der erst später mühsam durch Lektüre und formenden Umgang sich die Möglichkeit aneignet, das was er wünscht auch für andere verständlich zu Papier zu bringen. Aber die Absicht des Briefschreibers war sichtlich die denkbar beste und er glaubte auch, allen Pflichten der Höflichkeit Rechnung getragen zu haben, als er schloß: „Mit vorzüglicher Hochachtung R. R.“

Leider kam sein Schreiben in die Hände eines Mannes, der sich sicher dem einfachen Arbeiter gegenüber für den „gebildeteren“ hält. Dieser, der Regimentskommandeur Oberst Freiherr v. Dmpteda, antwortete dem Antragsteller nach der Scharfmacherpresse:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 17. d. M. teile ich Ihnen mit, daß die Genehmigung von Urlaubsgesuchen Sache des Regiments ist. Hinweise des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind deshalb überflüssig und können auf keine weitere Berücksichtigung rechnen, wenn sie, wie im vorliegenden Falle, in einer Form vorgebracht werden, die gelinde ausgedrückt, ungehörig ist. Ihre Erwartungen, daß diesseits einem etwaigen Gesuch keine Folge gegeben wird, sind dem Regiment völlig nebensächlich. Alle Urlaubsgehalte zur Unternehmung werden hier lediglich nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse entschieden.“

Ob Herr v. Dmpteda seine Antwort auch unterschrieb: „Mit vorzüglicher Hochachtung“, darüber schweigt die Scharfmacherpresse sich aus; das soll uns auch gleichgültig sein. So viel ist jedem Unbefangenen auch ohnedem klar, daß das Schreiben des Herrn Regimentskommandeurs zwar in der Form gewandter als das der Holzarbeiters, in Tone aber — an den man doch wohl bei Leuten, die gebildet sein wollen, einen anderen Maßstab anlegen darf, als bei Arbeitern? — im Tone also, „gelinde ausgedrückt, ungehörig“ ist. Auch in der Sache ist die Antwort ungehörig. Wenn beim Regiment Urlaubsgehalte zur

Unterstützung lediglich nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse entschieden werden, sollte man für jede Mitteilung über die tatsächlichen Verhältnisse dankbar sein. Normal mag der Herr Regimentskommandeur sich völlig im Rechte fühlen, sächlich hat er sogar Unrecht, wenn man ihm seine durch den Brief erwiesene völlige Unkenntnis der Luft zu gute hält, die unsere Schule zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden geschaffen hat und mit Wissen und Willen der Herrschenden aufrecht erhält!

### Berlin und Umgegend.

#### Ein schlagfertiger Innungsmeister

Ist der Inhaber des „Deutschen Hofes“, Ludauer Straße 15, Herr Hannede. Derselbe geriet dieser Tage mit einem Angestellten in Streit. Zur Charakterisierung des Vorgefallenen möge es genügen, daß dem Verletzten ausgestellte ärztliche Atteste der Öffentlichkeit zu unterbreiten:

Dr. Jabel  
Berlin S., Dresdener Str. 109.  
Tel. Amt 4, 8630.

Berlin, den 5. Oktober 1908.

S. 14.

Dresdner Str. 109.

#### Atte st.

Der Kellner Karl Klaus, Franzstr. 9 wohnhaft, gibt an, vom seinem Arbeitgeber am 4. Oktober mittags 12 Uhr tätlich mißhandelt worden zu sein, so daß die Lippe geblutet habe und er seitdem Schmerzen im Kopf und Genick sowie in der linken Gesichtshälfte verspüre. Die Untersuchung ergibt eine Schwellung der Oberlippe links und eine etwa fünfzehen große Abschürfung (Wunde) an der Innenseite der Lippe. Oberlippe und Schläfen-gegend links sind druckempfindlich.

Dies bescheinigt

Dr. Jabel,

Arzt.

Herr Hannede gehört auch zu den Gastwirten, welche den Arbeitern der organisierten Gastwirtsgehilfen meiden und denen der Lohnarbeit ein Grauel ist. Er glaubt offenbar, daß man Unorganisierten alles bieten kann. Die Gastwirtsgehilfen und insbesondere die Arbeiterschaft insgesamt erfieht aus dem Vorfalle wieder einmal, wie notwendig Organisation und Zusammenhalt sind.

#### Erklärung!

In der Morgenausgabe der „Berliner Volkszeitung“ vom 6. d. M., wird über die Versammlung der Bauanschläger unter anderem folgendes berichtet: „Namentlich der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schloge er (meine Person als Redner) vor, den jetzigen Tarif in unveränderter Form auf ein Jahr zu verlängern.“

Dazu habe ich zu bemerken, daß ein derartiger Vorschlag von mir in keiner Weise gemacht wurde, nicht einmal angedeutet. Ob vielleicht die Redaktion oder der Berichterstatter der „Volkszeitung“ meine Ausführungen in entstehender oder unwarmer Weise des-halb bringen, um sich einen besonderen Dank ihrer neuen Abonnenten aus der Adressliste damit zu erwerben, weiß ich nicht, jedoch kann man zu diesem Verdacht kommen, wenn man sich die Art solcher Berichterstattungen, wie sie in der letzten Zeit geschehen ist, etwas näher betrachtet.

Dito Hande, zweiter Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Berlin.

#### Ausland.

##### Ende des Gemeinbedarferstreiks in Nalmö.

Die streikenden Gemeinbedarfer von Nalmö haben beschlossen, den Kampf aufzugeben, und sich auch bereits Ende der verfloffenen Woche wieder zur Arbeit gemeldet. Sie haben eine Niederlage erlitten, wie sie bisher bei großen Kämpfen organisierter schwedischer Arbeiter noch nicht vorgekommen ist. Die Ursache davon ist, daß sie den Streik trotz aller Warnungen unfling und unüberlegt begonnen hatten. Zwar konnten sie überzeugt sein, daß das gute Recht auf ihrer Seite war, denn die städtischen Behörden hatten durch Ablehnung jeglicher Verhandlung über die Entlassung jener Gemeinbedarfer, die durch den Hafenarbeiterstreik in Mitleidenschaft gezogen waren, das damals noch geltende Arbeitsverbot gebrochen, die Pässe der Gemeinbedarfer bedrohte jedoch nicht, daß Recht vor Recht geht.

Der schwedische König soll dem Gymnasiallehrer Bindahl, dem Anführer der städtischen „Wohlfahrtskommission“, seine Freundschaft über das Ende des Streiks und seine Befriedigung über die Festigkeit, die die Kommission den Arbeitern gegenüber bewiesen hat, ausgedrückt haben. Sein Vater, der alte Oskar II., den man als den gebildetsten der Monarchen bezeichnete, pflegte es anständigerweise zu unterlassen, in den wirtschaftlichen Kämpfen Partei gegen die Arbeiter zu ergreifen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Vor der Entscheidung.

Konstantinopel, 6. Oktober. (Redung d. Wiener T. L. Telegraphen-Corr.-Bureau.) „Lanin“ zufolge, hat die Pforte von den übrigen Balkanstaaten deren Ansichten über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens erbeten. Einem Redakteur der Zeitung erwiderte der Großwesir auf die Frage, ob die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens bedeute: die Pforte warte die Entscheidungen ab, die von den Großmächten getroffen werden.

### Die Cholera.

Petersburg, 6. Oktober. (W. T. W.) In den letzten 24 Stunden, bis heute mittag, wurden 111 neue Erkrankungen und 58 Todesfälle an Cholera verzeichnet. Die Zahl der Kranken beträgt 1855.

### Eisenbahn-Zusammenstoß.

Frankfurt a. M., 6. Oktober. (W. T. W.) Der um 3 Uhr 5 Min. auf dem hiesigen Südbahnhof fällige Personenzug von Wiesheim stieß heute früh beim Einlaufen mit einer Rangierabteilung zusammen. Außer dem Zugführer, der Kontusionen erlitt, wurde niemand verletzt. Der Materialschaden ist nicht bedeutend.

### Bluttaten.

Münchberg, 6. Oktober. (W. T. W.) Letzte Nacht wurde im nahen Kirchdorf Unterferrieden der ledige Bauernsohn Stephan Grünthal beim Sommerfesten von dem ledigen Bauernknecht Ulrich Lang aus Eifersucht erstochen. Der Mörder wurde verhaftet.

Brüssel, 6. Oktober. (W. T. W.) In der Blacqestraße stieß heute eine Frau ihren Gatten, indem sie ihm ein spitzes Schustermesser in die Brust stach. Der Mann war sofort tot.

Heilbronn, 6. Oktober. (W. T. W.) Eine blutige Tat wurde am Sonntag im Sandrug, einer in der Nähe der Stadt gelegenen Wirtshaus, verübt. Dort drang kurz nach Mitternacht der dreißigjährige verwitwete Julius Kaut in das Schlafzimmer der fünfzehnjährigen Wirtstochter Helene Gehrig ein und versuchte das Mädchen zu vergewaltigen. Als der Unhold festigen Widerstand fand, verlegte er das Mädchen durch zahlreiche Stiche lebensgefährlich. Der Täter wurde verhaftet.

### Oberbürgermeister Rishners Antipode.

Peking, 6. Oktober. (W. T. W.) Der Dalai-Lama lehnte es ab, sich bei der Audienz beim Kaiser den vorgeschriebenen chinesischen Zeremonien zu unterziehen. Infolgedessen hat die Audienz heute nicht stattgefunden.



Der Nürnberger Parteitag in den Organisationen.

Im dritten Hamburger Wahlkreis, zu dem außer den früheren inzwischen eingemeindeten Vororten das Landgebiet gehört, fanden in den letzten Tagen noch mehrere durchweg gut besuchte Versammlungen statt, in denen die Delegierten Stäbe, aus schließlich Bericht vom Parteitag erstatteten. Ueberall wurde noch reger Aussprache eine sich mit den Beschlüssen des Parteitages, insbesondere mit dem Beschluß in der Budgetfrage einverstanden erklärende Resolution angenommen und zwar einstimmig bezw. gegen wenige Stimmen.

Im zweiten Meininger Reichstagswahlkreis und zwar in Sonneberg, Saalfeld und Pöhlner erstattete der Delegierte vom Nürnberger Parteitag, Genosse Krauer, ausführlich Bericht. Sämtliche Versammlungen waren gut besucht; auch fand in allen eine ausgiebige Debatte statt. Sämtliche Redner erklärten sich ohne Einschränkung mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Genosse Krauer hatte in Nürnberg in der Budgetfrage für die Vorstandsresolution gestimmt. Mit dieser Haltung waren sämtliche drei Versammlungen einstimmig einverstanden.

Der Delegierte des 11. sächsischen Wahlkreises Genosse Max Ruder sprach in zum Teil sehr gut besuchten Versammlungen in Döbeln, Wurzen, Strehla und Grimma in eingehender Weise über den Parteitag. Die Versammlungen stimmten einstimmig den Beschlüssen des Parteitages zu. Das Vorgehen der Budgetbewilliger fand scharfe Verurteilung.

Eine gut besuchte Kreisparteierversammlung in Solingen nahm ein Referat des Genossen Redakteur Hildebrand und ein Korreferat des Genossen Braß-Menscheid über die Budgetfrage entgegen. Genosse Hildebrand legte folgende Resolution vor:

„Abweichend von der Mehrheit der Nürnberger Parteitag delegierten halten wir es aus sachlichen wie aus taktischen Gründen für falsch, die Partei grundsätzlich auf die Verweigerung der staatlichen Budgets festzulegen.“

Aus sachlichen Gründen, weil das staatliche Jahresbudget nicht anders behandelt werden darf wie jeder andere Gesetzentwurf, dessen Annahme oder Verwerfung abhängig zu machen ist von dem Votum der Parteimitglieder oder Versprechungen, das er gegenüber dem abzulebenden Zustand bietet.

Aus taktischen Gründen, weil die Erklärung, daß wir dem Gegenwartsstaat grundsätzlich alle Existenzmittel verweigern, die Verantwortung für die Vorenthaltung oder Verkümmern der staatsbürgerlichen Rechte des Volkes und für die Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der Reihe der verhandlungsfähigen Parteien den Gegnern abnimmt und uns selbst auferlegt.

Ohne uns der Illusion hinzugeben, daß die gegenwärtig in Preußen und durch Preußen im Reich herrschenden Mächte zu einer Politik des Entgegenkommens an die Forderungen der Arbeiterklasse geneigt zu machen wären, haben wir jederzeit den uns noch fernstehenden breiten Volksschichten zu erklären, daß wir wesentliche Erweiterungen der Volksrechte sowie die Erfüllung sonstiger Hauptforderungen unseres Programms dadurch anerkennen würden, daß wir dem Staat die Mittel zur friedlichen Fortentwicklung nicht vorenthalten. Nur auf diese Weise kann die Volkshörbarkeit der gegenwärtigen Mächte aller Welt unabweisbar bewiesen werden.

Wir schließen uns der vom Genossen Singer beim Schluß des Parteitages geäußerten Hoffnung an, daß die süddeutschen Genossen um der Parteieinheit willen Wege suchen und finden werden, die sie befähigen, dem nun einmal bestehenden Nürnberger Parteitag beschluß einstweilen nachzukommen. Andererseits halten wir es für eine wichtige Aufgabe unseres Parteiorgans, an seinem Teil dafür zu wirken, daß die norddeutschen Parteigenossen von der Notwendigkeit einer Wiederaufhebung dieses Beschlusses überzeugt werden.“

Kleines feuilleton.

Deutschlands erste Lokomotive. Da es in diesem Jahre, am 20. Oktober, 70 Jahre werden, daß der erste Eisenbahnzug in Berlin einfuhr, sei einmal daran erinnert, daß man schon länger als zwanzig Jahre vorher in Berlin zwei Lokomotiven erbaut hatte. Die Bergbaubehörde war an das Studium der englischen Lokomotiven herangetreten, die auf den dortigen Kohlenzechen seit mehreren Jahren Dienst taten. In der damaligen Eisengießerei vor dem Neuen Tor in Berlin, auf dem Gelände der heutigen Bergbauschule, wurde 1815 die erste Lokomotive Deutschlands erbaut. Am 16. Juni 1816 lief man in den „Berlinerischen Nachrichten“, daß der neue Dampfzug bis zum 19. Juli täglich vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 8 Uhr im Betrieb zu sehen sei. Von jeder Person wurden vier Groschen Eintrittsgeld erhoben, die der Unterstüßungsliste der Hinterbliebenen verunglückter Berg- und Hüttenarbeiter zugute kamen. Am 9. Juli desselben Jahres lief man in der „Berlinerischen Zeitung“: „In der Eisengießerei ist auch seit einiger Zeit der neu erfundene Dampfzug zu sehen, der sich im eisernen Gleis ohne Pferde und mit eigener Kraft dergestalt fortbewegt, daß er eine angehängte Last von 50 Zentnern zu ziehen imstande ist.“ Im Herbst desselben Jahres ging die Maschine in 13 Rissen verpaßt auf dem Wasserwege nach Oberschlesien. Dort erlebte man aber die Enttäuschung, daß die Räder für die Schienenbahn zu eng standen, auch die Leistung zu gering. Man fährt zu verschiedenen Reparaturen, ohne jedoch die Leistungen der Maschine zu verbessern. Man hatte auch nicht die rechten Leute zur Bedienung, denn wie es in dem Bericht heißt, „fürchtet sich jeder, damit zu manövrieren, diese Furcht ist auch allerdings nicht unbegründet.“ Schließlich gab man die Mühe auf und baute die Lokomotive zu einer fahrbaren Wasserpumpe um. In Berlin jedoch unternahm man den Bau einer zweiten Lokomotive. Am 22. September 1818 gelangte diese neue Maschine auf dem recht umständlichen Wasserwege durch die Spree, die Havel und die Elbe zur Nordsee, von dort aus den Rhein und die Saar hinaus bis zu ihrem Bestimmungsort, der Feste Sauerwald in Saarbrücken. Die Versuche mit dieser neuen Maschine befriedigten noch weniger als mit der ersten. Ihre beste Leistung war, den Wagen 20 bis 30 Fuß vor- und rückwärts zu rücken, wobei sehr oft durch Schieben und Stoßen hat Hilfe geleistet werden müssen.“ Und selbst diese jämmerliche Leistung konnte nur erreicht werden, nachdem man den normalen Dampfdruck auf das Doppelte erhöht hatte. Die ganze Maschine hatte 5701 Laster gefostet. Die Reparaturen verschlangen 1909 Taler. Doch trotz dieser großen Aufwendungen kam die Maschine nicht in Gang. 1835 wurde diese Lokomotive für 334 Taler als altes Eisen verkauft. Für die ersten deutschen Eisenbahnen, die in den dreißiger Jahren in Betrieb kamen, wurden die Lokomotiven noch aus England und sogar aus Amerika bezogen, denn die preussische Industrie stand damals so tief unter bürokratischen Einflüssen, daß sie sich zu einer brauchbaren Leistung nicht emporzuringen konnte. Erst 1838 gelang es der Aktien-Maschinenfabrik zu Hebigau bei Dresden, Deutschlands erste brauchbare Lokomotive zu liefern.

Auf der Fahrt mit Wilbur Wright. Wilbur Wright, der am Freitag mit seinem 80 Kilometerflug mit einem Passagier seinen

Genosse Braß empfahl folgende Resolution:

„Die heutige Kreisparteierversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages einverstanden. Sie begrüßt die klare und präzise Stellungnahme in der Budgetfrage und erwartet von allen Parteigenossen, daß sie die Beschlüsse des Parteitages befolgen. Sie verurteilt entschieden die Erklärung der 68 süddeutschen Delegierten, insbesondere aber: die Auslegung des Stillhaltevertrages des Parteitages gegenüber der Erklärung sei einer Zustimmung gleichzusetzen, wie sie einige süddeutsche Parteioorgane sowie der bayerische Landesvorstand in der Öffentlichkeit hinstellten. Gleichzeitig erklärt die Versammlung, im Gegensatz zur vorliegenden Resolution des Referenten, nach wie vor an unserer altbewährten Taktik festzuhalten und nicht mit dazu beitragen zu wollen, die Partei auf die schiefste Ebene der Politik des Entgegenkommens zu drängen.“

Zu der Diskussion erklärte Genosse Weber im Auftrage des am Erscheinenden verhinderten Genossen Scheidemann: „Kafel, des Abgeordneten des Wahlkreises, er bedauere, daß ihm nicht Gelegenheit gegeben worden sei, an einer Sitzung der Parteinstanzen teilzunehmen, um mit dem Genossen Hildebrand eine Aussprache pflegen zu können. Die Anschauungen Hildebrands teile Scheidemann nicht, weil er eine Politik des Entgegenkommens gegenüber den bürgerlichen Parteien ablehne. Die Hildebrand'sche Resolution bedeute eine Kriegserklärung an die ganze Partei und sei auch ein Mißtrauensvotum für Scheidemann, der seit 25 Jahren in der Partei tätig und jede Politik des Entgegenkommens an die bürgerlichen Parteien verworfen habe. Ueber die Budgetfrage lasse auch Scheidemann mit sich reden; er sei mehr als zehn Jahre in Süddeutschland (Hessen und Bayern) gewesen, kenne also die dortigen Verhältnisse. Die Süddeutschen hätten noch Anstich Scheidemanns die Disziplin, die jeder Genosse zu respektieren habe, verletzt und deshalb habe in Nürnberg ungewöhnlich entschieden werden müssen; denn ohne Disziplin sei keine Partei und keine Gewerkschaft möglich. Vielleicht habe sich die Sachlage bis nächstes Jahr soweit geklärt, daß der in Nürnberg gefasste Parteitagbeschuß einer Aenderung unterzogen werden könne; bis dahin habe aber jeder Genosse dem Nürnberger Beschluß Achtung entgegenzubringen. Scheidemann habe sich erlaubt, der Kreis-Parteierversammlung nachfolgende Resolution zur Annahme vorzuschlagen:

„Die heutige Kreisparteierversammlung bedauert lebhaft die fortwährenden Auseinandersetzungen innerhalb der Partei über eine Frage, in der die höchste Instanz der Partei soeben eine Entscheidung getroffen hat. In der jetzigen Zeit, wo die Arbeiterklasse unter einer fürchterlichen wirtschaftlichen Krise zu leiden hat, wo die politische Reaktion so deutlich in die Erscheinung tritt, sollte die ganze Stoßkraft der Partei wider unsere Gegner und die Regierungen gerichtet werden. Die Kreisparteierversammlung verlangt weitestgehende Toleranz innerhalb der Partei solchen Genossen gegenüber, die von der Auffassung der Mehrheit abweichende Meinungen in dieser oder jener Frage vertreten. Die Kreisparteierversammlung weist demzufolge die Unterstellung, daß ein Redakteur der Parteipresse wegen der von ihm vertretenen Anschauungen gemäßigter werden könnte, mit Entschiedenheit zurück. Sowie speziell die Person unseres Genossen Hildebrand in Betracht kommt, liegt nicht die geringste Veranlassung vor, ihm das Vertrauen als Redakteur der „Vergifteten Arbeiterstimme“ zu entziehen.“

In der Diskussion vertrat der Parteitagdelegierte Genosse Parteisekretär Heller und Genosse Karl-Otho den Standpunkt der Vorstandskresolution, während die Genossen Weber, Pawlowitsch, Schallbruch und Engler sich gegen die Vorstandskresolution und für die Haltung der „Arbeiterstimme“ erklärten. Schließlich wurden die Resolutionen Hildebrand und Braß abgelehnt und die Resolution Scheidemann angenommen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Augsburg führte in seiner Parteiversammlung am 5. Oktober die am 24. September abgebrochene Debatte über die Frage der Budgetbewilligung zu Ende. Nach langer, teilweise erregter Diskussion, in der Landtagsabgeordneter Genosse Eduard Schmid-München, den Standpunkt der Budgetbewilliger vertrat, die Mehrzahl der Redner sich als Gegner der Budgetbewilligung bekamen, wurde in vorgerückter Stunde nachstehende, vom Genossen Redakteur Karl Thiel eingebrachte Resolution mit 60 gegen 35 Stimmen angenommen:

eigenen Reford geschlagen hat, nahm am selben Tage zum ersten Mal einen Journalisten mit sich in die Lüfte, den Korrespondenten eines New Yorker und bald darauf auch den Mitarbeiter eines französischen Blattes. Sie beide geben, jeder in seiner Weise, eine interessante Schilderung ihres ersten Fluges. „Gegen 4 Uhr hatte Wilbur Wright alle Teile seines Apparates nachgeprüft“, so berichtet der Amerikaner, „er kam zu mir herüber und lächelnd fragte er: „Haben Sie Ihr Testament gemacht?“ Ich kletterte nun über die Drähte des Rahmenwerkes nach der Mitte des Apparates, und auf dem kleinen Sitz neben dem Motor nahm ich Platz. Wright gab mir Anweisungen. Ich mußte die Füße still auf dem kleinen Brett zwischen den beiden Drähten halten; ich mußte acht haben, das Drahtseil nicht zu berühren, das an meiner Brust vorüber nach der Seite lief und durch das der Luftschiffer den Motor stoppt. Dann zeigte er mir eine kleine Klinke, über dem Magneten, die ich niederdrücken sollte, sobald er mir ein Zeichen gäbe. Alles war nun bereit. Wright gibt ein Signal und die beiden Maschinen lassen den Motor laufen. Unmittelbar neben der Maschine ist der Lärm betäubend. Das scharfe Knattern des Dampfstroms erinnert an das erste Anfahren eines Rennautomobils. Wright klettert zu mir herein. Er gibt mir das Zeichen. Ich presse den Griff nieder und sofort reagiert der Motor: der Lärm wird wilder und die Umbrüchungen der Propeller scheinen sich zu verdoppeln. „Jetzt“, ruft Wright, und läßt die Gewichte fallen. Mit einem Ruck fährt der Apparat vorwärts. Niemals erlebte ich Ähnliches, ausgenommen während eines Falles in einem Wasserfall. Das dauert nur eine Sekunde, nur bis der Apparat von den Schienen loskommt; dann schwindet jede Erregung. Wir steigen höher und höher, bis wir das östliche Ende des Feldes unter uns haben; dann, in einer Höhe von 50 Fuß, wenden wir und gleiten wieder geradenwegs zurück. Erst nach dieser Wendung war ich mit dem ungewohnten Gefühl soweit vertraut geworden, daß ich anfangs, die Dinge rings um mich her zu beobachten. Wie wir nun dahinglitten, kam jene Empfindung, die ich erhofft hatte: Jenes Gefühl der absoluten Sicherheit. Sanft glitten wir durch die Lüfte. Es gab keine Stöße, nur das Surren des Motors erinnerte daran, daß dieser Flug mechanisch bewirkt wurde. Das Merkwürdige war, daß die Empfindung der Schnelligkeit umso geringer ward, je rascher die Maschine vorwärts lief. Wir flogen mit einer Geschwindigkeit von 60 Kilometern durch die Luft, aber alle Gegenstände waren so weit entfernt, daß es schien, als glitten sie nur langsam vorüber. Während erkannte man unten Gestalten, die mit Taschentüchern winkten. Ich beobachtete Wright. Er saß ruhig und gelassen. Nur bei den Wendungen benutzte er die Hebel, die die Flügel verbinden. Seine linke Hand aber erbeutete unausgesetzt mit einem Kopfschlag. Es war, wie wenn ein Mann Billard spielt. Er handhabte die Hebel leicht, fast spielend. Auf jede Bewegung reagierte die Maschine sofort. Nach den Seiten, in die Höhe, in die Tiefe, ein Hebeldruck genügt und der Apparat gehorcht. Als wir niederstiegen, schienen die Schnelligkeit zu wachsen, je tiefer wir hinabsankten. Das war nur eine optische Illusion, nichts weiter. Als wir nur noch wenige Fuß über der Erde schwebten, schien es, als verwandle der Apparat sich in ein Automobil. Plötzlich zog Wright an dem Drahtseil, das an meiner Brust vorüberging, der Motor fand still und wir glitten sanft zur Erde.“

„Die Parteiversammlung in Augsburg nimmt Kenntnis von den Berichten ihrer zum Parteitag delegierten Vertreter und verspricht, zusammen mit den anderen Parteigenossen Deutschlands die dort gefassten Beschlüsse zu beachten und in ihrem Sinne zu wirken, in der Hoffnung, daß die Einigkeit der Gesamtpartei nicht gestört und ihre Schlagfertigkeit gegenüber dem Klassenstaat nicht geschwächt werde.“

Eine vom Genossen Kollwagen eingebrachte Resolution, in welcher der Erklärung der 67 Süddeutschen zugestimmt wird, kam nicht zur Abstimmung.

Aus Industrie und Handel.

Steigerung der Schweinepreise.

Die Steigerung der Schweinepreise wird mit Rücksicht auf den Umstand, daß die minderbemittelte Bevölkerung hauptsächlich Schweinefleisch konsumiert, viel aufmerksamer und allgemeiner in der Öffentlichkeit verfolgt als die Steigerung der Preise des anderen Schlachtviehs. Während nun im Vorjahre bei rückgängigem Auftrieb die Schweinepreise eine Ermäßigung von August auf September aufwiesen, sehen wir im laufenden Jahre eine ganz entgegengesetzte Entwicklung: die Schweinepreise zeigten im September eine steigende Tendenz. Von zwanzig Städten weisen nur zwei im September einen Rückgang auf. An den nachstehenden Plätzen waren die Notierungen für Schweine, für 50 Kilogramm berechnet, in Mark:

Table with 4 columns: City, September 1907, August 1908, September 1908. Rows include Hamburg, Berlin, Leipzig, Jülich, Hannover, Doornum, Essen, Nürnberg, Stuttgart.

In der Mehrzahl dieser Städte hat der Auftrieb an Schweinen von August auf September eine Steigerung erfahren; er ging nur in Berlin und Hannover zurück. In Essen, wo der Schweinepreis durchschnittlich um 3/4 Prozent stieg, hat sich der Auftrieb von 13 095 Stück im August auf 17 187 Stück im September erhöht. Auch in München, das nächst Berlin den bedeutendsten Markt für Schweine besitzt, ist der Auftrieb sehr erheblich — von 22 995 auf 25 045 Stück — hinausgegangen; trotzdem ist der Preis gestiegen. Er stellte sich auf 62 bis 71 Mark gegen 60 bis 70 Mark im August. In allen diesen Städten hat im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres ein Preisrückgang stattgefunden. Im August noch war der Großhandelspreis für Schweine z. B. in Berlin, in Hamburg und in München niedriger als im August 1907. Durch die Steigerung im September wurde aber in allen wichtigeren Viehmärkten der vorjährige Preisstand wieder überschritten. In Berlin z. B. kosteten 50 Kilogramm Ende September 1907 nur 52—60 Mark, 1908 aber zur nämlichen Zeit 58—64, in Hamburg 55—59 resp. 62—70 Mark. Die Steigerung macht hier annähernd 20 Prozent aus. In den rheinisch-westfälischen und süddeutschen Städten ist die Steigerung nicht viel geringer. Stuttgart z. B. verzeichnete 1907 erst einen Schweinepreis von 68—69 Mark, im laufenden Jahre beträgt er 70—73 Mark. In München war der Preis für Schweine Ende September um rund 6 Proz. höher als zur Parallezeit 1907; er notierte 60—71 Mark gegen 58—67 Mark; dabei betrug der Auftrieb an Schweinen 1908 25 045 Stück gegen 19 702 Stück im September 1907. Auch in Essen ist das Angebot von Schweinen im laufenden Jahre stärker als im Vorjahre, und trotzdem stieg der Preis erheblich höher als damals. Gleichartig ist übrigens die Bewegung der Kalberpreise, die ebenfalls in der letzten Zeit eine steigende Richtung eingeschlagen haben. Die Rinder- und Hammel-preise sind ziemlich unverändert geblieben, obgleich der Auftrieb an

Notizen.

— Musikchronik. Das Programm des ersten Sonntagskonzertes im Schiller-Theater, Charlottenburg enthält das Haydn'sche Quintett und ein Beethoven'sches Streichquartett. Anton Siffermann trägt Loewe'sche Balladen vor. Die Sonntagskonzerte finden alle vierzehn Tage statt. Abonnements für fünf Konzerte werden zum Preise von 2 und 3 Mark, einschließlich Garderobe und Programm, täglich in beiden Schiller-Theatern ausgegeben.

— Ein Museum Dachauer Malerei. Das alte bayerische Städtchen Dachau, das in diesem Jahre die Feier seines einhundertjährigen Bestehens begeht, ist seit mehr als einem halben Jahrhundert für die Entwicklung der modernen Kunst wichtig geworden. Hier hielten eine Anzahl großer deutscher Landschafts Maler und Aquarellisten. Seitdem Christian Morgenstern die Umgegend Dachaus mit ihren grünen Tälern und Wäldern, ihren weiten Moorflächen entdeckte, haben Maler wie Schleiß, Spitzweg, Adolf Hölzel, Ludwig Hill in Dachau ihre künstlerische Heimat gefunden. Es war daher ein guter Gedanke, den Verbleib der Dachauer Kunst in einem Museum vorzuführen. Dieser Plan ist nun, wie Dr. D. Döring in der Musikchronik ausführlich vertritt, wirklich geworden. Die Räume des alten Dachauer Herzogschlosses sind zu einem Museum umgestaltet worden, das jetzt bereits 150 Werke besitzt und eine weitere Bereicherung der Sammlung durch Schenkungen sieht bevor.

— Englische Bibliothekstatistik. Die „Westminster Gazette“ gibt einige interessante Daten über Zahl und Art der jährlich von den öffentlichen Bibliotheken Englands ausgeliehenen Bücher. In diesen Bibliotheken sind jetzt acht Millionen Leihbücher und vier Millionen Lesesaalbücher vorhanden. Jedes Jahr werden rund elf Millionen Lesesaalbücher gefordert, und mindestens ebenso groß ist die Zahl der Bücher, die von den Lesern selbständig den Regalen entnommen, also nicht notiert werden. Die Zahl der auf Zeit geliehenen Bücher beträgt jährlich 60 Millionen. Die Reinigung für diese Lektüre hat in den letzten Jahren zugenommen. Romane und Korbellen stellen nur noch 15 Proz. aller Entlehnungen dar. Dagegen hat der Geschmack an Geschichte und Geographie, Lebens- und Reisebeschreibungen zugenommen. Vor allem aber finden die Bücher über Soziologie im allgemeinen und Sozialismus im besonderen stets ein eifriges Lesepublikum.

— Das japanische „Prügeln mit den Augen“. Ueber ein eigenartiges Erziehungsmittel der japanischen Pädagogen hat der jetzt in London weilende Direktor des Gieschima-Gymnasiums, Tokiyuki Hojo, einem englischen Korrespondenten interessante Aufschlüsse gegeben. Körperliche Strafen sind in unseren Schulen unbekannt. Wir strafen mit Worten, mit strengen Worten und mit dem „Lehrergesicht“. Dieses Lehrergesicht ist eine besondere Zusammenziehung der Gesichtsmuskeln und ein besonderer Blick, er muß lange geübt werden, erreicht aber auf das Gemüt der Kinder Wirkungen, die ungleich besser sind als die körperlicher Züchtigung. Der Gedanke ist, daß mit einem sehr scharfen, vorturksvollen Blick der Augen und einer harten Zusammenziehung der Lippen der Lehrer auf das Kind einen gewaltigen Eindruck erzielt.“



Schafen von August auf September nicht unerheblich zurückgegangen ist. Der Kinderauftrieb hat im Gegensatz zum Vorjahre zugenommen.

### Bodenwucher.

Der Bodentwucher hat in verschiedenen Gegenden von Berlin eine gewisse Krise hervorgerufen. In dem sich Terrängegesellschaften des Bodens bemächtigen, wurde diesen gewissermaßen ein Monopol in die Hand gegeben, das sie zu rigorosen Preisfestsetzungen ausnützen. Die Bodenpreise sind infolge dessen derart hoch, daß schon Mietkasernen gebaut werden müssen, um nur einigermaßen die Vergütung des Anlagekapitals herauszuschlagen. Damit wird aber der Zweck der Flucht aufs Land zu einem guten Teile illusorisch. Die weitere Folge ist eine Hemmung der Bebauung und Entwicklung. Trotzdem reklamieren die Bodentwucherer für sich das Verdienst, die besten Förderer der häuslichen Entwicklung zu sein.

### Getreideausfuhrprämie.

Das in unserem letzten Wochenbericht besprochene System der Einfuhrzölle hat für die Reichskasse im laufenden Jahre einen sehr ungünstigen Einfluß ausgeübt. In welcher Weise der Getreideexport forciert wird und was dieser Export der Reichskasse kostet, lassen folgende Zahlen erkennen. In den ersten acht Monaten wurden Zollrückvergütungen angewiesen:

Jahr	1906	1907	1908
in Millionen Mark	21	28 1/2	43 1/2

Damit den Junkern die Liebesgaben erhalten bleiben, soll das Volk mehr Steuern zahlen auf Tabak und Bier. Das nennt man bei uns: gerechte Verteilung der Lasten! Die Besitzenden heimlichen Millionen-Liebesgaben ein, die Besitzlosen werden steuerlich tausendfältig ausgepreßt.

Eine große Pleite. Die Wurstfabrik von Louis Lehder in Charlottenburg, die 20 Ladengeschäfte in Berlin unterhielt, hat, wie die „Allg. Reichs-Ztg.“ mitteilt, ihre Zahlungen eingestellt und sämtliche Verkaufsstellen geschlossen. Eine große Bank hatte die Vorräte, Einrichtungen und Maschinen usw. pfänden lassen, so daß die Eröffnung des Konkurses wegen Mangels an Masse vom Gericht abgelehnt wurde. — Ueber die Ursachen des Zusammenbruchs ist bisher noch nichts bekannt.

### Keine Belebung am Eisenmarkt.

Eine Besserung am Eisenmarkt ist, wie die „Allg. Reichs-Ztg.“ schreibt, vorläufig nicht zu erwarten. Die optimistischen Hoffnungen, die kürzlich zutage traten, waren nur von kurzer Dauer. „Günstige Nachrichten, die im August und September vom amerikanischen Markt kamen, sowie eine etwas stärkere Kaufkraft im Inlande ließen mehrfach die Meinung auskommen, daß eine Besserung der unbefriedigenden Marktverhältnisse in Aussicht stünde. Leider aber ist die Hoffnung auf eine beginnende Erholung des Marktes nur von kurzer Dauer gewesen. Von einer Besserung kann kaum noch die Rede sein, nachdem die vorübergehend festere Preise wieder ins Wanken geraten sind, und die etwas stärkere Kaufkraft wieder größerer Zurückhaltung Platz gemacht hat.“

### Die Lage der italienischen Seidenindustrie.

Die Krise, welche die italienische Seidenindustrie durchläuft, zeigt sich deutlich in den Ergebnissen der amtlichen Handelsstatistik für das erste Halbjahr 1908. Gegenüber dem gleichen Abschnitt des Vorjahres weist nämlich die Seidenausfuhr eine Verminderung im Werte von 82 300 000 Lire auf. Hiervon entfallen 22 400 000 Lire auf gedrehte Rohseide, 5 900 000 Lire auf gefärbte Seide und 4 000 000 Lire auf Seidenabfälle. Die Seidenpreise sind dementsprechend ständig im Sinken begriffen.

Innerhalb von 13 Monaten ist eine Abnahme von etwa 82 Proz. eingetreten. Die Spinner waren daher bei den neuen Kontraktabschlüssen sehr zurückhaltend; Mitte Mai kamen solche zuerst zustande. Die Preise betrugen anfänglich 2,70 bis 2,80 Lire und stiegen später auf 3,10 und 3,20 Lire. Für gelbe Kokons wurden 3 Lire, d. h. 1,00 Lire weniger als im Vorjahre gezahlt.

Was die Kokonernte betrifft, so war die Bitterung dem Wachstum der Maulbeerbäume und der Infektion der Seidenwürmer durchaus günstig. Mit Rücksicht auf die gedrückte Lage des Seidenmarktes wurden jedoch weniger Seidenwürmer als in normalen Zeiten gezüchtet.

Die Kokonproduktion belief sich daher 1908 nach zuverlässiger Schätzung auf nur 52 000 000 Kilogramm gegenüber 57 068 000 Kilogramm im Vorjahre und einem Durchschnitt von 53 700 000 Kilogramm in den Jahren 1906 bis 1907 einschließlich. Die Ernte war jedoch in den einzelnen Provinzen eine sehr verschiedene; während sie nämlich in Trient, Piemont und der Lombardei die Produktion des Vorjahres erreichte und teilweise sogar übertraf, war sie in anderen Provinzen, und zwar speziell in Venetien und in der Toskana, erheblich geringer.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Dienstbotenlöhne.

Eine Untersuchung über die Löhne der häuslichen Dienstboten hat das Statistische Amt der Stadt Schöneberg veranstaltet. Als Grundlage der Untersuchung dienten die Aufzeichnungen des städtischen Arbeitsnachweises, von dem in den Jahren 1904—1907 6391 Jährblätter für häusliche Dienstboten ausgefüllt wurden. Es entfielen davon auf das Jahr 1904: 1287, 1905: 1791, 1906: 1856 und 1907: 1457. Diese Vermittlungen stellen etwa den zehnten Teil aller in Schöneberg in den betreffenden Jahren vorgenommenen Neueinstellungen von Dienstboten dar. Inwieweit die durch die Untersuchung festgestellten Durchschnittslöhne die allgemeinen Durchschnittslöhne widerspiegeln, läßt sich natürlich schwer entscheiden. Indes ist anzunehmen, daß der allgemeine Durchschnittslohn etwas höher ist, da gerade die besser ausgebildeten Mädchen leider noch die private Vermittlung bevorzugen.

Die festgestellten Löhne bewegen sich naturgemäß in sehr weiten Grenzen. Der niedrigste Jahreslohn betrug 60 M., der höchste 900 M. Indes gab es in den einzelnen Jahren nur 1—3 Dienstmädchen, die weniger als 120 und nur 3—4, die mehr als 300 M. erhielten, so daß über 99 1/2 Proz. aller Mädchen einen Jahreslohn von 120—300 M. bekamen. Im Jahre 1907 verteilten sich die einzelnen Altersklassen auf die verschiedenen Lohnklassen folgendermaßen. Von je 100 Mädchen erhielten

Alter in Jahren	Jahreslohn in Mark						
	120	150	180	210	240	270	mehr als 300
5-9	518	518	518	518	518	518	518
10-14	120	150	180	210	240	270	300
15-18	27,1	37,3	39,2	4,9	0,5	—	—
18-20	4,1	9,4	36,8	34,4	14,6	—	0,7
20-25	—	2,4	17,9	42,1	31,4	2,4	3,5
25 und mehr	—	0,2	2,3	10,1	27,2	42,3	8,7
Zusammen	5,3	9,1	19,7	27,4	27,9	4,0	5,3

Dazu ist zu bemerken, daß in der Altersklasse bis zu 16 Jahren 232 Mädchen standen, von 16—18: 292, 18—20: 299, 20—25: 454, 25 und mehr: 171. Wie ersichtlich, steigt der Lohn erheblich mit zunehmendem Alter; während für die unter 16jährigen Mädchen der Durchschnittslohn 152 M. war, erzielten die über 25jährigen Mädchen einen solchen von 248 M., wobei die Löhne von über 300 M. noch nicht einmal in Berücksichtigung gezogen sind. Der Durchschnittslohn aller Altersklassen betrug 1907: 209 M.

Ein interessantes Ergebnis der Untersuchung ist die Feststellung der Tatsache, daß die Dienstbotenlöhne in den fraglichen vier Jahren nicht unerheblich gestiegen sind. Die Abneigung der auf Erwerb angewiesenen jungen Mädchen, sich in das Joch eines häuslichen Dienstes zu begeben, wird eben immer größer und veranlaßt so ein ständig sinkendes Angebot auf dem Dienstbotenmarkt.

Der durchschnittliche Jahreslohn der häuslichen Dienstboten, unter Ausschluß der Löhne von mehr als 300 M. betrug:

Jahr	Alter in Jahren					Zusammen
	16	16-18	18-20	20-25	25 u. mehr	
1904	143,35	167,08	188,96	205,27	226,64	186,98
1905	146,11	176,49	197,43	213,86	234,05	195,76
1906	150,80	183,47	205,53	220,97	238,69	202,15
1907	152,43	191,49	214,92	229,03	247,54	208,60

Wie ersichtlich, ist also der durchschnittliche Jahreslohn von 186 Mark im Jahre 1904 auf 209 Mark im Jahre 1907 oder um 13 Prozent gestiegen. Welt größer ist natürlich die Vermehrung des Aufwandes einer Dienstbotenhaltung durch die in den letzten Jahren gewaltig gestiegenen Lebensmittelpreise. Trotzdem ist das Einkommen eines deutschen Dienstmädchens selbst in der Großstadt immer noch sehr bescheiden, besonders verglichen mit dem ausländischer Dienstboten. Freilich wird weber mit weiterseigenden Löhnen noch sonstigen Vergünstigungen die Dienstbotenfrage zu lösen sein, sondern nur mit einer völligen Reformierung des Hauswesens, die unter Ausnutzung aller modernen technischen Errungenschaften die dann noch verbleibende Hausarbeit zu einer rein gewerblichen macht.

Sozialdemokratischer Bes. und Distriktsklub „Heinrich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Volze, Rodenbergstraße 8. Bes. und Distriktsklub „Lidoh“. Heute abend 8 1/2 Uhr Generalsammlung. Vortrag bei Schulz, Görtzler Straße 58. Gäste willkommen.

Künstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr genügend, Gehalt reg, Preise unverändert. Fisch: Zufuhr genügend, Gehalt etwas lebhafter, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Gehalt ruhig, Preise abnehmend. Milch: Zufuhr ausreichend, Gehalt etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Gehalt schleppend, Preise wenig verändert.

**Berl. Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Frauen und Mädchen.**  
Am 4. Oktober verstarb unser treues Mitglied, Mitbegründerin des Vereins, Frau **Marie Schlüter** im 62. Lebensjahre.  
Ehre ihrem Andenken!  
Beerdigung: Donnerstag nachmittags 3 Uhr auf dem Thomaskirchhof, Rigold, Hermannstraße. Der Vorstand.

**Dankjagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres unvergesslichen Sohnes und Bruders **Otto Kiehnkopf** sagen wir allen unseren herzlichsten Dank, besonders den Kollegen und Kolleginnen der Firma Jentusch u. Co., Charlottenburg, dem zweiten Reichstagwahlkreis sowie dem Deutschen Retalarbeiter-Verband und den Kollegen und Kolleginnen der Firma Groos u. Graf, Cöpen-Schönhausen, für die reichen Kranzspenden. Die trauernden Hinterbliebenen: Eltern, Geschwister und Braut.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Schöneberg.  
Donnerstag, den 8. Oktober er., abends 8 1/4 Uhr, bei **Grosser, Meininger Straße 8:**  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht vom dritten Quartal. 2. Vortrag: „Die gegenwärtige Lage in der Holzindustrie.“ Referent: Gauvorsteher Kollege **Exner**.  
3. Verbandsangelegenheiten. 9/11  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof 1. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 3, 1987.  
Donnerstag, 8. Oktober, abends 6 Uhr **Gürtler-Versammlung**  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Wahn** über: „Fluch der Armut“. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenvorsetzers und der Kommission. 4. Branchenangelegenheiten und Berichtswesen. 12/9  
Die Kollegen der Bronze-, Beleuchtungs-, Bijouterie-, Silber-, Zinn-, Zink-, Eisen- und Armaturenbranche sowie Metallarbeiter sind dazu eingeladen. Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Marie Finster** geb. **Joachim** am 4. Oktober verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Philipp-Apostel-Kirchhofes aus auf dem Städtischen Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Geertstraße, statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2-5-7. Sonntags 10-12-3-4.

**Steinarbeiter!**  
Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der „Lebensquelle“, Kommandantenstraße 20:  
**Gemeinschaftliche Versammlung beider Filialen.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gauleiters **Ad. Herrmann-Köln** über: „Die gegenwärtige Krise und ihre Uebren“. 2. Diskussion. Kollegen! Sorgt für einen starken Besuch dieser Versammlung. 12/6  
Die Vorstände beider Filialen.

**Phänomen Cigaretten!**  
Rauchen Sie Phänomen Cigaretten!  
Devisen-Qualität ist die beste Empfehlung!

Spart Zeit, Arbeit, Geld!  
Das **Waschmittel der Zukunft!** Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche!  
Garantiert rein und unschädlich. Mehrfach erfährt!  
Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co. Düsseldorf**

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstr. 11.**

**Berliner Uk-Trio.** Verleih-Institut: Friedrichstr. 115, a. Crdng. Ter. Ulg. Brd, Gehrod 1,50, Seite 1,50, Seite 50 St.  
Felix Scheuer, Kralanderstr. 1.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, Bruder und Onkel **Max Görbing** am 5. d. M., früh 5 1/2 Uhr, nach langen, schweren Leiden sanft entschlafen ist. 20788  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes, Hattenberger Chaussee, aus statt. Rosalie Görbing.

**Weitmanns Trauermagazin**  
Hauptgeschäft Berlin W., Mohrenstraße 37a, kein Gehaus, und Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115, kein Gehaus, erreicht seine Bekanntheit und seine billigen Preise durch Raumersparnis u. geringe Spezies. Geschmackvolle Auswahl in fertiger Trauer-Garderobe für Damen und Mädchen.

Heute starb unser unvergesslicher Onkel, der Steinmetzmeister **Otto Baumann**.  
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren. Das Personal der Firma.  
Beerdigung Donnerstag 4 Uhr auf dem alten Friedhof, Seelze.

**Ohne Anzahlung!** Portieren, Gardinen, Stoppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und kleine Katen! **L. Matzner, Auguststr. 50.** Nur Postkarte erbeten.

**Damen! Ansehen u. überzeugen kostet nichts!**  
Deshalb ist jede Dame, die größere Geldausgaben macht, verpflichtet, meine Geschäfte Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eckhaus, 2. Haus v. d. Jerusalemstr.) und Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von d. Andreasstraße) aufzusuchen, um meine überwältigende Auswahl u. meine niedrigen Preise zu besichtigen!  
**Ich verkaufe billiger wie jedes Laden- oder Detailgeschäft!**  
Mäntel, Kostüme, Pelzpaletots, Uebergangsmäntel, Röcke, Blusen, Kleider, Kinderkonfektion, Abendmäntel, Kimonos, Pelz-Jackets und Stolen (nur echte Fellarten) vom einfachsten, mittleren bis zum hochlegantesten Genre. Originalmuster! Kopien! auch für allerstärkste Figuren passend am Lager anfangend von M. 6.—, 8.—, 11.—, 14.—, 16.—, 18.—, 20.—, 25.—, 30.— bis M. 800.— Wert bedeutend höher, bei Modellen zum Teil das Doppelte und Dreifache!  
Man achte im eigenen Interesse genau auf meine Firma und Hausnummer!  
Eleg. Trauer-Magazin. Des groß. Andrages wegen in den Nachmittagsstunden Besuch möglichst vormittags erbeten.

**Ausnahme-Angebot.** Wir geben den Roman **Der Idiot** von **Dostojewski** (Berl. v. „Schuld und Sühne“) zwei Bände (ca. 1000 Seiten) zu billigen Preise ab. Statt früher 8 M. jetzt nur 2 Mark. Nur noch eine kleine Anzahl am Lager. Expedition des „Vorwärts“ Lindenstr. 60 (Laden).

**Wir verkaufen jetzt noch billig!**  
OR 4 Mark an in Petershagen, Ostbahn.  
OR 10 Mark an Zegefeld, am Bahnhof.  
OR 15 Mark an Kaulsdorf, am Bahnhof.  
OR 10 Mark Bahnhof Sadowa, Biesdorf-Kaulsdorf-Zhd.  
OR 30 Mark an Biesdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof. Verkaufsstelle a. d. Bahnhöfen. **Niesche & Nische** Berlin, Neue Königstr. 16.  
**Stoppdecken** größte Auswahl, sehr preiswert, direkt in d. Fabrik Bernhard Strohmangel, Berlin S. 14, 72 Wallstraße 72. W. 15, Joachimsthaler Straße 25/26. Alle Stoppdecken werden aufgearbeitet.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, 7. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Die Hugenotten.  
Königl. Schauspielhaus. Wallenstein's Lager. Die Piccolomini. Deutsches. König Lear.  
Kamerale. Sozialaristokraten (Anfang 8 Uhr).  
Neues Schauspielhaus. Faust. 1. Teil.  
Anfang 8 Uhr.

Neues Igl. Opern-Theater. Der Paragraphe. Der Hand der Sabinerinnen.  
Berliner. Die Normalisten. Kleines. Wahrheit.  
Kleines. Lady Frederick. Komische Oper. Die Niedermans. Reifens. Das Bild der andern. Der selbige Deland.  
Höbel. Der Liebhaber. Wehen. Ein Walztraum.  
Schiller O. (Ballner-Theater.) Das Stiftungsfest.  
Schauer Charlottenburg. Der Herr Ministerialdirektor. Friedrich-Wilhelmsstadt. Schauspielhaus. Als ich wiederkam. Thalia. Das Winternachtsmädchen. Lustspielhaus. Die blaue Maus. Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.

Trianon. Die Liebe macht. Vorung. Haja. Bernhard Waie. Kabale und Liebe. Luifen. Menschen von Tharau. Hippo. Ein Sonntagmorgen in Russland. Vera Bieta. Spezialitäten.  
Metropol. Donnerwetter - tadello. Gebrauder Herrnsfeld. Die beiden Bindelbands.  
Wallage. Spezialitäten. Kaino. Familie August Knoche. Spezialitäten.  
Guhav Wehrend. Seine Sache! Ausgezeichnet! Spezialitäten. Holles-Caprice. Die Brautjungfer. Die lästige Witwe.  
Wintergarten. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Reichsballen. Stettiner Sänger. Walhalla. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt. Abends 8 Uhr: Der Montblanc.  
Passage-Panoptikum. Ohne Extra-Entree. Der Riese aller Riesen. Pisjakoff. Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.  
Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Lene Land. Paul Schneider-Duncker und das großartige Oktober-Programm. 14 neue Variété-Spezialitäten.  
Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Aennechen von Tharau. Donnerstag Premiere: Freiheit. Freitag: Hackschmann als Erzähler. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Hax und Hork. Abends 8 Uhr: Hackschmann als Erzähler. Sonntag nachm. 3 Uhr: Audwien. Abends: Freiheit. Montag: Freiheit.  
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Die blaue Maus.

WINTERGARTEN  
Neues Programm  
Anne Danerey  
Schwestern Merkel, Kontorsionist. Tortola Valencia, spanische Tänzerin. De Onzo Brothers, Flaschen-springer. Die zwölf Tiller Girls, engl. Gesangs- und Tanzgruppe. Philipparts, Diabolospieler.  
Die drei Merrills, komische Rad-fahrer. Agoust Familie, Jongleure. Cliffe Berzao, komischer Dressur-akt. Emma Francis, Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araber-jungen. Fuller's Serpentinlänzerin.  
Biograph.  
Metropol-Theater. Täglich 8 Uhr: Donnerwetter - tadello!  
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.  
Casino-Theater. Lothringer Str. 97. Täglich 8 Uhr. Das Oktober-Programm. Glänzender Erfolg! Jubelndes Beifall! Familie August Knoche. August Knoche: Dr. Hans Berg. Sonntag 4 Uhr: Rozenzango sa.

Wahrheit.  
Kleines Theater.  
2 mal 2 = 5.  
Neues Operetten-Theater.  
Die Dollarprinzessin.  
Theater des Westens.  
Ein Walztraum.  
Lortzing-Theater.  
Zaza.  
Residenz-Theater.  
Das Glück der andern.  
Rixdorfer Theater.  
Der Hypochonder.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Als ich wiederkam.

Wahrheit.  
Kleines Theater.  
2 mal 2 = 5.  
Neues Operetten-Theater.  
Die Dollarprinzessin.  
Theater des Westens.  
Ein Walztraum.  
Lortzing-Theater.  
Zaza.  
Residenz-Theater.  
Das Glück der andern.  
Rixdorfer Theater.  
Der Hypochonder.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Als ich wiederkam.

Wahrheit.  
Kleines Theater.  
2 mal 2 = 5.  
Neues Operetten-Theater.  
Die Dollarprinzessin.  
Theater des Westens.  
Ein Walztraum.  
Lortzing-Theater.  
Zaza.  
Residenz-Theater.  
Das Glück der andern.  
Rixdorfer Theater.  
Der Hypochonder.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Als ich wiederkam.

Wahrheit.  
Kleines Theater.  
2 mal 2 = 5.  
Neues Operetten-Theater.  
Die Dollarprinzessin.  
Theater des Westens.  
Ein Walztraum.  
Lortzing-Theater.  
Zaza.  
Residenz-Theater.  
Das Glück der andern.  
Rixdorfer Theater.  
Der Hypochonder.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Als ich wiederkam.

Wahrheit.  
Kleines Theater.  
2 mal 2 = 5.  
Neues Operetten-Theater.  
Die Dollarprinzessin.  
Theater des Westens.  
Ein Walztraum.  
Lortzing-Theater.  
Zaza.  
Residenz-Theater.  
Das Glück der andern.  
Rixdorfer Theater.  
Der Hypochonder.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Als ich wiederkam.

Wahrheit.  
Kleines Theater.  
2 mal 2 = 5.  
Neues Operetten-Theater.  
Die Dollarprinzessin.  
Theater des Westens.  
Ein Walztraum.  
Lortzing-Theater.  
Zaza.  
Residenz-Theater.  
Das Glück der andern.  
Rixdorfer Theater.  
Der Hypochonder.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Als ich wiederkam.

Wahrheit.  
Kleines Theater.  
2 mal 2 = 5.  
Neues Operetten-Theater.  
Die Dollarprinzessin.  
Theater des Westens.  
Ein Walztraum.  
Lortzing-Theater.  
Zaza.  
Residenz-Theater.  
Das Glück der andern.  
Rixdorfer Theater.  
Der Hypochonder.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Als ich wiederkam.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.  
Abends 8 Uhr:  
Der Montblanc.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
Der Riese aller Riesen  
Pisjakoff  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Lene Land  
Paul Schneider-Duncker  
und das großartige  
Oktober-Programm  
14 neue Variété-  
Spezialitäten.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Aennechen von Tharau.  
Donnerstag Premiere: Freiheit.  
Freitag: Hackschmann als Erzähler.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Hax  
und Hork. Abends 8 Uhr: Hacksch-  
mann als Erzähler.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Aud-  
wien. Abends: Freiheit.  
Montag: Freiheit.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Die blaue Maus.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm  
Anne Danerey  
Schwestern Merkel, Kontorsionist.  
Tortola Valencia, spanische Tänzerin.  
De Onzo Brothers, Flaschen-springer.  
Die zwölf Tiller Girls, engl. Gesangs- und Tanzgruppe.  
Philipparts, Diabolospieler.  
Die drei Merrills, komische Rad-fahrer.  
Agoust Familie, Jongleure.  
Cliffe Berzao, komischer Dressur-akt.  
Emma Francis, Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araber-jungen.  
Fuller's Serpentinlänzerin.  
Biograph.

**Metropol-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
Donnerwetter - tadello!  
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.  
**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 97. Täglich 8 Uhr.  
Das Oktober-Programm.  
Glänzender Erfolg! Jubelndes Beifall!  
Familie August Knoche.  
August Knoche: Dr. Hans Berg.  
Sonntag 4 Uhr: Rozenzango sa.

**Luisen-Theater.**  
Morgen Donnerstag, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:

**„Freiheit.“**  
Politisches Schauspiel in vier Aufzügen von Karl Böttcher  
(Verfasser von „Ausgewiesen!“)  
Erster Teil der Trilogie sozialer Dramen: „Freiheit“,  
□ □ □ „Gleichheit“, „Brüderlichkeit“. □ □ □

Die Leser des „Vorwärts“ haben zu dieser Aufführung gegen Vorzeigung dieses Inserats auf allen Plätzen von 1,50 M.: 25 Pf. Vergütung, auf Plätzen von 2,00 M. aufwärts: 50 Pf. Vergütung.  
Ausgeschlossen: Galtig für 1-3 Personen!

**Letzter Tag: Sonntag, 11. Oktober.**  
Hagenbeck-Schau.  
Heute Mittwoch: 2 große Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.  
Heute nachmittag 4 Uhr: Einzige Kinder-Fest-Vorstellung, bei welcher jedes Kind eine kleine Erinnerung an die Hagenbeck-Schau erhält.

**Schiller-Theater.**  
O. (Ballner-Theater.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Das Stiftungsfest.  
Schmant in 3 Akten von Gustav von Koler.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Das Stiftungsfest.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Ein Teufelskerl.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Lustspiel in 3 Akten von Alexandre Dumas und Fabrice Carré.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Julius Cäsar.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Das Opferlamm.

**Zirkus Schumann.**  
Heute Mittwoch, den 7. Oktober er., abends präzis 7 1/2 Uhr:  
Grande Soirée équestre. Elite-Programm und die größte und sensationellste Novität! Unglaubliche Leistungen.  
Auftreten der Schauspielerin Frau Dora Schumann. Das bogenbe Ränguruh. 36 Original-Moroffauer. Dir. Albert Schumann mit seinen 12 Rekruten. 9 liegende Menschen. Rowland-Truppe, 8 Pers., Damen und Herren. Der Soldat in der Küche, urkom. Entree.

**Berliner Eis-Palast**  
Lutherstraße 22/24. - Ständige Eisbahn.  
Täglich bis 1. Mai 1909 von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. - Täglich von 12 Uhr ab: Großes Konzert. Abends 9 Uhr u. 10 Uhr: Reigen, Quadrillen. Abends 9 1/2 Uhr: Zum ersten mal in Berlin: Kunstlaufen v. Frä. Nadja Franck, preisg. Weltmeisterin der Welt und dem schwedischen Weltmeister Broor Meyer.

**Brauerei-Ausstellung**  
der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin  
10. bis 18. Oktober  
Institut für Gärungsgewerbe N. Seefitz  
Brauerei-Maschinen-Ausstellung  
Internationale Gersten- u. Hopfen-Ausstellung  
Wissenschaftliche Ausstellung  
Ausstellung und Verkauf  
von Arbeitspferden  
Vorführung der Pferde täglich 1 Uhr  
Geöffnet 9-5 Uhr  
Strassenbahnlinien Nr. 22, 24, 25, 26, 28, 29, 31, 39, 42, 68.

**Kochkunst-Ausstellung**  
Neue Welt, Hasenheide 108/114.  
In der Abteilung Kochkunst:  
**Prunktafel**  
des Verbandes der Gast- und Schankwirte für Berlin und die Provinz Brandenburg.  
Täglich: Militärkonzert.  
Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.  
Eintrittspreis 1 Mark.

**Parodie-Theater**  
Dresdener Straße 97.  
Heute:  
Cavalleria-Rustikana und die urkomische Burleske „Berlin steht Kopf“.  
Anfang Sonntag 8, woche 8 1/2 Uhr.

**Folies-Caprice**  
Durchschlagender Erfolg!  
Die lästige Witwe.  
Die Brautschau. - Bunter Teil.  
Vorverkauf von 11-2 Uhr  
a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

**Bürgerliches Schauspielhaus**  
Rastanien-Allee 7-9.  
Gastspiel der ehem. Hof-Schauspielerin  
Fräulein Paula Klar.  
Neu einstudiert:  
Der Hüttenbesitzer.  
Schauspiel in 4 Akten von G. Dömel.  
Anfang 8 Uhr.

**Apollo Theater**  
9.20: Das vollständig neue Spezialitäten-Programm.  
Unter anderem:  
Ein Sonntag-Morgen in Rußland.  
Russisches Ballett.

**Reichshallen-Theater**  
Täglich:  
Stettiner Sänger  
Meysal, Britton, Seidel, Horst, Schröder, Ebersberger, Bühlingen, Otto Schröder u. R. Schröder.  
Anf. wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militärkonzert.

**XIV. Saison!**  
**Zirkus Busch.**  
Mittwoch, den 7. Oktober 1908, abends präzis 7 1/2 Uhr:  
Große Vorstellung. Um 9 Uhr ca.:  
Mr. Houdini mit seinem (gej. gef.) Kammerdiener Gebr. Saxons.  
Alle. Mariska Reese! Herr Karl Reinsch, Schauspieler. Mathilde Ranz, Schauspielerin. Herrn Ernst Schumanns Reudress.  
Um 9 1/2, ca.:  
Barbarossa!!  
Gr. Original-Kunststallungs-Vant. des Zirkus Busch in 6 Bildern.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Oll. Schmentz. 16. Letzte Woche! Letzte Woche!  
**Die alte Geschichte.**  
Der Roman einer Choristin.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Abonnement bedeut. Ermäßigung.  
Sonnabend, 10. Okt.: Kranko Horzon.

**DERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurter Str. 132.  
Kabale und Liebe.  
Anfang 8 Uhr.  
Wochentagspreise.  
Donnerstag: Der Theaterkessel.

**Gebrüder Herrnsfeld-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57  
**Die beiden Bindelbands!!!**  
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.  
Vorher:  
Künstlerteil. u. a.:  
Madame D'Ormay's Ballettousen-Sextett. Rolers Original-Bauern-Ensemble. Saratoff, Russen-Trio. Lena Hansen, Vortrags-Meisterin.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.  
Spezialitäten-Theater Berlins  
3000 Personen fassen! 3000!  
Das wunderbare  
Oktober-Programm!  
12 Attraktionen 12  
Unter anderem:  
Antonie Gates.  
Billetverkauf von 11 Uhr vorm. ab.  
Preise der Plätze 2, 1.50, 1, 75, 50 Pf.  
Vorzugsarten, halbe Preise, überall gratis zu haben.

**Walhalla-Variété-Theater**  
Weinbergsweg 10/20. Rosenth. Tor.  
Abends 8 Uhr.  
Das neue gr. Oktober-Program.  
Am Tunnel: Regimentkapelle u. Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

**Sanssouci, Kottbuser**  
Direktion Wilhelm Keimer.  
Sonntag, Montag und Donnerstag:  
Hoffmanns Nord. Sänger und Tanz.  
Auserwähltes Programm  
Beg. Sonntag 5, woche 8 U.  
Jeden Dienstag:  
Theater - Abend.

**Stadt-Theater Moabit.**  
Alt-Moabit 48.  
Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.  
Donnerstag, den 8. Oktober 1908:  
**Graf Essex.**  
Histor. Schauspiel von Hehr. Laube.  
Anf. d. Vorh. 8, Staffenöffnung 7 Uhr.  
Sonntag 7 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung: Ball.

**Gustav Behrens-Theater.**  
Goltzstr. 9.  
Die kleinen Mädchen von Berlin.  
Große Kunststallungs-Vorstellung.  
Arlette und Esra, die stärkste Dame und ihr Partner.  
Joan Negs, Charaktergemälde.  
Klara Wegner, Soufrette.  
Duskes Vitograph.  
10 Spezialitäten 10.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Jahresmarkt. 72.  
Täglich: Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Um 8 Uhr: Kosität. Maul sei süß, Edmond u. Otto Richter. Franz Sobanski, Cilly Illing, Kant. Pohlmann, Eva Wagner, Anita und Stefan Komaromy, Opernbühnen O'Alletts, Songler-Mit. Um 10 Uhr: Liebesleid und Freud. Solists mit Gesang in 2 Bildern.

**City-Hotel**  
52/53. Dresdener Straße 52/53.  
Für die bevorstehende Winteraison sind unsere Zimmern für Vereins-schicklichkeiten, Hochzeiten usw. unter günstigen Bedingungen zu vergeben.

**Konfektion**  
der Fabrik ist viel billiger.  
Kein Laden.  
Uebergangs-Paletots  
Capes □ Kostüme  
□ Abend - Mäntel □  
= Kostümröcke =  
:: Mädchen-Paletots ::  
□ □ Pelz-Stolas □ □  
Robert Baumgarten  
Hausvogtei - Platz 11  
1. Etage  
schrägüber Untergrund-Bahnhof.  
Gegen dies 50 Rabatterver-inserat 0 gültig.  
Auch Sonntags geöffnet.

Ich liefere  
**auf Kredit**  
an Jedermann  
**Möbel**  
Polsterwaren  
Kompl. Wohnzimm. u. Küchen-Einrichtungen  
Herren- und Damen-Garderobe  
Leib- und Bettwäsche  
Betten, Steppdecken  
Teppiche, Gardinen  
Portieren, Bilder, Uhren  
Gas- u. Petroleumkronen  
eventuell alten Kunden  
ohne Anzahlung  
bei  
kleinster Abzahlung  
Möbel- u. Waren-Kredit-Baus  
**S. Dorn**  
Alte Schönhauser  
Straße 3  
Am Tor.

**Gras-Kuhbutter**  
Liefer franco garant. naturrein 10 Pfd.-Stoll 7.20, 6 Pfd.-Stoll 4.25. Toni Andermann, Buczacz No. 2 via Breslau.

**Ueber 100 Morgen**  
neu aufgeschlossenes Gelände,  
5 Minuten vom Bahnhof  
**Kaulsdorf**  
20 Pfennig-Tour  
Güterbhf. Nähe Anstehung,  
stille Wohnzimm., bester  
tehm. Gartenbod., Gas- u.  
Wasserleit., güt. Lichtungs-  
beding., langjähr. Hypothek.  
Zeit noch  
□ □ von 15 M. an.  
Auskunft auf unser Terrain  
an d. Hönoverstraße u. im  
Bahnhof-Platz Boby, bei  
**Nieschalke & Nische**  
Berlin, Neue Königsstr. 16



# HERMANN TIETZ

ALEXANDER-PLATZ

LEIPZIGER STRASSE

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — soweit Vorrat reicht

## Echt. Porzellan weiss

Speiseteller flach	15 Pf.
Suppenteller tief	18 Pf.
Dessertteller	8, 12 Pf.
Salatschüsseln	33, 38 Pf.
Saucieren	45 Pf.
Bratenschüsseln oval	42, 55, 75 Pf.
Ragoutschüsseln mit Deckel	78 Pf.
Suppenschüsseln mit Deckel	1 <sup>15</sup> 1 <sup>45</sup>

## Echt Porzellan dekoriert

**Tafelservice** aparte Formen mit modernen Dekorationen

für 6 Personen	23 tellig 13 <sup>75</sup>	30 tellig 20 <sup>50</sup>	
für 12 Pers.	46 tellig 25 <sup>55</sup>	60 tellig 42 <sup>50</sup>	80 tellig 72 <sup>50</sup>

**Kaffeaservice** elegante Formen und Dekorationen

für 6 Personen	8 tellig 2 <sup>55</sup>	3 <sup>25</sup>	4 <sup>35</sup>	7 <sup>75</sup>
für 12 Personen	16 tellig 7 <sup>55</sup>	8 <sup>50</sup>	9 <sup>75</sup>	

Kaffeekannen für 6 Personen, dekoriert	95 Pf.
Kaffeetassen elegant dekoriert	18 Pf.
Brotkörbe oval, mit Blumendekoration	58 Pf.
Dessertteller ca. 19 cm, dekoriert und Gold	15 Pf.
Salatschüsseln rund, dekoriert	28 Pf.
Kompotschüsseln rund, dekoriert	10 Pf.
Milchtöpfe dekoriert, ca. 1 Liter	28 Pf.
Teekannen für 2 Personen, dekoriert	28 Pf.
Obstschalen auf Fuss, mit Fruchtdecoration	1 <sup>45</sup>
Obstteller durchbrochen, mit Fruchtdecoration	28 Pf.

## Baccarat-Schliff-Imitation

Pressglas-Service „Diamant“

Salat-od. Kompottschalen rund	10, 18, 28, 48, 65 Pf.
Salat-od. Kompott-Schalen, viereckig od. Schiffchenform	12, 23, 32, 55, 75 Pf.
Kompottieren oval, Schiffchenform	38, 55, 85 Pf.
Kuchen- und Käseplatten rund, flach	42, 68 Pf.
Dessert- oder Kompotteller ca. 14 cm	10 Pf.
Käseglocken rund, gross	68 Pf.
Butterdosen viereckig	75 Pf.
Fruchtschalen oder Trockenplatten auf hohem Fuss	95 Pf.
Konfektschalen auf hohem Fuss	85 Pf.
Zuckerschale	20 Pf.
Honigdose	38 Pf.

## Porzellan - Serien - Geschirre

**Tafel - Geschirre** „LEIPZIG“ mit blauen Randekor. und „BAYERN“ mit Traubenbordüre

Speiseteller flach oder tief	32 Pf.
Dessertteller	18, 23, 28 Pf.
Suppenschüssel mit Deckel	2 <sup>75</sup> 3 <sup>90</sup>
Kartoffelschüssel mit Deckel	2 <sup>25</sup>
Saucieren mit Unterplatte	95 Pf.
Bratenschüssel oval	95 Pf. 1 <sup>45</sup> 2 <sup>10</sup> 3 <sup>20</sup>
Bratenschüssel rund, flach oder tief	95 Pf.
Beilageschalen oval	48 Pf.
Salatschüsseln	68, 90 Pf.

**Kaffee - Geschirre:** Zu diesem Tafelgeschirr passend.

Kaffee- oder Teekannen	95 Pf.
Kaffee- oder Teetassen	23 Pf.
Milchgiesser	45 Pf.
Zuckerdosen	45 Pf.

## Glaswaren

Trinkgarnitur „Frankfurt“ moderne hohe Form mit optischen Kelchen	
Bowlenkelch ... 32 Pf.	Madeirakelch ... 23 Pf.
Rotweinkelch ... 25 Pf.	Champagnerkelch ... 38 Pf.
Rheinweinkelch 28 Pf.	Liqueurkelch ... 20 Pf.
Weinkelche „Figaro“ graviert	23 Pf.
Weinkelche „Mathilde“ glatt	15 Pf.
Rheinweinkelche mit grünem Kelch	18 Pf.
Sturzflaschen gedreht, in diversen Farben	18 Pf.

## Küchen - Garnituren

Gemüsetonnen blau Delft	55 Pf.	echt Porzellan dekoriert	90 Pf.
Gewürztonnen blau Delft	23 Pf.	echt Porzellan dekoriert	33 Pf.
Essig- od. Oelflasche blau Delft	55 Pf.	echt Porzellan dekoriert	90 Pf.
Salz- od. Mehlreste blau Delft	1 <sup>45</sup>	echt Porzellan dekoriert	1 <sup>75</sup>
Satz Milchtöpfe blau Delft	2 <sup>55</sup>	echt Porzellan dekoriert	2 <sup>55</sup>

Zu allen Küchen-Garnituren passende Quirlzeuge.

Satz Salatieren gerippt	per Satz 7 Stück 1 <sup>10</sup>
Satz Salatieren blau Zwiebel	per Satz 7 Stück 1 <sup>45</sup>
Satz Milchtöpfe dekoriert	per Satz 6 Stück 95 Pf.
Satz Milchtöpfe mit Goldstaffage	6 Stück 1 <sup>15</sup>
Toilette-Eimer weiss oder Elfenbein, mit Bügel	2 <sup>95</sup>
Toilette-Eimer Elfenbein, mit Bügel	5 <sup>25</sup>
Toilette-Eimer Touddek mit Gold	5 <sup>75</sup>
Waschgarnituren „Martha“ 4-tellig mit Fond	1 <sup>45</sup>
Waschgarnituren „Olga“ 4-tellig mit Fond	1 <sup>75</sup>
Waschgarnituren „Meta“ 5-tellig Elfenbein m. Büg.	4 <sup>95</sup>

ca. 1000 Waschgarnituren grosse moderne Formen in Elfenbeinmasse mit aparter Golddecoration 5<sup>90</sup>

## Emailliewaren

Schmortöpfe	35, 40, 50, 60 Pf.
Kasserollen mit Stiel	30, 35, 45 Pf.
Wasserkessel für Gas	85 Pf. 1 <sup>00</sup> 1 <sup>20</sup>
Spülwannen oval	1 <sup>25</sup> 1 <sup>40</sup> 1 <sup>90</sup>
Kummen	22, 25, 30, 35 Pf.
Bratenschüsseln	42, 50, 65, 80 Pf.
Essenträger mit Drahtbügel	2 <sup>00</sup> 2 <sup>50</sup> 3 <sup>00</sup>
Waschkannen	1 <sup>15</sup> 1 <sup>45</sup>
Waschschüsseln	38, 42, 48, 55 Pf.
Seifennäpfe	22, 28 Pf.
Waschstände dazu	85 Pf.
Eimer grau, ca. 28 cm	65 Pf.
Toiletteimer gerade Form 24 cm	1 <sup>75</sup> 28 cm 1 <sup>95</sup>
Dekorierete Eimer mit Deckel	1 <sup>75</sup> 2 <sup>25</sup>
Mülleimer mit Aufschrift	2 <sup>45</sup>

Ein grosser Posten: Dekorierter Wasch-Garnituren 2<sup>45</sup> moderne Formen und Dekoren p. Kilo

## Wirtschafts-Artikel

Kaffeemühlen prima Werk	1 <sup>75</sup> 2 <sup>00</sup> 2 <sup>25</sup>
Reibemaschinen	95 Pf. 1 <sup>10</sup> 1 <sup>50</sup>
Brotkapseln Delftdekor	1 <sup>75</sup> 2 <sup>15</sup>
Messerputzmaschinen auf Brett mit Schmirgel	4 <sup>75</sup>
Fleischhackmaschinen stark verzinnt	2 <sup>55</sup> 3 <sup>25</sup>
Petroleum-Heizöfen	9 <sup>50</sup> 13 <sup>50</sup>
Gas-Heizöfen „Radiatoren“ 3 Röhren	8 <sup>25</sup> 4 R. 10 <sup>75</sup> 6 R. 14 <sup>75</sup>
Irische Dauerbrandöfen	9 <sup>50</sup> 13 <sup>00</sup> 17 <sup>50</sup>
Ascheimer	95 Pf. 1 <sup>10</sup> 1 <sup>30</sup>
Zimmer-Kohlenkasten mit Deckel	2 <sup>55</sup>
Trittleitern	35 Pf.
Presskohlenchränke	4 <sup>75</sup>
Kohlenkasten	1 <sup>95</sup> 2 <sup>45</sup>
Küchenrahmen	2 <sup>95</sup> 3 <sup>95</sup>
Handtuchhalter	90 Pf. 1 <sup>35</sup>
Garderobenleisten	35, 45, 55 Pf.
Waschtische ganz geschlossen, fein lackiert, m. Garnituren	14 <sup>50</sup> 10 <sup>50</sup>
Gardinenspanner	10 <sup>75</sup> 12 <sup>00</sup>

Gasplatten vernickelt, Satz: 2 Eisen und Erhitzer	4 <sup>75</sup>
Zinkwaschwannen	7 <sup>50</sup> 9 <sup>00</sup> 11 <sup>00</sup>
Zinkzuber	8 <sup>00</sup> 10 <sup>00</sup> 12 <sup>00</sup>
Waschtöpfe stark verzinnt	2 <sup>25</sup> 2 <sup>95</sup> 3 <sup>50</sup>
Briefkasten lackiert	35, 45, 55 Pf.
Messerputzschmirgel	Dose 20 Pf.
Gewürzetageren mit 6 Tönnchen	1 <sup>35</sup>
Wringmaschinen Walzenlänge	36 39 42 cm 9 <sup>50</sup> 10 <sup>50</sup> 11 <sup>50</sup>
Rosshaar-Kehrbesen	1 <sup>25</sup> 1 <sup>50</sup> 2 <sup>00</sup>
Rosshaar-Handfeger	90 Pf. 1 <sup>75</sup> 1 <sup>40</sup>
Wurzel-Teppichbesen	1 <sup>25</sup> 1 <sup>50</sup>
Obsthorden	8 <sup>75</sup> 11 <sup>50</sup> 13 <sup>50</sup>
Straussfed.-Abstäuber	75, 95 Pf. 1 <sup>25</sup>
Bohnerbesen	3 <sup>25</sup> 4 <sup>50</sup>
Bohnermasse	ca. 1 Pfd. 50 Pf.
Stahlspäne	pro Pack 15 Pf.
Teppichkehrmaschinen deutsches Fabrikat	7 <sup>75</sup> 9 <sup>75</sup>

## Lampen

Küchenlampen	45, 55, 75 Pf.
Tischlampen mit Onyxfüssen	1 <sup>75</sup> 2 <sup>45</sup>
Tischlampen mit Messingfüssen	3 <sup>95</sup>
Säulenlampen „Onyx“ komplett m. Schirm	7 <sup>50</sup>
Gas-Zugampeln mit Perifranzen	11 <sup>50</sup> 15 <sup>50</sup>
Gas-Salonkronen	von 16 <sup>50</sup> bis 200 <sup>00</sup>
Speisezimmerkronen	36 <sup>50</sup> 42 <sup>00</sup> 48 <sup>00</sup>
Speisezimmerkronen für hängendes Gas-Glühlicht „Echt Graetzin“	von 47 <sup>50</sup> bis 140 <sup>00</sup>
Glühstrümpfe	10, 12, 20 Pf.
Gascylinder	Dzsd. 75 Pf.
Gasselbstzünder	35, 50 Pf.
Glühbirnen für Elektr. Licht 16/200 hell	50 Pf.
Zug-Ampeln für hängendes Gas-Glühlicht „Echt Graetzin“	19 <sup>50</sup> 42 <sup>00</sup>
Gaskocher 1 Brenner, 1 Wärmestelle	4 <sup>50</sup>
Gaskocher 2 Brenner, 2 Wärmestellen	8 <sup>00</sup>

Sämtl. Klein-Eisenwaren für den Umzug zu den billigsten Preisen

## Komplette Küchen - Einrichtung

bestehend aus: Buffet, Tisch, Rahmen Bank, 2 Stühlen, Handtuchhalter 87<sup>50</sup>

## Komplette Küchen - Einrichtung

bestehend aus: Buffet, Tisch, Rahmen Bank, 2 Stühlen, Handtuchhalter 125<sup>00</sup>

## Komplette Küchen - Einrichtung

bestehend aus: Buffet, Tisch, Rahmen Bank, 2 Stühlen, Handtuchhalter 157<sup>00</sup>

Ein Posten hochfeiner Toilette-Fettseifen Blumengerüche: Veilchen, Flieder, Heliotrop, Rose und Trèfle in eleg. Cartons à 3 Stück 65 Pf.



Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 11. d. M., abends 6 Uhr, in der „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20: Versammlung mit Frauen. Vortrag des Genossen Rechtsanwalt Dr. Cohn. Nachdem: Gesellschaftliches Beisammensein und Tanz. Eintritt mit Garberobe und Tanz 20 Pf. Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis. Alle Briefsendungen und sonstigen Anfragen, den Kreis betreffend, sind von jetzt ab an Fritz Schwemle, S. 39, Schönleinstr. 34 (Laden) zu richten.

Zettel. Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 9 Uhr, beginnt in G. Halbes Lokal, Brunowstr. 23, der Kursus über soziale Gesetzgebung. Die Mitglieder, welche gewillt sind, hieran teilzunehmen, werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Auch ist notwendig, daß sich die Teilnehmer mit Material zu Notizen versehen. Der Vorstand.

Stralau. Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Perle“, Alt-Stralau 21, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Referent Genosse Denker. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Potsdam. Heute abend 8 Uhr findet im „Viktoriagarten“, Alte Luisenstraße 37, die Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht vom Märkischer Parteitag. Referent Genosse Karl Kautsky. Vereinsfragen und Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Franz Tuhauer's Zeichenbegängnis.

Die Strahlen der gen Abend sinkenden Oktobersonne beleiteten den starken Kondukt von Leidtragenden, Freunden, Arbeitskollegen und Parteigenossen, der gestern um die fünfte Nachmittagsstunde Franz Tuhauer's Leiche dem Friedhof der Freiheitsgasse Gemeinde an der Bappellallee entgegenführte. Müd ging der Hauch des Herbstes über den Totenhügel, und goldig zog der Schein des Tages durchs rötliche Laub der alten Bäume. Man trug den Sarg in die Halle, die rasch Kopf an Kopf erfüllt war. Feierliche Stille. Der Gesangsverein „Viedesfreiheit“ aus dem vierten Berliner Reichstagswahlkreis stimmte an den Chor: „Wenn sich zwei Herzen scheiden“. — Wie ein bewegtes Abschiedswort aller, die hier versammelt waren und für alle, die fern geblieben, an den Toten zitterte der Refrain des Viedes durch den Raum und verhallend über die Gräber drangen: „Fahr wohl!“

Genosse Waldeck Manasse hielt die Grabrede: In zwei Worte lasse ich die reiche Inhalt dieses Menschenlebens zusammenfassen: Liebe und Arbeit. Ein ewig Lernender war der Verbliebene — und doch im Gemüt ein reines Kind geblieben. Ein Mann stiller Tatkraft. Was sein Wesen durchpulste, was seinem Leben Inhalt und Weihe gab: es war das ausschließliche Aufgehen im Kampf der gesamten Arbeiterbewegung. Ihr hat sein feuriges Streben, sein unbesiegbarer Optimismus, sein unerschütterlicher Glaube an die Zukunft gegolten. Wie er ehrlich ringend und als Aufklärer durchs Leben gegangen war, mit seinen Sinnen wurzelnd auf Erden und mit dazu beitragend, daß es hier besser werde, so ist er auch in den Tod gegangen: Nicht grämlich oder resigniert, sondern freudig, ruhig und friedvoll. Nicht klagen dürfen wir an seinem Sarge, sondern freudig und stolz sein. Wie er sein ganzes Leben auf Liebe und Arbeit gestellt hat, so wollen auch wir arbeiten, weiterbauen in seinem Geiste.

Als der Redner geschlossen, erklang wieder das gleiche Lied und der gleiche Refrain: „Fahr wohl!“ — Zahlreiche würdige Kranzpenden mit roten und auch mit weißen Bindungsbändern wurden, nachdem der Sarg in die Grube gesenkt war, niedergelegt. Jubor aber erkönte der Chor: „Zum Reich der Gräber“, dann sprach Manasse noch einige Schlussworte.

Der Reihe nach wurden Kränze gewidmet vom 6. Bezirk des 6. Wahlkreises, vom Parteivorstand durch Genossen Singer, von der Redaktion des „Vorwärts“ durch Genossen Stadthagen, von der Redaktion der Breslauer „Volkswacht“ durch Genossen Schütz, vom 666. Bezirksverein, vom Ausschichtsrat der Konsumgenossenschaft Berlin nebst Vorstand und Personal, vom Deutschen Holzarbeiterverband, von der Schneidergenossenschaft, vom Arbeiter-Kauferbund Berlin, vom Verband sozialdemokratischer Wahlvereine, vom Verein der Lagerhalter, vom Verein Berliner Möbelhändler und Industrieller, vom Bureau Personal der Holzarbeiter-Krankenkasse, von der Neuen Genossenschaftsbäckerei, von der Parteischule, vom Genossen Vernstein u. a.

Als das Schlußlied: „Ein Sohn des Volkes“ erklungen war, hatten sich die Schatten des Abends über den Totenacker gebreitet.

Nun war's so still. Fahr wohl, Du ewig vom Licht Geschiedener; Deines Lebens Spur liegt lichterhell vor unseren Augen. Fahr wohl!

Die neue Wohnung.

Vor Jahresfrist hatte ich einen Geniestreich begangen, hatte als geborener, ausgetragener, flott mit der modernen Zeit marschierender Berliner eine Wohnung gemietet in einem alten Loche, einer richtigen Berliner Kämmerkammer. War's eine Marotte, eine tolle Laune, oder sollte es zur Abwechslung so sein? Freilich, ich kam aus dem alten Berlin, aus der Straße der Rosen. Hatte zwischen halb zerbrockeltem Gemäuer, zwischen wurmstichigem Treppenholtz, treu vereint mit unmodernen Menschen meine schönsten Jugendjahre verbracht und glaubte an einen herrlichen Tausch mit dem weniger alten Haus in der Vorstadt. . . .

Drumten auf dem Hofe krähte der Hahn, aus dem Stalle tönte leises Gegader und Geschnatter von Enten und Gänzen, und dicht unter dem Fenster, oben auf einem reizend ländlichen Holzbau, schlugen Lauben mit den Flügeln und gurrten. Mit einem Satz war ich aus dem Bett. Da war sie ja wieder, die lachende Jugendzeit. Da lag der schmale, langgestreckte Hof, rohgeplästert, aber an seinem Ende ein Stück Garten mit Fliederstrauch und Kastanienbaum. Da lag die mächtige Hundehütte mit dem neugierig den gottigen Kopf zu mir heraufstrebenden Hektor, stampften im Stall ungeduldig ein paar Säule und kannten

sich am Brunnenholz zwei Duzend Spähen um die verlorenen Hahnerkörner. Schlichtern meldete sich die Klingel, daß der verborgene Messingdraht mit dem buntgläsernen Griff daran bis ins Zimmer quetschte. Jede Diele knarrte in anderer Tonart, Türen und Schläffer knarrten . . . und mir, dem sonst so Nervösen, tönte es wie Musik, liebliche Musik aus der goldenen Jugendzeit. Fröhlich war ich, glücklich wie als Kind. Die Wände mit dem hausbackenen Tapetenmuster, die kleinen Fenster, an denen altersschwach das Holz knisterte, die winzige Kochmaschine, die vielleicht schon hundert glühwangigen Herrinnen gedient hatte, die riesigen Schlüssel, die nur verkehrt mit dem Bart ins Schloß paßten, — alles das kam mir so vertraut und so lieb vor, als lebte ich mit den Vorfahren im vergangenen Jahrhundert. Täglich fand ich neue Schönheiten in dem verblähten Rahmen, fühlte mich heimisch wie nicht seit Jahren.

Ah, daß es doch immer so bliebe! Aber es blieb nicht so. Nach kaum einem Vierteljahr hatte meine altberlinisch angehauchte Romantik in der Vorstadt einen mächtigen Riß. So etwas wie selbstverfühltes Rahmenjammergefühl beschlich mich, wenn ich an qualmenden, überreichen Petroleumlampen vorbei meinen Weg nach oben suchte oder umgekehrt nach dem Hofe an jenen streng verschwiegenen Ort, zu dem man keinen anderen schiden kann. Der Straßenstand drang im Sommer gleich Wolken durch zahlreiche Ritzen, und von der Decke fiel portionsweise der Kalk, sobald ein Geschäftswagen durch die vermorschte Einfahrt rasselte. Und erst der Radau! Eine göttliche Ungeniertheit herrschte hier. Jeder wollte Hauswirt sein und lehrte sich den Teufel um das, was man Hausordnung nennt. Nicht daß die Leuten es höflich meinten. Liebe, prächtige Menschen waren darunter. Sie gingen nicht wildfremd an mir vorbei, begrüßten mich herzlich vom ersten Augenblick an, betrachteten mich als den ihrigen, als Proleten unter den Proleten. Aber es fehlte etwas diesem alten vorstädtischen Steinbaukasten. Etwas, das mir alle Erinnerung an die schöne Jugendzeit nicht weitmachte und mein Proletentum beleidigte. Es fehlte inmitten der köstlichen Einfachheit die Ordnung. . . .

Seit vierzehn Tagen bin ich in der neuen Wohnung. Stillvergügt hatte ich geträumt: „So leb' denn wohl, du altes Haus“, und war wieder der Abwechslung halber in einen hochmodernen Stall gezogen. Alles pieffin und nobel, nach der Leute Ansicht sicher zu fein für eine Proletarierseele. Wollige Läufer und elektrisches Licht auf den Treppen, Jalousien und Gasochmaschine, Majolikläden und Speisekammer, sogar ein wunderhübscher Balkon, natürlich oben unterm Dach, aber nach vorn raus. Kostenpunkt? Oh, ich hatte meinen Etat hundertmal überrechnet und war immer wieder zu dem Resultat gekommen, daß ich mich gewaltig einschränken müßte, um meinen äußerst lebenswürdigen Hauspasha pünktlich an jedem Monatsersten noch fester zu machen. Sei's drum! Nun wohne ich doch auch mal in einem hochmodernen Hause, komme mir plötzlich wie neugeboren vor, frage aber die Nase deshalb noch lange nicht hoch und schelte mich sogar einen alten Ekel, daß ich jahrelang zusammen mit Wanzen und Flöhen, Schweben und Motten haustieren konnte. Noch habe ich nämlich die lieblichen Haustierchen hier nicht zu Gesicht bekommen. Ueberhaupt bin ich entzückt von der Wohnung. Die Küche ist himmlisch, die Küche idyllisch. Und selbstbewußt werfe ich mich in die Brust: Das hättest du auch als Proletarier schon längst haben können! Gibt es doch in Berlin sehr schöne Arbeiterwohnungen, nur muß man sie mit einigem Glück und mit der Aussicht, die Miete bezahlen zu können, zu finden wissen. Also, wie gelagt, ich schwärme für meine neue Wohnung. Aber daß ich trotzdem nach einem halben Jahre alle ihre Schwächen entdeckt habe und daß ich mal wieder Veränderungsgelüste spüren werde — das ist ganz gewiß.

In der letzten Sitzung der Deputation für die Straßenreinigung wurde der an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Wischke delegierte Stadtverordnete Feuerstein eingeführt. — Eine laufende monatliche Unterfütterung von 20 M. wurde einer im Alter von 72 Jahren ausgeschiedenen Wärterin der Bedürfnisanstalten bewilligt. Einer Neuordnung der Vertragsbestimmungen zur Verpachtung und Bedienung der Sprengwagen sowie für die Abfuhr des Straßenlechts und der Schneefuhr, wurde zugestimmt. Ein Antrag, in die Neuordnung die Bestimmung aufzunehmen, daß den Bedienungsmännchen von den Unternehmern mindestens ein Anfangslohn gezahlt werden muß, der gleich ist dem Anfangslohn mit dem die Arbeiter der Straßenreinigung eingestellt werden, wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. — Zugestimmt wurde dem Ansuchen von drei neuen elektrischen Waschmaschinen sowie dem Umbau von zwei alten Waschmaschinen für den elektrischen Betrieb. Desgleichen der Anschaffung von zwanzig Fahrrädern für das Aufsichtpersonal. — Für die 12. Abteilung soll ein Stadtbahnbogen in der Holzmarktstraße als Depot gemietet werden. — Von dem Arbeitersauschuss ist, da er bescheidenweise der Ansicht ist, daß eine Lohnerhöhung nicht zu erreichen sei, ein Antrag in Vorbereitung, der eine Aenderung der Lohnskala bezweckt. In der nächsten Sitzung der Deputation soll die Lohnfrage im allgemeinen behandelt werden. Dabei wird auch der Antrag des Arbeitersauschusses seine Erledigung finden.

Die Fortbildungsschulvereinigung des Berliner Lehrervereins sollte in der Septemberversammlung nach einem Vortrage des Herrn Direktor Eduard Haumann über: „Die Notwendigkeit und die Grundzüge eines preussischen Fortbildungsschulgesetzes“ einstimmig folgenden Beschluß: Es wird für nötig gehalten, daß für Preußen ein Fortbildungsschulgesetz möglichst bald erlassen werde, das die allgemeine und ununterbrochene Schulpflicht für die männliche und für die weibliche Jugend einführt, die Schulzeit festlegt, die rechtliche Stellung der Lehrer regelt und die Beteiligung von Gemeinden und Korporationen an der Verwaltung der Schulen sichert.

Blusen, die verpfuscht sein sollten, bildeten den Gegenstand einer Klage und einer Widerklage, die vor dem Gewerbegericht verhandelt wurden. Gegen einen Herrn Leop. Honig, Inhaber einer Blusen- und Unterkleidkonfektion in der Seheldstraße, klagte eine Witwe P. auf Zahlung des Lohnes für 61 von ihr gelieferte Blusen, der auf 125 M. pro Stück, also im ganzen auf 76,25 M., vereinbart worden war. Herr Honig, der sämtliche Blusen für verpfuscht erklärte, klagte seinerseits auf Herausgabe von 39 Blusen, die im Besitz der Klägerin verblieben waren und erst nach ordnungsgemäß hergerichtet werden sollten, oder Zahlung von 117 M. Frau P. hatte, so führte sie vor Gericht aus, über ein halbes Jahr für Herrn Honig gearbeitet, ohne daß er mit ihr unzufrieden war. Ein's Tages aber bemängelte er 39 Blusen und wollte vom Lohn pro Stück 25 Pf. abziehen. Als Frau P. hierauf nicht einging, gab Herr Honig ihr die Blusen wieder mit nach Hause. Ein paar Tage darauf bemängelte er noch 22 andere Blusen, die gleichfalls

verpfuscht sein sollten. Die 39 Blusen wollte Herr Honig der Frau P. zur Verfügung stellen, wenn sie für Stoff und Zeit etwa 3 M. pro Stück, also im ganzen 117 M., zahle. Frau P. lehnte zunächst auch das ab. Da sie aber fürchtete, daß sie schließlich gar nichts kriegen würde, so sagte sie ihm hinterher, sie wolle sehen, ob sie die Blusen nach und nach verkaufen könne, und dementsprechend werde sie nach und nach den geforderten Betrag abzahlen. Das war nun wieder nicht nach dem Sinne des Herrn Honig, der die Blusen sofort und gegen bar loswerden wollte. In seinem Geschäftsbüro kam es dann zwischen ihm und Frau P. zu einem für mich sehr interessanten Gespräch. Ueber dessen Verlauf gab Frau P. vor Gericht an, Herr Honig sei hinter ihr hergelaufen, habe sie im Genick gepackt und sie mehrere Male mit dem Kopf gegen die Wand gestoßen. Herr Honig behauptete demgegenüber, Frau P. habe auch die 22 Blusen wieder mitgenommen und „sich widerrechtlich aneignen“ wollen, deshalb sei er ihr nachgelaufen. Frau P. und Herr Honig haben gegeneinander Anzeige erstattet. Das Gewerbegericht hatte sich nur mit der Frage zu beschäftigen, ob die Blusen ordnungsgemäß angefertigt waren oder nicht. In einem ersten Termin hatte Frau P. versichert, sie habe genau nach Vorlage gearbeitet. Es war dann dem Herrn Honig aufgegeben worden, zu dem zweiten Termin die Vorlage zu beschaffen. In diesem Termin machte nun der Vorsitzende Magistratsrat Dr. Leo zunächst die üblichen Versuche, einen Vergleich zustande zu bringen. Der Verlauf dieser Einigungsversuche war sehr merkwürdig. Der Vorsitzende begann mit dem Vorschlag, Frau P. solle für die ihr zu überlassenden 39 Blusen 117 M. Schadenersatz leisten, sich für die anderen 22 Blusen mit 22 M. Lohn begnügen, mithin an Herrn Honig bare 95 M. zahlen und zwar in Monatsraten zu 20 M. Da sollte also Herr Honig durch „Vergleich“ alles bewilligt werden, was er als Kläger forderte. Frau P. lehnte rundweg ab, weil sie keine Möglichkeit habe, die 39 Blusen loszuwerden. Ganz unerwartet kam jetzt der Vorschlag des Vorsitzenden, der Frau P. solle für alle 61 Blusen Lohn gezahlt werden, aber nur 61 M., wofür sie dann die 39 Blusen ausliefern solle. Als Frau P. festlich und auch das ablehnte, zog sich das Gericht zur Beratung darüber, ob man ihr tatsächlich einen Vergleich empfehlen dürfe. Das Ergebnis war ein Nein; der Vorsitzende mußte, indem er es verkündete, sich selber auf den Mund schlagen. Es wurde nunmehr verhandelt und Beweis erhoben. Die Blusen, die verpfuscht sein sollten, wurden ausgepackt und Herr Honig wurde ersucht, die Probebluse vorzulegen. Er legte eine Bluse vor, aber Frau P. wehrte ab, das sei nicht die richtige. Er legte eine zweite vor, aber Frau P. erklärte aufs bestimmteste, auch das sei nicht ihre Probebluse. Herr Honig behauptete, eine von beiden sei es. Als ihm gesagt wurde, worin die von ihm vorgelegten Blusen sich von der Probebluse unterschieden, antwortete er, das seien Nebenachtlichkeiten, auf die es nicht ankomme, weil auf sie die Bemängelung sich nicht erstrecke. Einer der Arbeitnehmerbeisitzer, der mit dem Blick des Sachkenners die Arbeiten prüfte, setzte Herrn Honig scharf zu. Er sprach auch seine Verwunderung darüber aus, daß Herr Honig die Blusen unter der Bedingung eines Lohnabzuges als brauchbar habe hinnehmen wollen. Wieder zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Es beschloß nunmehr, die Vergleichsverhandlungen neu aufzunehmen, weil es für eine sachliche Entscheidung an den erforderlichen Unterlagen fehle. Der Vergleich kam dann zustande auf der Grundlage, daß Frau P. die Blusen, die verpfuscht sein sollten, umgeändert zurückzugeben habe, daß Herr Honig 65 M. Lohn zu zahlen habe, und daß beide Parteien allen weiteren Ansprüchen entsagen. Herr Honig fügte seiner Einwilligung die einzuführende Erklärung hinzu, er habe nicht — wie die Klägerin behauptet und auch ein Weißer ihm vorgeworfen habe — den Lohn drücken wollen. Selbstverständlich wird durch diesen Vergleich die oben erwähnte andere Affäre, mit der die ordentlichen Gerichte sich zu beschäftigen haben werden, nicht berührt.

Der liebe Gott gegen die Divifikation. Die letzte Sonntagsnummer des „Berliner Lokal-Anzeiger“ enthält folgenden Stoßfusszer einer verkehrten Seele:

„Welch edler, gutherziger, tierliebender Mensch hilft mir ein Heim gründen, wo unglückliche Tiere jedweder Art vor Lebendigzerschneiden und Wurdobuden geschützt sind, da die Werdulst an Tieren und Menschen überhand nimmt. Der Allmächtige wird es dem Geber lohnen. Offerten 2. 961 Filialeped. d. M. Wiltostraße 25.“

Es ist schamrüh, wozu der „Allmächtige“ nicht alles seine Hand bieten soll. Der liebe Gott würde es jedenfalls viel praktischer und vor allem menschenwürdiger finden, wenn seine Ebenbilder auf Erden ihre Mitmenschen gegen das Lebendigzerschneiden schützen wollten. Ob wohl die Aufgeberin jener Annonce für notleidende Menschen ebensoviel Herz und Geld übrig hat, wie für notleidende Tiere?

Stellenlosigkeit im kaufmännischen Berufs. Von manchen bürgerlichen Zeitungen wird geflissentlich noch immer die große Arbeitslosigkeit bestritten. Dabei müßten sie gerade aus ihren eigenen Geschäftskreisen heraus am besten wissen, wie es steht. So schreibt jetzt die „Zeitschrift für weibliche Handlungsgehilfen“ folgendes: „Unser Arbeitsnachweis hat bereits im August 1907 die rückgängige Geschäftskonjunktur gespürt und darauf hingewiesen, allerdings recht vorsichtig, um nicht geradezu einen Anreiz zu Personalentlassungen zu geben. Im ersten Halbjahr 1908 waren insgesamt 1016 Geschäftsmenschen weniger an der Zentralkasse gemeldet als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, dagegen 370 Bewerberinnen mehr. Auch die Ergebnisse der Stellenlosenliste zeigen die unglückliche Geschäftskonjunktur. Während im ganzen Jahre 1907 für diesen Zweck 4018 M. verausgabt wurden, betrug die Unterfütterungssumme 5415 M. allein für das erste Halbjahr 1908.“ Und das ist nur ein Angestellterverband von vielen, bei denen die Verhältnisse ganz ähnlich liegen.

Tot aufgefunden wurde gestern früh im Hause Frankfurter Straße 62 in ihrer Wohnung die 24jährige Ehefrau des Wüglers Adolf Hirsch. Es verbreitete sich das Gerücht von einem Morde, so daß auch die Nordkommission bald an Ort und Stelle war. Es soll aber festgestellt worden sein, daß die Frau eines natürlichen Todes gestorben ist.

Von der Heilsarmee. Um ihre Versammlungen zu füllen, verbreitet die Heilsarmee Einladungen mit den sonderbarsten Ankündigungen. Kürzlich ließ sie Handzettel verbreiten, nach der in einer Versammlung das Thema behandelt werden soll: „Was denkt Gott von Berlin?“ und dieser Tage wurden im Osten massenhaft Zettel verteilt mit folgendem Wortlaut: Prophezeiung! Voraussagung! Ein neues Unglück steht Berlin bevor! Laufende werden davon betroffen werden! Vielleicht auch du! Wer näheres erfahren will, der komme in die Tonhalle des Ostend zur Heilsarmee! Wir haben für die Leute, die den Heilsarmeeagenten und agentinnen nachlaufen, nur ein Gefühl des Bedauerns übrig.

Zu rekonvaleszieren. Am 30. September ist im Jagd 21 der Jungfernhöhe ein etwa 30 bis 35jähriger Mann am Zahn der Scheitelhöhe erhängt aufgefunden worden. Derselbe ist circa 1,75 Meter groß, kräftig, hat blonde kurzgeschneidene Haare, blonden hochgebürsteten Schurrbart, graue Augen, gebogene Nase, auf der rechten Seite der Nase eine Wange, und ist bekleidet mit schwarzem Jackett, grauer Weste, dunkelblauer Hose, roten Strümpfen, gelbem G. oder S. grauem Trikotband, Zugstiefeln und schwarzen flachen Hut. Die Persönlichkeit der Leiche ist bisher nicht festgestellt. Rekonvaleszenten werden daher ersucht, sich bei dem Gutsvorsteher zu Pögnitzsee zu melden. Die Kriminalpolizei sowie die Polizeireviere nehmen ebenfalls zweckdienliche Nachrichten entgegen.



**Wintergarten.** Eine Reihe recht eigenartiger Attraktionen enthält das Oktoberprogramm des Wintergarten. Die Brüder de Guzo produzieren sich als Flaschenpringer. Mit beiden Füßen springen sie auf Glasflaschen, die sie zum Teil als Sprungbrett benutzen, um schließlich in erheblicher Höhe auf Flaschen stehend, zu balancieren. Und alles dies, ohne einer Flasche den Hals zu brechen. Als wahre Künstler auf dem Gebiete des Diabolospiels stellen sich die Philliparis vor. Der Regel liegt von einer Seite der Bühne zur anderen, um vom Gegenpart mit einer geradezu erstaunlichen Sicherheit aufgefangen und wieder zurückgeschleudert zu werden. Der Tanz findet in der spanischen Tänzerin Lortola Valencia eine würdige Vertreterin, während die drei komischen Radfahrer Merills das Publikum durch ihre interessanten Tricks in bester Laune erhalten. Die Verleuchtungsfeierlichkeiten anlässlich des Auftretens der Boie Hülers als Serpentin tänzerinnen waren Triumphe. Reichliche Kostüme brachten wieder die 12 Lillie Girls — eine englische Gesangs- und Tanztruppe auf die Bühne.

**Feuerwehrbericht.** In der letzten Nacht kam ein größerer Kellerbrand in der Selower Straße 8 zum Ausbruch, Späne u. a. brannten dort. Die Feuerwehr mußte tüchtig Wasser geben, um die Flammen zu löschen. Am Planufer 88 hatte der 11. Zug zu tun. In der Nöhlenstr. 53 brannten Möbel, Fußböden, Wände usw. in einer Wohnung; der 7. Löschzug beseitigte die Gefahr. Auch in der Wappelallee 6 waren Möbel in Brand geraten und in der Krummelstraße, sowie Krausstraße. 2 mußte die Wehr Hilfe anderer Art leisten.

## Vorort-Nachrichten.

### Der Nürnberger Parteitag.

Im Laufe der vorigen Woche beschäftigten sich noch mehrere Parteiorganisationen der Vororte mit den Debatten und Beschlüssen des Parteitages. Die Berichte können infolge verschiedener widriger Umstände leider erst heute wiedergegeben werden.

In der Schöneberger Versammlung gab Genosse Käter den Bericht. In großen Zügen gab er ein anschauliches Bild der Nürnberger Verhandlungen und beleuchtete die auf der Tagesordnung stehenden Punkte. Besonders eingehend behandelte Redner die Budgetbewilligung der Süddeutschen. Käter meinte, daß wir es nur begründen können, daß der Parteitag mit mehr als Zweidrittel-Majorität der Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission zugestimmt hat. Es wäre dies eine Auseinandersetzung zwischen dem Revisionismus und dem Radikalismus gewesen. Die Revisionisten haben Gelegenheit gehabt, zu erkennen, daß die übergroße Majorität der Genossen nicht gewillt ist, von der alten durch die Resolutionen von Lübeck und Dresden festgelegten Taktik abzuweichen. Wenn nun daraus, daß die Erklärung der 66 Süddeutschen ohne Widerspruch erfolgt ist, gefolgert wird, daß die süddeutschen Parlamentarier freie Hand für die Zukunft haben sollen, so ist diese Annahme doch ganz falsch. Die Delegierten haben sich gesagt, daß die Erklärung nur den Rückzug markieren solle. Nachdem der Parteitag einen Beschluß gefaßt hat, hat sich diesem Beschluß jeder Parteigenosse zu fügen. Nur aus diesem Grunde habe man die Verlesung der Erklärung ohne Widerspruch angehört. Bedauerlich sei auch die persönliche Stellungnahme der süddeutschen Genossen, wie sie sich bei der Stimmabgabe anlässlich der Vorstandswahl gezeigt hat. Das Referat Käters klang in die Worte aus: „Der Parteitag ist geschlossen. Die Beschlüsse, die dort gefaßt sind, haben wir in die Praxis zu überführen. Ein jeder Parteigenosse hat in den uns bevorstehenden schweren Kämpfen in volstem Maße seine Pflicht zu tun. Also auf zum Kampfe gegen unseren Feind, den Kapitalismus!“

In der Diskussion äußert als erster Redner Genosse Bernstein: Er wolle nicht über Fragen sprechen, über welche wir alle einig sind, auch über die Frage, ob er nicht sprechen. Ueber diese können nur diejenigen reden, die mitten im wirtschaftlichen Leben stehen. Er könne ja leicht sagen, die Parteiführer müßten mehr durchgeführt werden, diejenigen aber, welche auf den Arbeitsstellen tätig sind, haben hier den Ausschlag zu geben. In der Jugendorganisation habe der Parteitag seiner Meinung nach das Richtige getroffen. Eine Dezentralisation der Parteischule halte er nicht für gut und auch nicht für angängig. Die Ausführungen des Genossen Krausebrücker sollten auch nicht für die Parteischule Geltung haben, sondern nur für die Bildungslinie. Zur Frage der Budgetbewilligung sagte Redner: Durch den Beschluß des Parteitages sei die Differenz nicht ausgeglichen, die Parteitage sollten nur Beschlüsse fassen, die alle Parteigenossen annehmen und durchführen könnten. Dies wäre aber hier nicht der Fall. Der Parteivorstand habe sich anerkennendwertweise Mühe gegeben, ein Einverständnis zu erzielen, leider sei dies nicht gelungen. Zum Teil sei es darauf zurückzuführen, daß die Presse geradezu eine Hege gegen die süddeutschen Genossen eingeleitet habe. Er sei Gegner der Budgetbewilligung, wenn aber die Genossen im Süden eine andere Taktik für gut halten, müsse wohl ein Grund vorhanden sein. Dieser sei seiner Ansicht nach der, daß sich die Genossen die Agitation im Lande nicht erschweren wollen. Die Verhältnisse sind anders als in Norddeutschland, die Parteien spielen dort unten eine andere Rolle. Die Wähler sagen: „Ihr tretet für Verbesserungen ein, die Mittel dazu wollt ihr aber nicht bewilligen, das können wir nicht verstehen.“ Auf den Vorwurf im Reichstage, daß die Sozialdemokratie nicht für Verbesserungen eintreten könne, wenn sie den Etat und dadurch die Mittel ablehne, habe Genosse erklärt: Gebt uns ein Budget, das auf direkten Steuern basiert, und wir könnten dem Etat unsere Zustimmung geben. Doch der Resolution des Parteivorstandes könne dies aber nicht geschehen. Dasselbe ist in ihrer Fassung nicht konsequent und ist unlogisch. Ein Mißtrauensvotum könne man bei den einzelnen Voten, den Bewilligungen der Gehälter der Minister, zum Ausdruck bringen. Warum sollen wir aber immer Beschlüsse fassen, welche uns die Hände binden und dadurch die Türen schließen, die wir nachher doch wieder aufmachen müssen. Es ist zu verstehen, daß die Norddeutschen Gegner der Budgetbewilligung sind, doch sind die Verhältnisse in Süddeutschland anders und wir sollten uns hüten, alles nach unseren Auffassungen modellieren zu wollen, sondern den Genossen bei ihrer Arbeit möglichst freie Hand lassen. Durch immer härtere wirtschaftliche und politische Organisation sollen wir fördern auf Reformen zugunsten der Arbeiter wirken. Mit Verzeichnung Revisionismus wird jetzt geradezu Unfug getrieben. Die Süddeutschen werden jetzt alle zu den Revisionisten geworden. Und unter ihnen sind doch Leute, die seit einem Menschenalter im Interesse der Partei tätig sind. Die Frage: Wer ist Revisionist? Können man bald so beantworten: Revisionist ist, wer der Redaktion des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ nicht gefällt. So sollten wir nicht polemisieren, wenn wir dahin kommen wollen, daß wir alle einmütig für die Befreiung der Arbeiterklasse eintreten.

Genosse Thieleke polemisiert in scharfer Weise gegen Bernstein und die süddeutschen Genossen. Der Ansicht Eiseners, daß der Arbeiter möglichst die Praxis studieren müsse, die Theorie wäre nicht so wichtig, widerspreche er ganz entschieden. Die Praxis habe der Arbeiter alle Tage, er stehe mitten drin im wirtschaftlichen Kampf. Die Theorie des Klassenkampfes müsse der Arbeiter dagegen erst lernen. Wenn Bernstein behauptet, daß der Beschluß in Nürnberg gefaßt ist, so könne er nur sagen: bedauerlich ist es, daß solche Beschlüsse gefaßt werden müssen, weil die süddeutschen Genossen gegen Parteitagebeschlüsse handeln und Disziplinbrüche begehen. Die Revisionisten und deren Verteidiger haben eben gar keine Ahnung vom Klassenkampf.

Genosse Kollendörfer: Der größte Teil der Gründe, die die süddeutschen Genossen hatten, ist bekannt, die Gründe aber, die vorgebracht wurden, sind nicht dazu angetan, für die Bewilligung des Budgets zu stimmen. Wenn die süddeutschen Genossen meinen, daß ihnen die Hände gebunden würden, so ist dies nicht der Fall, die

Genossen haben aber die Pflicht, Parteibeschlüsse hochzuhalten. Wenn gesagt wurde, daß der „Vorwärts“ gehetzt hätte, ehe der Vorstand eingegriffen habe, so ist dies nicht richtig. Drei Tage vorher, ehe der erste „Vorwärts“-Artikel erschien, ist in Baden der Brief des Parteivorstandes, der um Aufklärung suchte, eingetroffen.

Wenn wir einen konstitutionellen Staat hätten, wäre die Frage an sich nicht so wichtig, jetzt aber ist die Nichtbewilligung des Budgets das einzige Mittel, der heutigen Regierung in klarer Weise ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Ich wünsche auch, daß solche Resolutionen nicht gefaßt werden brauchen. Wenn die Sache aber einmal so weit ist, dann müsse die Majorität zeigen, daß sie mit der eingeschlagenen Taktik der Süddeutschen nicht einverstanden sei. Jeder Landtagsabgeordnete, der im Landtage das Budget bewilligen wolle, müsse erst überlegen, wie er im gleichen Falle im Reichstag handeln würde. Die süddeutsche Praxis wird im Reichstage der sozialdemokratischen Partei noch manche Unannehmlichkeiten bringen. Die Genossen haben nun die Pflicht, den gefassten Beschlüssen nachzukommen.

Der vorgeschrittenen Zeit wegen machte sich eine Vertagung der Versammlung notwendig. Zwei vorliegende Resolutionen, von denen die eine, vom Genossen Schenk gestellt, sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt, die andere, vom Genossen Bernheim eingebracht, die Entscheidung über eventuelle Bewilligung des Budgets den Landtagsfraktionen in Uebereinstimmung mit den Landesorganisationen überlassen will, sollen in der kommenden Versammlung debattiert und zur Abstimmung gebracht werden.

In der Versammlung der Wilmersdorfer Parteigenossen gab Genosse Groger-Migdorf, dessen Ausführungen wir anlässlich einer früheren Versammlung bereits skizziert haben, den Bericht. In das mit Beifall angenommene Referat schloß sich eine lebhaft diskutierte Genosse Engelhardt ein, der die Frage der Budgetbewilligung keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik sei. Man könne Süddeutschland nicht mit Norddeutschland vergleichen. Der Parteivorstand habe sich eine harte Dürsterei geholt und es sei dringend notwendig, daß er sich an den einzelnen Landeskonferenzen mehr beteilige. Genosse Wilhelm Schröder anerkennt die überaus ruhige und sachliche Art des Referenten. In der Frage der Budgetbewilligung selbst ist er der Meinung, daß auf beiden Seiten geäußert sei und stellt den Satz auf, daß ein Beschluß, der gegen eine so große Widertheit gefaßt sei, überhaupt kein Beschluß sei. Ein Bruch in der Partei müsse vermieden werden, denn das wäre der Untergang der Sozialdemokratie. — Genosse Genkel bedauert, daß die Steuerreform nicht als erster Punkt auf der Tagesordnung gestanden habe. Dann würden die süddeutschen Genossen gewußt haben, wozu die Rolle auch ihrer Regierungen gehe. In seinen weiteren Ausführungen polemisiert er, wie später noch mehrere andere Redner, gegen die Ausführungen Engelhardts und Schröders und meint, daß die 66 und die paar Litter ihnen stehenden, wenn sie nicht anders wollen, gehen sollen. Die Arbeiter würden innerhalb der jetzigen Parteiorganisation bleiben.

In einer leider nicht sehr fruchtbar besuchten Versammlung der Norddeutschen Genossen gab Kurt Rosenfeld den Bericht vom Nürnberger Parteitag. Der Referent beleuchtete ausführlich die einzelnen Tagesordnungspunkte und beschäftigte sich besonders eingehend mit der Frage der Budgetbewilligung. Die vor dem Parteitag kurzstehenden Redereien über Wandelschiede haben zwar große Erregung in Süddeutschland hervorgerufen, wie un begründet jedoch das Gerücht war, erhellte die Tatsache, daß nicht ein einziges Mandat beanstandet wurde. Die ausführliche Erklärung, daß so viele „norddeutsche Bayern“ im Gegensatz zu vielen Urbayern die süddeutschen Regierungen des Reichens der sozialdemokratischen Vertreter für würdig halten, glaubt der Referent aus dem Umstand herleiten zu können, daß die aus dem Norden kommenden Genossen durch die im Süden wohnende ungewohnte freiere Luft beeinflusst worden sind.

In der Diskussion meinte Genosse Umbreit, daß die Parteiführer durch die Ablehnung der belannenen Vereinbarung unheimlich geschädigt worden sei. Zur Budgetbewilligung äußerte sich Redner in dem den Lesern aus dem Artikel des „Correspondenzblatt“ der Gewerkschaften bekannten Sinne.

Genosse Link beurteilte den schlechten Ton im „Vorwärts“ und in der „Leipziger Volkszeitung“. Speziell die in der letzten Zeitung vor dem Parteitag abgedruckten Jubiläumsartikel „Zehn Jahre Revisionismus“ haben sein Gemüt in Unruhe versetzt. Die Bewilligung des Budgets hält er ebenso wie Umbreit nur für eine Frage der Taktik. „25 Jahre ist von unseren Vertretern im Reichstage das Budget abgelehnt worden und der Klassenstaat besteht immer noch“, so führte er zur Bekräftigung seiner Auffassung wörtlich aus. Er hofft, daß die Ansicht der Revisionisten bezüglich der Budgetbewilligung sich ebenso Bahn brechen werde, wie dies bezüglich der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen gegen den Willen der Radikalen geschehen ist. Mit dem Verhalten der „66“ ist er einverstanden.

Genosse Becker erwiderte darauf, daß es die Pflicht der Süddeutschen ist, sich den Parteitagebeschlüssen zu unterwerfen, genau so wie es seinerzeit auch die Radikalen in der von Link beherrschten Landtagswahlangelegenheit ohne Kurren getan haben. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Genossen Käter, Mahler und Gewinner. Besonders die Ausführungen des Gewinners, eines Süddeutschen, der das Verhalten seiner Landsleute und ihre Zustimmung zum Budget beurteilte, machten starken Eindruck auf die Versammlung. Folgende Resolution wurde gegen 7 Stimmen angenommen:

„Die Versammlung erklärt ihr Einverständnis mit den Beschlüssen des Parteitages. Insbesondere begrüßt es die Versammlung, daß der Parteitag durch die Annahme der Vorstandsresolution die Budgetfrage gemäß den alterprobierten Prinzipien der Partei entscheiden hat.“

Die Versammlung spricht der Parteileitung für ihre feste Haltung Dank und Anerkennung aus, sie erwartet aber auch, daß die Parteileitung in Zukunft alle ihre zu Gebote stehenden Mittel mit Energie anwendet, um den Parteitagebeschlüssen Geltung zu verschaffen.“

### Migdorf.

Ein verhängnisvolles Spiel wurde gestern auf den Migdorfer Wiesen getrieben. Rufe der roten Kräfte spielten dort die jugendlichen Arbeiterschaften Georg Berni, Walter Rudolf und Ernst Richaels „Gendarm und Räuber“. Um im „Wilde“ zu bleiben, hatten sie sich mit scharfgeduldeten Leuching-Bisiten bewaffnet und knallten aufeinander los. Als die auf der Flucht begriffenen „Räuber“ Rudolf und Richaels hinter einem Busch hervorkamen, gab der „Gendarm“ Berni plötzlich vier Schüsse auf sie ab, von denen zwei ihr Ziel trafen. Rudolf wurde in den Unterleib getroffen und brach schwer verletzt zusammen. Richaels erhielt eine Kugel in den rechten Oberarm. Berni floh entsetzt, wurde aber eine Stunde später von der Migdorfer Kriminalpolizei ergriffen.

### Reinickendorf.

Ueber die Frage „Wie stellt sich die Arbeiterklasse zur kirchlichen Genosse Störmer in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung. Wie treffend der Redner das Thema zu behandeln verstand, ergibt die Tatsache, daß 23 Anträge aus der Kirche in der Versammlung hohlgeworfen wurden. Einige amosende Gegner zogen es vor, in der Diskussion, an der sich die Genossen Brunow, Rasminder, Spiegelberg, Heinrich und Trepten beteiligten, nicht zu reden und verschwanden nach kurzer Zeit. Ein Antrag, eine Agitationskommission zum Austritt aus der Landeskirche zu wählen, wurde angenommen.

### Johannisthal.

Die Gemeindevertreterversammlung stimmte einem Antrage der Finanzkommission auf Abänderung der Umsatzsteuer zu. Der

Antrag verpflichtet die Erwerber von Grundstücken im Zwangsversteigerungsverfahren zur Zahlung der Umsatzsteuer. Gegen den Antrag kämpften einige Grundbesitzer. Wie wenig die bürgerlichen Vertreter auf die Interessen der Arbeiter Rücksicht nehmen, bewies die Ertragswahl zur Schuldeputation. Trotzdem unsere Genossen darauf hinwiesen, daß auch die Vertreter der dritten Klasse in der Schuldeputation vertreten sein müßten, und daher unseren Genossen Rabunke in Vorschlag brachten, stimmten die gesamten bürgerlichen Vertreter für den Gemeindevorsteher Sauerwald. Ein Antrag des Gemeindevorsteher wegen Errichtung einer Volksbibliothek wurde einstimmig angenommen und ein Verwaltungsrat von drei Personen gewählt. Zur Beschaffung billiger und guter Schriften trat die Gemeinde auf Vorschlag des Vorstehers dem Verein zur Verbreitung von Volksbildung bei. Ein Antrag unserer Genossen, der die Anlegung eines Gemeindefriedhofes verlangte, wurde mit allen gegen die Stimmen unserer Parteigenossen abgelehnt. Als Grund der Ablehnung wurde in der Hauptsache angeführt, daß die Straßengraberung auf dem forstfälligen Gelände nicht fertig sei und man deswegen an die Anlage eines Gemeindefriedhofes nicht denken könne. Ein anderes Gelände käuflich zu erwerben, werde viel zu teuer werden. Die wahnwitzige Grundstückspekulation hat also dafür gesorgt, daß Gemeinden mit fast viertausend Seelen nicht mehr in der Lage sind, Friedhofsgelände zu erwerben. Ein anderer Antrag unserer Vertreter, der die Verlegung des Standesamts nach dem Rathaus und die Führung der Geschäfte durch den Gemeindevorsteher verlangte, wurde gleichfalls geschlossen von den bürgerlichen Vertretern abgelehnt.

### Alt-Ollend.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung kam es anlässlich eines Antrages, die Kommissionsarbeiten in einem Bureauaum stattfinden zu lassen, zu einer längeren Debatte. Von bürgerlichen Gemeindevorstellern wurde gefordert, daß ihnen die vielen Kommissionsarbeiten, die immer in einem Lokale abgehalten werden, zu teuer werden. Unsere Genossen benutzten die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß bei der Vergabe der Kommissionsämter die bürgerlichen Vertreter nicht genug bekommen könnten und mit Vorliebe Sozialdemokraten aus Kommissionen ferngehalten werden. — Bei einem Antrage des Genossen Raffe über die Zuständigkeit der Vogelkommission bei Vergabe von Gemeindegeldern rügten unsere Genossen, daß die Kommission Arbeiten vergibt, ohne daß die Gemeindevertretung der Vergabe zugestimmt hat. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß bei Vergabe von Gemeindegeldern die Gemeindevertretung zu bestimmen hat, wie hoch die Arbeiten veranschlagt werden sollen. — Bezüglich des Schulhausbaus wurde ein Beschluß gefaßt, daß die Gemeinde wegen ihrer beschränkten Leistungsfähigkeit auf die patronatische und städtische Anteilnahme der königlichen Regierung nicht verzichten kann. Dem Gutachten des Herrn Kreis-Schulinspektors, daß der Neubau eines 18klassigen Schulhauses im praktischen und finanziellen Interesse der beiden Baubeteiligten — Fiskus und Gemeinde — liegt, wurde zugestimmt. Die Gemeindevertretung lehnte das vom Fiskus zum Bau der Gasanstalt angebotene Terrain ab. Der Fiskus will den Morgen Land mit 12 000 M. bezahlt haben. Auch verlangt er von den Gemeinden nicht zur Steuer herangezogen zu werden. Da der Bau der Gasanstalt nicht länger aufgeschoben werden kann und bei dem Fiskus so leicht nicht zu erreichen ist, wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche sich nach einem anderen geeigneten Grundstücken umsieht und der Vertretung baldigst Bericht erstattet. Zu die Kommission wurde auch Genosse Winkelmann gewählt. Zum Schularzt wurde Herr Dr. Windhorst bestimmt. Seine Tätigkeit beginnt am 1. April und er erhält als Honorar pro Kind und Jahr 50 M. Es ist ihm dabei auch die Verpflichtung auferlegt, die Jahrespfege der Kinder zu besorgen. Der katholische Religionslehrer hat beantragt, sein Gehalt von 240 auf 300 M. zu erhöhen. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde dies bewilligt.

In nichtöffentlicher Sitzung wurden dem Gemeindevorsteher Wolter sein Mandat und alle Beamten in der Gemeindevertretung entzogen.

### Leipzig.

Aus Furcht vor den Preußen. Am Leipziger See wurde gestern ein Liebespaar erschossen aufgefunden. Die Behörde ermittelte in den Toten den 17jährigen Vätergesellen Ferdinand Ruff und die gleichaltrige Arbeiterin Frida Garnig. Der junge Mann war zum Militär ausgehoben worden, äußerte schon früher Bekannten gegenüber, daß er sich lieber das Leben nehme, ehe er Soldat würde. Ob seine Braut im Einverständnis mit ihm in den Tod ging, konnte nicht ermittelt werden.

### Köpenick.

Als Urheber des Verbrechens an dem erschlagenen Arbeiter Schmalle sind gestern der Kutcher Bog Sie wed und der Arbeiter Otto Lorenz aus Köpenick verhaftet worden. Der Mord soll Eifersucht zugrunde liegen. Wie gemeldet wird, haben die beiden den Schwabbe in der Sonatnachts mit einer Jambatte und einem Schusterhammer so lange geschlagen, bis er zu Boden brach. Die Täter sollen im Gefängnis bereits ein Geständnis abgelegt haben.

### Birkenwerder.

Bei der vorgestern erfolgten Ertragswahl für den verstorbenen Gemeindevorsteher Wäcker war die Wahlbewilligung eine recht zuge. Von den 132 abgegebenen Stimmen entfielen auf unseren Genossen Ferdinand Wille 63 Stimmen, der Kandidat des patriotischen Vereins erhielt 43, der des Ortsvereins 27 Stimmen. Es hat demnach Stichwahl zwischen unserem Genossen und dem „Patrioten“ stattgefunden.

### Nowawes.

Um dem drohenden Mangel an Schulräumen zu begegnen, beschloß die in voriger Woche tagende Gemeindevertreterversammlung, das Gebäude der Gemeindegasse in der Priesterstraße durch einen Anbau zu vergrößern. Des weiteren ist geplant, auch das Gebäude der Gemeindegasse in der Schulstraße in nächster Zeit durch einen Anbau zu erweitern. In der Debatte hierüber beurteilten es die Genossen Reumann und Gomoll, daß die Ausschreibung zu dem Anbau in der Priesterstraße in Entreprise erfolgt sei und nicht in einzelnen Losen, wie es bisher üblich war. Der Bürgermeister erwiderte, daß die Ausführung des Anbaues sofort in Angriff genommen werden müsse und durch den von ihm gewählten Robus der Ausschreibungen an Zeit gespart würde, was bei den Sozialdemokraten lebhaften Widerspruch hervorrief. — Ein weiterer Beschluß der Vertretung ging dahin, in der Gemeindegasse II in der Auguststraße ein Lehrer- und Lehrmittelzimmer einzurichten.

Zu einer lebhaften Debatte kam es bei der hierauf folgenden Beratung über den Erlaß einer Hausordnung für das Armenhaus. Genosse Gomoll unterwarf den vorliegenden Entwurf einer eingehenden Kritik. Er betonte, daß darin eine Reihe von Bestimmungen enthalten seien, die man als kleinlich und unwürdig bezeichnen müsse und welche dem Hausbesitzer dazu dienen können, die Inassen des Armenhauses zu isolieren. Unter anderem finde sich in dem Entwurf eine Bestimmung, die die schulpflichtigen Kinder verpflichtet, außer dem regelmäßigen Schulunterricht auch den Konfirmationsunterricht zu besuchen. Da die bürgerliche Mehrheit die von den Sozialdemokraten beantragten Verbesserungen ablehnte, wurde der Entwurf der Hausordnung mit einigen geringfügigen Änderungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Zu weiteren Verlauf der Sitzung brachte Genosse Fesser bemerkenswerte Uebelstände in unserem Nachtwache zur Sprache. Er erklärte, daß seit keine Nacht vergehe, in welcher nicht in der freigelegenen Stahndorfer Straße ein Einbruch oder Diebstahl erfolge und Personen belästigt werden. Von den Wächtern lasse sich niemand sehen oder sie gehen im Eilschritt durch die Straße. Der Bürgermeister erwiderte, daß er mit der Leitung der Wach- und Schließgesellschaft, der die Nachtwache in unserem



Orte übertragen ist, Rücksprache nehmen und versuchen werde, die- selbe zu bewegen, einen Doppelposten in diese Gegend zu schicken.

Nachdem noch Genosse Reumann es in scharfen Worten ver- urteilt hatte, daß ein Gemeindevorsteher, der längere Zeit krank war, nach seiner Genesung angeblich wegen Arbeitsmangel nicht wieder eingestellt wurde, und einige kleinere Sachen erledigt waren, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

### Zoffen.

Eine von etwa 200 Personen besuchte Volksversammlung protestierte gegen die vom Reichsgerichtspräsidenten Ebdow geplanten neuen indirekten Steuern. In seinem 1 1/2stündigen Vortrage führte der Referent, Genosse Max Müller-Berlin, die geplante ungeheure Belastung der breiten Masse des Volkes den Anwohnern vor Augen und belaudete besonders die Steuerprojekte, die bezwecken, den Tabak noch mehr zu belasten. Durch die jetzt bestehende Zigarettenhandelssteuer sind nach einer Statistik jedes 5000 Arbeiterinnen gezwungen worden, in andere Verufe überzutreten, teilweise wurden sie durch die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkte gezwungen, sich der Prostitution hinzugeben. Auch die neue geplante Tabaksteuer würde gleichfalls Tausende von Arbeitern auf das Straßenpflaster werfen, eine um so verwerflichere Maßregel, als ein großer Teil der Tabakarbeiter aus fürstlich minderwertigen Arbeitern besteht. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

## Gerichts-Zeitung.

### Wegen Unterschlagung von Parteigeldern

hatte sich am Dienstag der Lithograph Hermann Bachold aus Nieder-Schönhausen vor dem Schöffengericht Pankow zu ver- antworten. Bachold war längere Zeit Vorsitzender des sozial- demokratischen Wahlvereins in Nieder-Schönhausen. Als solcher hatte er den Teil der Kasse zu verwalten, der sich aus Samm- lungen, Ueberschüssen der Veranstaltungen usw. zusammensetzt. Im vorigen Jahre wurde in der Kasse ein Fehlbetrag von 210,40 M. festgestellt, die Bachold im Laufe von etwa 4 Jahren nach und nach für seinen eigenen Bedarf ausgegeben hatte. Natürlich mußte Bachold hierauf sein Vorstandsamt und auch sein Mandat als Gemeindevorsteher niederlegen. Die Angelegenheit ist seiner- zeit in Nieder-Schönhausen viel besprochen worden und zur Kenntnis der Polizei gekommen.

Vor Gericht gab Bachold an, er sei mehrere Monate arbeitslos gewesen. In der Not habe er Gelder aus der Kasse, die von seinen Parteigeldern nicht gekennnt gehalten wurde, entnommen, aber nicht, um das Geld zu behalten. Er habe es nur als Darlehen betrachtet, was er, sobald er wieder in bessere Verhältnisse gekommen wäre, zurückzahlen hätte. Er habe seine Handlungsweise nicht für strafbar gehalten, denn er habe angenommen, der Vor- stand würde ihm mit Rücksicht auf seine Notlage ein Darlehen aus der Kasse bewilligt haben, falls er darum nachgesucht hätte. Für das der Kasse entnommene Geld sei auch die D e u t u n g vorhanden ge- wesen, denn er habe Ersparnisse in Höhe von 400 bis 500 M. ge- habt, die aber seine Frau in Verwahrung hatte. Um seine Frau, die lebend und deshalb leicht erregbar war, nicht aufzuregen, habe er von ihr kein Geld gefordert, sondern es der Kasse ent- nommen in der Hoffnung, es in besseren Zeiten wieder zurücklegen zu können. — Die Angaben des Angeklagten wurden durch zwei als Zeugen vernommene Vorstandsmitglieder im allgemeinen be- stätigt. Es wurde auch festgestellt, daß der Wahlverein tatsächlich nicht geschädigt worden ist, denn die fehlende Summe ist durch Frau Bachold aus den in ihrer Verwahrung befindlichen Er- sparnissen ersetzt worden.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Unterschlagung zu einer Geldstrafe von 50 M. Es nahm als mildernden Umstand an, daß sich der Angeklagte in einer Notlage befunden, daß er auch die Absicht gehabt habe, das Geld zu ersetzen, aber er sei hierzu nicht in der Lage gewesen. Daß die Frau des Angeklagten 400 bis 500 M. in Verwahrung hatte — wie sie vor Gericht, allerdings ohne vorbereitet zu sein, angab —, glaubt das Gericht nicht, es nimm vielmehr an, es werde wohl irgendeine mitleidige Seele dem Angeklagten das Geld zur Dedung des Ranlos geliehen haben.

Schweinefleisch im Fleischerbetriebe beschäftigten am Montag das Schöffengericht Lichtenberg. Wegen feilhaltens verdorbener Wurst- und Fleischwaren hatte sich der Schlächtermeister Wilhelm Fuchs aus Lichtenberg, Würtelstraße, zu verantworten. Am 26. Juni d. J. war bei Fuchs der Gefelle Wochschindeln in Arbeit getreten und hatte von dem Meister, ehe dieser zur Zentralfalle rief, den Auftrag erhalten, Kueblauswurk anzufertigen. Wochschindeln begab sich nach dem Arbeitsraum, um dem Auftrage des Meisters nachzukommen, war aber erstunken über das Material, welches zur Fabrikation der „Knobländer“ Verwendung finden sollte. Es war dies verdorbenes Schabefleisch und stark riechendes Stabsfleisch. Vor Eil hierüber kam er dem Auftrage des Meisters nicht nach. Als Fuchs nach Hause zurückkehrte, fragte er den Wochschindeln, ob er die Wurst gemacht hätte, was dieser bejahte, da er kein Material gehabt hätte; es war ja welches im Arbeitsraum, wor die Antwort des Meisters, worauf ihm der Gefelle entgegen- trat, daß er solchen Dreck nicht verarbeite. Am 27. Juni verließ Wochschindeln die Stellung bei Fuchs und erhaltete bei der Polizei- behörde Anzeige. Da ein Sonntag davorhingen lag, so begab sich der Tierarzt Dr. Lehmann im Auftrage seiner Behörde zwecks Revision des Fuchsschen Geschäfts am Montag, den 29. Juni, zu Fuchs. Da gerade Stunden im Laden waren, nahm L. auf Fuchs Rücksicht und wollte in Gegenwart der Käufer nicht revidieren. Erkant war er aber, als Frau Fuchs, die den L. erkannt hatte, plötzlich eine Salte „Schabefleisch“ vom Ladentisch nahm und sich schnell mit dieser nach dem Arbeitsraum begab; Tierarzt Lehmann, der Argwohn geschöpft hatte, folgte ihr sofort und beschlagnahmte die Salte Fleisch, das sich als verdorbenes Schabefleisch erwies. In dem Keller traf L. den Meister Fuchs an, der gerade gegen 10 1/2 Uhr vormittags aus der Halle zurückgekehrt war. Fuchs er- klärte dem Tierarzt, daß das Schabefleisch vom Sonntag berührte, es sei vergessen worden, in den Keller zu tragen; es sollte als Hundesfutter Verwendung finden. Tierarzt Lehmann konnte aber an den Abfchlächen des Fleisches feststellen, daß kurz vorher davon etwas entnommen worden war. Als Tierarzt Lehmann den Laden einer Revision unterwarf, fand er zum Teil auf dem Ladentisch, zum Teil im Eispind „Thüringer Blutwurst“, die vollständig sauer, nicht durchgeköcht und verdorben war. — Im Termin bestritt Fuchs, sich strafbar gemacht zu haben. Das Schabe- fleisch hätte als Hundesfutter Verwendung finden sollen, während er von der Blutwurst erst durch den Tierarzt Mitteilung erhalten hätte. Dr. Lehmann behauptete, daß sowohl das Schabefleisch als auch die Thüringer als verdorben durch menschlichen Nahrung un- geeignet angesehen werden müßten. — Der Amtsanwalt beantragte gegen den bisher unbestraften Angeklagten eine Geldstrafe von 50 M. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 100 M. Nur mit Rücksicht auf die bisherige Unbestraftheit des Angeklagten sei von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen.

### Fauliges Schabefleisch.

Nach dem Genuß von rohem Schabefleisch ist zu Pfingsten vorigen Jahres eine Anzahl Personen krank geworden, ein fünf- jähriges Mädchen ist sogar gestorben. Das Fleisch war am Pfingst- festabend in dem Geschäft des Schlächtermeisters August Henkel in Bazhagen-Hummelsburg gekauft worden. Die Personen, welche das rohe Schabefleisch gegessen hatten, erkrankten sehr bald an Er- scheinungen, die daraus schließen ließen, daß das Fleisch verdorben war: sie fühlten sich unwohl, bekamen Kopfschmerzen, Erbrechen und Durchfall, und fühlten sich so elend, daß sie sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Bei einzelnen haben die Krankheitserscheinungen eine Woche und länger angehalten, bei manchen ist die volle Genesung erst nach etwa vier Wochen ein- getreten. Die fünfjährige Tochter des Arbeiters Zimmermann verstarb nach dem Genuß de Schabefleisches am zweiten Pfingst-

feiertage. Die Hausfrauen, welche das Schabefleisch für die Haus- licheit zum Genuße zurecht gemacht, hatten an dem Fleische irgend- etwas Auffälliges nicht bemerkt; weder der Geruch, noch der Ge- schmack war verdächtig, einzelnen Personen war es nur so vor- gekommen, als ob das Fleisch etwas weiches schmeckte. Ein kleines Stückchen des Fleisches, von dem die verdorbene kleine Zimmer- mann gegessen hatte, war an dem Einwickelpapier liegen geblieben und wurde sofort untersucht. Es wurde schwefelige Säure darin gefunden und daraus wurde der Schluß gezogen, daß der An- gellagte Präservolsalz (Schweflig-saures Natron) verwendet habe, um dem Fleische ein frischeres Aussehen zu verleihen. Der Schlächtermeister Henkel hatte sich deshalb wegen fahrlässiger Körperverletzung mit Todesfolge und Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte bestritt mit größtem Nachdruck jedes strafbare Verhalten seinerseits und behauptete es besonders ab- jure, niemals Präservolsalz zur Aufmischung des Schabefleisches be- nutzt zu haben. Er ist seit zehn Jahren Schlächtermeister und 23 Jahre lang im Schlächtereigewerbe tätig; er beschäftigt zwei bis drei Gesellen und zwei Verkäuferinnen und behauptet, daß in seinem Geschäft alles außerordentlich reell und gewissenhaft zu- gehe. Wie die Erklärungen zu erklären seien, sei ihm ganz un- verständlich. Festgestellt ist, daß die Personen, welche das Fleisch gekocht oder gebraten gegessen haben, in ihrer Gesundheit nicht beeinträchtigt worden sind, andererseits sind auch mehrere Personen er- mittelnt worden, die gleichfalls von dem rohen Schabefleisch ge- gegessen hatten, ohne krank zu werden. — In dem Verhandlungs- termin sind über 30 Zeugen geladen, außerdem als Sachverständige Gerichtschemiker Dr. Jeserich, Kreisarzt Dr. Schulz, Kreisarzt Dr. Weiler, Medizinalrat Dr. Pfleger, die praktischen Ärzte Dr. Biermann und Dr. Sahnig und der Handelschemiker Dr. Kufreht.

Nach eingehender Vernehmung ließ der Staatsanwalt Ludwig die Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung mit Todes- folge fallen. Er erkannte an, daß kaum ein Zweifel darüber ab- wägen könne, daß es sich in diesem Falle nicht um Schädigung durch das Präservolsalz, sondern um Bakterien handelte, die das Fleisch ungenügend beunfacht hatten. Nach dem Ergebnis, welches Dr. Bayer bei der chemischen Untersuchung des Fleischpartikels fand festgestellt habe, hielt der Staatsanwalt aber die Anklage wegen Vergehens gegen § 10 des Nahrungsmittelgesetzes aufrecht. Er war der Meinung, daß der Angeklagte heimlich Präservolsalz dem Fleische zugefügt haben könne und beantragte 300 M. Geldstrafe eventuell 30 Tage Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Lewinsohn hob hervor, daß der Angeklagte nach dem Ergebnis der Verneh- mung seine Geschäft schon über zehn Jahre reell und sorg- fältig führe und niemals mit Präservolsalz operiert habe. Wie man da zu einer Verurteilung kommen solle, sei gänzlich un- verständlich. — Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da nicht nachgewiesen sei, daß der Angeklagte an der Fleischvergiftung schuld habe. Auch eine Verwendung von Präservolsalz sei ihm nicht nachzuweisen.

### Streifbrecher als Zeugen.

Die vierte Strafkammer des Landgerichts Dresden behandelte in einer Verurteilungssache, der folgender Tatbestand zugrunde lag. Die beiden Glasmacher Jechel und Gaidan waren vom Schöff- gericht Döhlen zu 14 resp. 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil sie das Ehepaar Schlegel, welche als einzige Arbeitswille in der Glashütte, damals Greiner u. Co. in Deuben arbeiteten, beleidigt haben sollen. Am 21. April d. J. legten in genanntem Betriebe sämtliche Glasmacher die Arbeit nieder, weil der Schmelz- ofen derartig schlecht funktionierte, daß die Arbeiter nichts ver- dienen. Alle gültigen Vorstellungen bei der Direktion waren vergeblich. Dieselbe weigerte sich, Reparaturen vorzunehmen. In- folgedessen griffen die Leute zum letzten Mittel, der Arbeits- einstellung. Nachdem der Betrieb eingestellt und der Ofen ausgeföhlt war, stellte sich heraus, daß ein Kanal zusammengebrochen war, weshalb das schlechte Glas. Als der Ofen umgebaut war und der Betrieb wieder geregelt weitergehen konnte, wollte die Direktion Kassele unter den Arbeitern halten und vorläufig nicht alle wieder einstellen. Diesem Anstinnen fehlten die Arbeiter, welche alle organisiert sind, ein entschiedenes „Nein“ entgegen. Die Be- mähung der Direktion, Arbeitswille zu erhalten, scheiterten. Nur ein gewisser Schlegel und seine Frau gingen an und arbeiteten ein- stellen als Handarbeiter. Sie sollen eines abends vom Ange- klagten Jechel mit den Worten, da kommt das Stinkier, beleidigt worden sein. Als darauf die Frau Schlegel ihre Rufe hob, soll J. noch gesagt haben „O die brechen Beins“. Gaidan hatte eines Tages Schlegel Vorhaltungen wegen seiner Handlungsweise den Kollegen gegenüber gemacht und ihm Geld zur Weisung anboten. Dabei soll er Schlegel nach dessen Aussage im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung bedroht haben. Wegen dieser Vergehen er- hielt die beiden Glasmacher vom Schöffengericht die eingangs erwähnte hohe Strafe. Das Schöffengericht hatte familiäre Ein- lastungszeugen abgehört. Die Verurteilten legten Berufung ein. Vor dem Landgericht sagten 4 Zeugen unter Eid aus, daß obige Äußerungen teils gar nicht, teils nicht von Jechel getan worden sind. Gaidan bestritt jede Bedrohung Schlegels. In diesem Falle ist nun Frau Schlegel Belastungszeugin. Der frühere Meister dieses Betriebes, Greiner, war auf Veranlassung der Verteidigung als Zeuge vorgeladen und sagte aus, daß Schlegel, für dessen Ehen- reparatur der Staatsanwalt Anklage erhoben hatte, früher wegen Trunksucht und Unverträglichkeit von ihm entlassen worden sei. Bemerkte sei noch, daß sämtliche ausstehenden Glasmacher ihren Wiedereintritt von der Entlassung Schlegels abhängig machen. Was jetzt steht der Betrieb 23 Wochen völlig still. Das Gericht er- kannte auf Freisprechung. Es führte in der Begründung aus, es haben sich keine Umstände ergeben, die den Aussagen der Eheleute schli. das Uebergewicht den anderen Zeugen gegenüber verleihen könnten. In der Fassung, wie die Reden zugegeben werden, ent- halten sie überdies weder eine Bedrohung, noch eine Ehrverletzung.

## Versammlungen.

Eine Volksversammlung für den südlichen Teil des zweiten Reichstagswahlkreises tagte am Montag in Happoldts Brauerei in der Hofenbeide. Die Versammlung war sehr stark besucht. Der Referent Genosse Richard Fischer entwarf ein großartiges Bild von der gegenwärtigen politischen Lage. Er erinnerte daran, daß wir, als nach der Reichstagsauflösung vor zwei Jahren für die Wahlbewegung eine jurappatriotische Stimmung erzeugt wurde, gleich sagten, es werde wieder ein Raubzug auf die Taschen des Volkes beabsichtigt sein. Die Regierung hat das zwar bestritten, aber in der Folgezeit hat sich doch herausgestellt, daß wir recht hatten. Alles ist eingetroffen, was wir voraussetzten, und das deutsche Volk muß in Gestalt von neuen Steuern die Lasten tragen, die es sich durch die regierungstreulichen Wahlen selbst auferlegt hat. Wenn aber vor zwei Jahren jemand gesagt hätte, daß der Staatssekretär der Reichsfinanzen einen jährlichen Mehrbedarf von 400 bis 500 Millionen fordern werde, so hätte das niemand für möglich gehalten. Jetzt aber hat der Staatssekretär diese Forderung gestellt. Mit 400 bis 500 Millionen neuer Steuern soll das deutsche Volk belastet werden. — In seinen weiteren Aus- führungen zeigte der Redner, daß diese ungeheure Belastung des Volkes eine Frucht der konservativ-liberalen Peinung ist, er zeigte weiter an konkreten Beispielen, wie jämmerlich und grundlos sich der Liberalismus benommen hat, nur, um sein Verhältnis zum Volk aufrechtzuerhalten. Die Wodpolitik hat zu einer vollständigen Störung der des Preisniedrig geführt. — Der Redner besprach ein- gehend die Ebdowschen Steuerpläne. Eine Regierung, die Wert darauf legt, eine anständige Steuerpolitik zu treiben, müßte doch die Steuern nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Staats- angehörigen verteilen. Davon ist aber keine Rede. Im 18. Bil- larden hat sich in 10 Jahren das durch Erhebung der Vermögens- steuer nachweisbare Vermögen der oberen Jahntausend gesteigert. Aber die Leute, die durch die Ausbeutung der Arbeiter große Ver- mögen angehäuft haben, werden mit Steuern möglichst verschont.

Die Steuerpolitik der Regierung wird nach dem Grundsatz be- trieben: Wer am meisten hat, der wird am wenigsten herangezogen, wer aber am wenigsten hat, der muß am meisten zur Steuer heran- gezogen werden. Diefem Grundsatz getreu sollen denn auch Brannt- wein, Bier und Tabak, die Genußmittel der großen Masse, mit erheblichen Steuererhöhungen bedacht werden, während die Kopf- laststeuer nur deshalb vorgeschlagen ist, um den Anfaein zu er- wecken, als wolle man auch die vermögenden Leute treffen und, um doch etwas zu haben, was man sich abhandeln lassen kann. Da Zentrum und Konföderation nicht für die Nachlaststeuer zu haben sind, so wird sie fallen. Die 400 bis 500 Millionen neuer Steuern stellen also eine Belastung der unteren Schichten des Volkes dar, eine Belastung, die um so schwerer empfunden werden muß, als zurzeit Launen und Aberlaufende arbeitslos oder in ihrem Ein- kommen geschmälert sind und das Volk überdies schon die schweben Lasten der Zollpolitik zu tragen hat, die 2 bis 3 Milliarden aus den Taschen des Volkes zieht und den Großgrundbesitzern 1250 Mil- lionen auszehnt. Im zweiten Teile seines Vortrages kennzeichnete der Redner das herrschende System noch an Beispielen aus anderen Gebieten der Politik. Er zeigte, daß die Sozialpolitik völlig zum Stillstand gelangt ist und daß in dieser Hinsicht der Wille der Groß- industriellen maßgebend ist, die von sozialen Reformen nichts wissen wollen und deshalb stets die größten Feinde der Sozialpolitik waren. Der Redner erinnerte daran, daß Graf Pofadowsky den Ministeriesel räumen mußte, weil er keine Sozialpolitik machen wollte, die sich gegen die Arbeiter richtet. Der Redner verwies auf die industrielle Entwicklung, erklärte daraus die Nachstellung der Großindustriellen, die in der Regierung nur die Schwächlinge ihrer Interessen erbilden und beantwortete am Schluß die Frage, was die Arbeiter in dieser Situation zu tun haben. Es hilft nichts, wenn man gegen Einzelercheinungen dieses Systems kämpft, man muß das ganze System bekämpfen. Es gilt unablässige Auf- klärungsarbeit zu betreiben und die gemeinschaftliche sowie die politische Organisation zu stärken. In erster Linie haben wir jetzt die Steuerpolitik der Regierung zu bekämpfen, dann aber haben wir die weitere Aufgabe, die Klassenherrschaft zu zerbrechen.

## Vermischtes.

### Ein verheerender Brand

ist seit vorgestern in dem oberhaveländischen Dorfe Alt- lamern (Osthaveland). Das Feuer entstand nachmittags um 2 Uhr gleichzeitig an zwei verschiedenen Stellen und verbreitete sich mit unheimlicher Geschwindigkeit. Am Abend bereits standen mehrere Gehöfte mit den gesamten Stallungen, ge- füllten Scheunen und Heuböckern in Flammen. Zur Hilfeleistung eilten die Feuerwehren zum Teil aus großen Entfernungen, unter anderen auch aus Havelberg, zur Brandstätte. Den verheeren Be- schädigungen von circa 15 Wehren ist es gelungen, eine weitere Aus- dehnung des Elementes zu verhindern und den größeren Teil des Dorfes zu retten. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu be- klagen, dagegen ist zahlreiches Vieh in den Flammen um- gekommen. Zweifellos liegt Brandstiftung vor.

### Eine liebevolle Gattin.

Die Arbeiterfrau Ruschol in Bipine (Oberhaveland) hat ihren Ehemann, nachdem sie ihn mit einem Stod bis zur Ver- wundtlosigkeit geschlagen, mit Petroleum begossen und angezündet, um den Knaben zu erwecken, als wären seine Atme infolge eigener Unvorsichtigkeit in Brand geraten. Mit furchtbaren Brandwunden wurde Ruschol ins Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb. Die Mörderin wurde verhaftet.

### Zehn Menschen verbrannt.

Nach einer Meldung aus Reis Dorf sind gestern in einem durch Brandstiftung zerstörten Gebäude zehn Personen, die von der Flamme überrascht wurden, umgekommen.

### Wenn Kinder in der Elternwahl vorsichtig sind.

Zur Feier seiner goldenen Hochzeit hat das Wittib der Witt- burger Millionär-Kolonie, W. D. Singer, seinen zwei Söhnen und zwei Töchtern-Sekuritäten im Werte von je 10 000 000 M. zum Geschenk gemacht. Der eine Sohn ist Eisenfabrikant, der andere Landeshofmaler, und angeblich aus Furcht vor der Verbrecherbande der „Schwarzen Hand“ hält er sich mit seiner Familie mit Vorlieb in Norwegen auf.

### Eine Kiefernmietskaserne.

Das größte Familienhaus in New York will die dortige Behörde Realty Co. auf einem Häusergebiet am Broadway und 80. Straße errichten. Das Gebäude wird über 12 Millionen Mark Kosten ver- ursachen und Apartments für 175 Familien enthalten.

## Briefkasten der Redaktion.

Es juristische Ewerksunde haben Lindendranke Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1000 Kubikfuß 1000 wochentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr hat. Waschen 7 Uhr wochentlich beginnt die Ewerksunde um 6 Uhr. Jeder Antrag ist ein Ewerksunde und eine Anzahl als Ewerksunde beizugehen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage begehren. Bitte fragen trage man in der Ewerksunde vor.

Z. P. 200. Wenn der Vater vor dem Jahre 1900 verstorben ist, so würde auf die Kinder je 75 M. entfallen. — C. 23. 100. Zwecks Austritt aus der Rinde teilen Sie dem Amtsgericht mit, daß Sie Ihren Austritt aus der Landesliste erklären wollen, das gleiche ist Ihre Frau. Innerhalb des 20. bis 42. Tages nach Eingang der Anträge bei Gericht erscheinen Sie dann bei Gericht, auch wenn Sie Vorladung nicht erhalten haben und geben dort, ebenso wie Ihre Frau, Ihre Austrittserklärung zu gerichtlichem Protokoll. Formulare zur Einreichung an das Gericht können Sie durch Genossen Hoffmann, Blumenstr. 14, erhalten.

### Witterungsüberblick vom 6. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Wetter	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Wetter
Strombe.	772.9		3 wolkenl.	11	Opavanda	767.8	SE	2 bedekt	4
Lamburg	774.8	SW	1 wolkenl.	7	Petersburg	759.8	SE	2 wolkenl.	2
Berlin	772.8	SW	1 wolkenl.	8	Schw.	764.0	SE	1 bedekt	14
Frankf. a. M.	771.8	RO	3 halb bd.	9	Bertram	768.5		3 bedekt	12
München	771.0		3 bedekt	5	Paris	768.0	RO	2 halb bd.	10
Wien	771.8		3 wolkenl.	9					

### Wetterprognose für Mittwoch, den 7. Oktober 1908.

Zeitweise neblig, sonst meist heiter, ruhig und trocken, nachts kühl, am Tage ziemlich milde.

### Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 10.	am 6. 10.	Wasserstand	am 5. 10.	am 6. 10.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mühl	155	-2	Saale, Großh.	70	-1
Regel, Ankersburg	-20	-4	Saale, Spanbau	85	-2
Reichel, Hohn	82	0	Regenow	24	-8
Oder, Fallhor	106	-4	Spree, Spremberg	70	0
„ „ „ „ „ „ „ „	99	+2	„ „ „ „ „ „ „ „	63	-1
„ „ „ „ „ „ „ „	103	-4	„ „ „ „ „ „ „ „	-26	-3
„ „ „ „ „ „ „ „	42	0	„ „ „ „ „ „ „ „	-27	+1
„ „ „ „ „ „ „ „	20	-3	„ „ „ „ „ „ „ „	430	-6
„ „ „ „ „ „ „ „	-1	0	„ „ „ „ „ „ „ „	294	-4
„ „ „ „ „ „ „ „	-56	-2	„ „ „ „ „ „ „ „	199	-5
„ „ „ „ „ „ „ „	-108	-2	„ „ „ „ „ „ „ „	46	+11
„ „ „ „ „ „ „ „	48	-3	„ „ „ „ „ „ „ „	113	-1
„ „ „ „ „ „ „ „	69	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	31	-9

+) bedeutet Hoch, —) Tal, —) Unterpegel.



